

Studienkreis Rundfunk und Geschichte e.V. (Hg.)

1981 | 2

1981

<https://doi.org/10.25969/mediarep/18307>

Veröffentlichungsversion / published version

Teil eines Periodikums / periodical part

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Studienkreis Rundfunk und Geschichte e.V. (Hg.): 1981 | 2, Jg. 7 (1981),
Nr. 2. DOI: <https://doi.org/10.25969/mediarep/18307>.

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Creative Commons -
Namensnennung - Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0/
Lizenz zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu dieser Lizenz
finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

Terms of use:

This document is made available under a creative commons -
Attribution - Share Alike 4.0/ License. For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

Studienkreis Rundfunk und Geschichte Mitteilungen

7. Jahrgang Nr. 2 - April 1981

Nachrichten und Informationen:

12. Jahrestagung und ordentliche Mitgliederversammlung 20./21.11.1981 in Köln - Seite 79
Zum 9. Doktoranden-Kolloquium 2./3. Mai 1981 in Grünberg/Hessen - Zur Geschichte von Norddeich Radio
- Schwarzes Brett: Herbert Marshall McLuhan (1911-1980) - Heinz Paechter - Henry Maxilian Pachter (1907-1980) - Fritz Schröder-Jahn (1908-1980) - Wolfgang Brobeil (1911-1981) Seite 82
- Hans van den Heuvel: Zur Lage des Niederländischen Rundfunks - Ein neues Rundfunksystem ist notwendig Seite 91
- Winfried B. Lerg: Vom Kulturinstrument zum Führungsmittel - Rundfunkkontrolle in Deutschland bis 1945 Seite 101
- Arnulf Kutsch: Das ABC des Theaters. Ein Rundfunk-Gespräch zwischen Herbert Ihering und Erwin Piscator - Hinweis auf einen Quellentyp der Programmgeschichte Seite 111
- Bibliographie:
Zeitschriftenlese 19 (1.12.1980-28.2.1981 und Nachträge) Seite 124
Literatur zur Rundfunkgeschichte der Vereinigten Staaten Seite 127
- Besprechungen:
Winfried B. Lerg: Rundfunkpolitik in der Weimarer Republik Seite 130
Ansgar Diller: Rundfunkpolitik im Dritten Reich Seite 132
Hans Bausch: Rundfunkpolitik nach 1945 Seite 134
Hansjörg Bessler: Hörer- und Zuschauerforschung Seite 138
Richard P. Adler (Hrsg.): All in the Family Seite 140
Brigitte Hammer/Reinhold W. Vogt/Klaus Wehmeier (Hrsg.): Kommunikation und Dogmatismus Seite 141

NACHRICHTEN UND INFORMATIONEN

12. Jahrestagung und ordentliche Mitgliederversammlung

Die 12. Jahrestagung des Studienkreises findet am 20./21. November 1981 in Köln statt. Sie beginnt wie immer mit einer Veranstaltung am Vorabend (Donnerstag, den 19.11.1981).

Tagungsort ist der Sendesaal im neuen Funkhaus des Deutschlandfunks in Köln, Raderberggürtel 40.

Das Generalthema der Tagung sind Probleme der Programmgeschichte.

Der Satzung entsprechend ist mit der 12. Jahrestagung eine ordentliche Mitgliederversammlung verbunden.

9. Doktoranden-Kolloquium 2./3. Mai 1981 in Grünberg/Hessen

Tradition und Experiment, diese beiden Begriffe kennzeichnen vielleicht am ehesten das Programm auch des 9. Doktoranden-Kolloquiums. Die Konzeption versucht, Erfahrungen seiner Vorgänger und Wünsche der Vorjahrsteilnehmer zu berücksichtigen. Die Tagung hat zwei Schwerpunkte:

1) Informations-und Kontaktbörse

Allen Teilnehmern wird Gelegenheit gegeben, sich und ihre Projektvorhaben zu Beginn des Kolloquiums vorzustellen. Die Anmeldungen zeigen, daß teilweise ähnliche Themenschwerpunkte behandelt, ähnliche Probleme und Wünsche artikuliert werden und Fragen offengeblieben sind, die nur in Ausnahmefällen so speziell sind, daß sie die Mehrheit der Examenskandidaten nicht interessieren würden. Besonders für diejenigen Kommilitonen/-innen, die erstmals Grünberger Luft "schnuppern", besteht neben der Möglichkeit des Gedankenaustausches die Chance einer fachlichen Beratung. Rundfunkpraktiker und Wissenschaftler werden zugegen sein, Detailfragen in kleinem Kreis zu diskutieren, und zwar - grob klassifiziert - zu den Bereichen Organisations- und Programmgeschichte des Rundfunks.

2) Modellversuch Programmüberlieferung

Neben dem kontaktorientierten Schwerpunkt wollen wir gemeinsam den Versuch starten, in Gedanken einen Programmpunkt der kommenden Jahrestagung zu entwickeln. Ziel des Versuchs ist die Ermittlung, Beschreibung, Ordnung und Beurteilung von Kriterien der Programmüberlieferung. Vor allem geht es um die Herausarbeitung der Unterschiede zwischen Dokumentation und Archivierung

mit ihren latenten Kriterienkonflikten (Aufbewahrung auf Zeit aus rechtlichen, wirtschaftlichen, kulturellen - zum Beispiel chronikalischen oder allgmeinhistorischen - oder technischen Gründen).

Gegenstand des Versuchs sind je eine typische Woche eines oder mehrerer Hörfunkprogramme einer oder mehrerer ARD-Anstalten sowie eine Woche Fernsehprogramm (ARD-DF, ARD-Regional, ARD-Dritte, ZDF) - ausgesucht nach solchen Programmbeiträgen, die unter rundfunk- und programmhistorischen Gesichtspunkten für aufbewahrenswert angesehen werden.

Der Versuchsgegenstand deutet darauf hin, daß wir in praktischer Arbeit Kriterien zur Programmüberlieferung entwickeln wollen, über die auf der Jahrestagung im Podium diskutiert werden kann.

Die Teilnehmer am Doktoranden-Kolloquium sollten die folgenden, in den MITTEILUNGEN zum Thema Programmgeschichte erschienenen Beiträge kennen:

Diller (4/75), Heyen (4/75), Halefeldt (3/76), Lerg (3/76), Lerg (3/77), Hilf (4/77), Bausinger (4/77), Lerg (4/77), Kahlenberg (4/77), Hackforth (1/78), Loewy (3/78), Heckmann (3/78), Kahlenberg (4/78), Kahlenberg (1/79), Erdenberger (1/79), Heckmann (2/79), O'Rorke (4/79), Bader (4/79), Klingler (1/80), Heimholtz (1/80), Lersch (4/80), Kreuzer (3/80).

Klaus Wehmeier

Tagungsablauf

Samstag, 2. Mai 1981

- 9.15 Uhr Einführung
- 9.30 Uhr Vorstellung der Teilnehmer
- 10.30 " "Neulinge": Gelegenheit zu Gesprächen mit Rundfunkpraktikern und Wissenschaftlern
"Veteranen": Vorbereitung des Modellversuchs
- 13.00 " Mittagessen
- 15.00 " Praktische Übung: Modellversuch Programmüberlieferung in zwei Arbeitsgruppen - Hörfunk und Fernsehen
- 16.30 " Kaffeepause
- 18.15 " Abendessen, anschließend Gelegenheit zu Gesprächen etc.

Sonntag, 3. Mai 1981

- 9.30 Uhr zwei Arbeitsgruppen: Kriterien zur "Programmüberlieferung"
- 11.30 " Plenum: Zusammenfassung der Ergebnisse im Hinblick auf die Jahrestagung
- 12.30 " Mittagessen (auf Wunsch)

Der Studienkreis kommt für Unterkunft und Mahlzeiten (ohne Getränke) auf.

Zimmer stehen in der Sportschule bereits ab Freitag, den 1. Mai, abends zur Verfügung. Es wird dringend gebeten, dem Schriftführer rechtzeitig vorher mitzuteilen, wer bereits am Freitagabend anreist

Zur Geschichte von Norddeich Radio

Im Bereich der früheren Oberpostdirektion Oldenburg liegt die Küstenfunkstelle Norddeich. Die Anlagen, deren Bau 1905 begann, wurden am 30. April 1907 der Reichspost übergeben. Am 1. Mai begann der Funkverkehr mit den Schiffen der Reichsmarine. Noch hatte die Seefunktelegrafie für die deutsche Kriegsflotte größere Bedeutung als für die zivile Schifffahrt. Erst nach dem Ersten Weltkrieg wurden die meisten deutschen Handelsschiffe mit Bordstationen ausgerüstet. Jetzt entstanden auch die Küstenfunkstationen in Bremerhaven und Cuxhaven. Doch die Hauptfunkstelle Norddeich war die wichtigste Küstenfunkstelle der Deutschen Reichspost. Während Bremerhaven und Cuxhaven nur den Kontakt mit der Küstenschifffahrt pflegen sollten, war Norddeich sowohl für die Küstenschifffahrt in seinem Bereich - zwischen Terschelling und Norderney-Feuerschiff - wie auch für die Seeschifffahrt zuständig. Die Hauptempfänger Norddeichs waren auf Nord- und Südamerika gerichtet. Als Sonderaufgaben versah es über Langwelle den Hochseerundfunk, ferner den Blindfunk (einseitiger Verkehr), den Wetterdienst sowie den Sturm- und den Eiswarnungsdienst. Da die erste Sendestelle in Westgaste bei Norden wegen der dichten Bebauung vielfach gestört wurde, verlegte sie das Reichspostministerium 1930/31 nach Utlandshörn unmittelbar an die hier 6 km von Norden entfernte Nordseeküste. Wegen ihrer hervorgehobenen Position führte die Norddeicher Funkzentrale seit etwa 1925 die Bezeichnung "Hauptfunkstelle".

Als die Oberpostdirektion Oldenburg 1943 nach der Übertragung ihrer Aufgaben auf die benachbarte Oberpostdirektion Bremen aufgelöst wurde, schloß man nach und nach die dortigen Akten ab und überführte sie zum Teil in die Bremer Dienststelle. Reste der älteren Registratur der OPD Oldenburg (1868-1926) waren bereits in das Staatsarchiv überführt worden, als 1974 eine interessierte Beamtin des Postamts Oldenburg 1 in der Bremer Dienststelle die aus der jüngeren Registratur der OPD Oldenburg (ca. 1926-1943) übrig gebliebenen Akten aufspürte, die das Postamt Oldenburg ein Jahr später dankenswerterweise an das Staatsarchiv in Oldenburg ablieferte. Die recht trümmerhafte Überlieferung der jüngeren Registratur der Oberpostdirektion enthält wichtige Akten über die Postämter, den Postverkehr, die Postkraftwagen sowie schließlich unter der Sachgruppe 12 über das Rundfunk- und Fernmeldewesen. Unter ihnen befinden sich 13 Akten, die im Zusammenhang mit Radio Norddeich bei der OPD erwachsen sind. Es sind die Nummern 174, 177, 178, 179, 180, 181, 185, 194-200.

Mehrere Akten enthalten Berichte über Besuche auswärtiger Küstenfunkstellen. So schreibt der Oberinspektor Claussen aus Norden 1931 über seine Besuche auf den Funkstationen Chatham, Burnham und Portishead anläßlich einer Reise in die USA und nach England (Nr. 174). Nr. 177 enthält einen Bericht über Telefonversuche mit dem Dampfer "Hamburg" während einer Nordseeprobefahrt im Winter 1929/30. Postassistent Dipl.Ing. Stücker aus Norden berichtet in demselben Jahr über Untersuchungen des Kurzwellenverkehrs der Hauptfunkstelle Norddeich. Die Akten Nr. 178 und 1979 enthalten Statistiken über den Norddeicher Funkverkehr zwischen 1931 und 1936. In Nr. 180 und 181 findet man Unterlagen über Zulassungen

von Seeschiffen zur Einrichtung von Bordfunkstellen. In Nr. 194 kann man etwas über die übrigen Küstenfunkstellen der Deutschen Reichspost zwischen 1928 und 1942 erfahren. Die Akte Nr. 196 enthält einen wegen seiner statistischen und sonstigen Angaben wichtigen Bericht des Oberpostrats Dr. Jäger vom Berliner Reichspostministerium über "Die Neugestaltung und Entwicklung der Hauptfunkstelle Norddeich" (1929), dessen Vorschläge dann bald verwirklicht wurden. Auch über die Funkstelle Osterloog bei Norden (heute Sender des Norddeutschen Rundfunks), die am 27. November 1939 in Betrieb genommen wurde, finden sich schriftliche Quellen (Nr. 197). Insgesamt spiegeln diese Akten die verschiedenen Tätigkeiten und die technischen Veränderungen bei Norddeich Radio zwischen 1926 und 1942 recht gut wider. Allerdings ist es bedauerlich, daß die Akten der OPD Oldenburg über die Anlage von Norddeich Radio anscheinend verloren gegangen sind - falls sie nicht von einem Liebhaber der Geschichte des Funkwesens in einem "Kämmerlein" gehütet werden.

Literatur:

Wilhelm Claussen, Festschrift zum 50jährigen Bestehen der Küstenfunkstelle Norddeich Radio 1907-1957, hrsg. von der OPD Hamburg, Hamburg 1957.

Friedrich-Wilhelm Schaer, Neuverzeichnis der Akten der früheren OPD Oldenburg im Niedersächsischen Staatsarchiv in Oldenburg, in: Postgeschichtliche Hefte Weser-Ems IV. 9, 22. Jg., Leer 1976, S. 173-175.

Friedrich-Wilhelm Schaer

SCHWARZES BRETT -----

I.

Herbert Marshall McLuhan (1911-1980)

Seine Werke seien "Anlaß und Mittelpunkt einer permanenten Diskussion, die Führungskräfte aller Branchen, Werbefachleute und sogar ganze Schulklassen genauso in Atem hält wie die 'zuständigen Kreise', junge Künstler und Soziologen". So hieß es in einem Prospekt seines deutschen Verlags vor gut zehn Jahren, und damit war die Zielgruppe des McLuhanismus als Masche und Mode recht genau bestimmt; zählt man zu den "zuständigen Kreisen" die Journalisten und Publizisten aller Medien hinzu, dann stellt sich schon mehr als die Hälfte einer plausiblen Erklärung ein für den Erfolg des kanadischen Literaturprofessors Marshall McLuhan mit seiner zur richtigen Zeit gewählten Devise: Alle reden von Medien - ich auch! Seine als Bücher aufgemachten Bilder-, Zitat-, Sprichwörter- und Sprüchesammlungen lieferten Medienpädagogen, Kulturkritikern und der internatio-

nalen Pop-Szene der sechziger Jahre augen- und mundgerechte Gesprächsfetzen für tiefsinnige Feuilletons und Foren, Sessions und Symposien, Teach-ins und Talk-shows. Die ideologischen Leitplanken jener Zeit - Prophetie und Irrationalismus - sollten seinen Weg bestimmen bis in die Nostalgie der Nachrufe, die ihm seine ruhiger gewordenen Anhänger widmeten, als MM am 31. Dezember 1980 in Toronto gestorben war.

In Edmonton, Provinz Alberta, in Kanada, wurde MM am 21. Juli 1911 geboren. Er studierte an kanadischen und amerikanischen Universitäten englische Literaturwissenschaft, promovierte in Cambridge und lehrte seit 1936 das Fach Anglistik, zunächst an der Universität Wisconsin, seit 1946 am St. Michael's College, der katholischen Abteilung der Universität Toronto. Unter dem Einfluß der Schriften von Gilbert Keith Chesterton war er 1937 zum Katholizismus konvertiert. 1951 erschien sein erstes Buch, "The Mechanical Bride. Folklore of Industrial Man", ein Versuch, Werbung und andere Ausdrücke der Populärkultur mit Kategorien der Literaturwissenschaft, des New Criticism, zu interpretieren. Die deutschen Kunstkritiker gaben ihm dafür noch 16 Jahre später den Carl-Einstein-Preis. Vom amerikanischen Erziehungsministerium (1953) und 1959 von der National Association of Educational Broadcasters (NAEB) erreichten ihn medienpädagogische Forschungsaufträge. In kanadischen und amerikanischen Zeitschriften waren inzwischen Beiträge zum kommunikativen Wandel und zur Medien-geschichte erschienen. Mit dem Anthropologen Edmund Snow Carpenter (geb. 1922) gab MM von 1953 bis 1959 und wieder seit 1964 die Zeitschrift "Explorations" heraus; beide edierten auch die Aufsatzsammlung "Explorations in Communication" (Boston 1960).

Die Aufmerksamkeit der amerikanischen Medienwirtschaft - und der Kommunikationswissenschaft erregte der bis dahin eher außenseiterische Kanadier mit der Veröffentlichung des Buchs "The Gutenberg Galaxy. The Making of Typographic Man" (N.Y. 1962) mit der originellen Verkündung, das Druckzeitalter sei nun zuende; Gutenberg ist tot, es leben Marconi! Vom Erfolg überrascht, schob sein Verlag zwei Jahre später das ursprünglich für die NAEB verfaßte und in geringer Auflage verbreitete Studienbuch über den rechten Umgang mit Medien in überarbeiteter Fassung nach unter dem Titel "Understanding Media. The Extensions of Man" (N.Y. 1964). Diesesmal lautete die originelle Verkündung, daß Menschen Wirklichkeit nicht mehr nur unmittelbar, sondern auch zunehmend mittelbar - medial - erfahren. Der Erfolg ihres Fakultätsmitglieds beeindruckte die Universitätsverwaltung in Toronto so sehr, daß sie MM 1964 ein eigenes Forschungsinstitut einrichtete, das Center for Culture and Technology. Hier hat MM die Mitarbeit und die Mittel für seine nun einsetzende, internationale Vortragstätigkeit. Sie bestand vor allem darin, daß er persönlich - als sein eigenes Medium - auftrat; was er dann sagte, war nicht so wichtig, denn er war die Botschaft. Ernest Pintoff und Guy Fraument drehten 1967 für die National Broadcasting Company den Fernsehfilm "This is Marshall McLuhan - The Medium is the Massage". Der SFB hat den Film seinerzeit gekauft, synchronisiert und im Deutschen Fernsehen ausgestrahlt. Mit dem Graphiker Quention Fiore gab MM das Bilderbuch zum Film heraus: "The Medium is the Massage. An Inventory of Effects" (N.Y. 1967).

Im akademischen Jahr 1967/68 vertrat MM den angesehenen Albert-Schweitzer-Lehrstuhl für Humanwissenschaften an der katholischen Fordham-Universität in New York. Die nächste Thesenschrift erschien als "War and Peace in the Global Village. An Inventory of Some of the Current Spastic Situations that could be Eliminated by more Feedforward" (N.Y. 1968). Die originelle Verkündigung lautete nun, schon sehr kryptisch: Wir werden die linke Hemisphäre der eiskalten Zivilisation, die intellektuelle, analytische, aktive, logische und visuelle Gutenberg-Welt verlassen und endlich in die rechte Hemisphäre der seelenwärmenden Dorfkultur, in die intuitive, schöpferische, gefühlsstarke, musikalische und gleichzeitig weltumspannende Marconi-Welt eintreten. Selbstverständlich bekam nun auch Eric Norden vom "Playboy" 1969 ein Interview mit MM.

Sobald wir einem Propheten begegnen, hören wir meist einmal zu, wollen dann aber doch lieber erst abwarten, was geschieht. Darüber vergessen wir gewöhnlich den Propheten wieder. So war es auch mit dem publizistischen Visionär. Er veröffentlichte noch und ging noch auf Vortragsreisen, brachte die zweiten Auflagen und die Taschenbuchausgaben seiner Bücher heraus. Seine neuen Bücher (Counter Blast, 1969; Culture is our Business, 1970; From Cliché to Archetype, 1970; Take Today. The Executive as Dropout, 1972), oft mit Ko-Autoren verfaßt, wurden in Europa allenfalls noch in Frankreich übersetzt und gelesen. Der Europaverlag veröffentlichte eine bunt gemischte Sammlung von Aufsätzen und Buchauszügen unter dem Titel "Wohin steuert die Welt?" (Wien 1978).

MM hatte mittlerweile eine eigene Verwertungsgesellschaft für seine Schriften gegründet (McLuhan Associates Ltd). Die American Broadcasting Companies (ABC) ließen ihn über die Darbietung von Fernsehnachrichten nachdenken und veröffentlichten das Ergebnis mit dem typischen Titel: "Sharing the News. Friendly Teamness, Teaming Friendness" (N.Y. 1971). Als Berater holte der Vatikan sich MM 1973 in die Päpstliche Medienkommission. Das Thema "Medien" war bald ausgeschrieben, und selbst die besseren Aphorismen verkamen endgültig zu Schlagworten. MM konnte nun häufiger zuhause bei seiner texanischen Frau und seinen sechs Kindern bleiben. Die Zeiten waren vorbei, als Kongresse amerikanischer Kommunikationswissenschaftler mit der Aufforderung eröffnet wurden: "Let's argue about Marshall McLuhan!"

Anfang vorigen Jahres erlitt er einen Herzanfall. Im Juli 1980 ließ er sich emeritieren. Sein Center for Culture and Technology wurde geschlossen.

Deutschsprachige Werke

Die Gutenberg-Galaxis. Das Ende des Buchzeitalters. (The Gutenberg Galaxy, dt.) - Düsseldorf 1968, 402 Seiten;

Die magischen Kanäle. (Understanding Media, dt.) - Düsseldorf 1968, 392 Seiten;

Das Medium ist Massage (The Medium is the Massage, dt.) Frankfurt-Berlin 1969, 160 Seiten;

Krieg und Frieden im globalen Dorf. (War and Peace in the Global Village, dt.) - Düsseldorf 1971, 214 Seiten;

Die innere Landschaft. Literarische Essays. (The Interior Landscape. The Literary Criticism of Marshall McLuhan, dt.), hrsg. von Eugene McNamara. - Düsseldorf 1974, 297 Seiten;

Wohin steuert die Welt? Massenmedien und Gesellschaftsstruktur. - Wien 1978, 259 Seiten.

Deutschsprachige Diskussion (Auswahl)

Ulrich Saxer: Messianismus und Wissenschaft bei Marshall McLuhan. In: Communicatio Socialis (Emsdetten), 1. Jg. 1968, Nr. 2, S. 81-93;

Manfred Meyer: Die Thesen MMs. - J.G. Stappers: MM: Das Medium und die Botschaft. - Ulrich Saxer: Institution und Technologie: MMs Epistemologie. - Ivo Frenzel: Zwischen Spießertum und Pop: MMs Medienphilosophie. Sämtlich in: Fernsehen und Bildung (München), 2. Jg. 1968, Nr. 3/4, S. 110-134;

McLuhan - Für und Wider. (McLuhan - Hot & Cool, dt.), hrsg. von Gerald Emanuel Stearn. - Düsseldorf 1969, 368 Seiten.

Winfried B. Lerg

II.

Heinz Paechter - Henry Maximilian Pachter (1907-1980)

Als Student in Berlin und Frankfurt gehörte Heinz Paechter (geb. am 22. Januar 1907 in Berlin) zu einem Kreis junger SPD-Linker, darunter Franz Neumann, Otto Kirchheimer und Arkadij Gurland. Sie studierten Geschichte, Rechtswissenschaft und Nationalökonomie und waren publizistisch und pädagogisch in ihrer Partei und in den Gewerkschaften tätig. Paechter promovierte bereits 1929 in Frankfurt mit einer volkswirtschaftlichen Arbeit und wurde Volkshochschuldozent im Berliner Osten. 1933 mußte er Deutschland verlassen und ging zunächst nach Paris, wo er ebenfalls journalistisch und in der politischen Bildungsarbeit seinen Unterhalt verdienen konnte. 1939 erschien unter dem Pseudonym "Henri Rabasseire" sein Spanien-Buch. 1941 gelang ihm mit Hilfe seines Freundes Gurland die Flucht über Spanien in die Vereinigten Staaten. Hier fand er in einer kriegswirtschaftlichen Forschungsstelle der Regierung, dem Office of European Economic Research (OEER), eine Beschäftigung als Auswerter und Übersetzer. Gleichzeitig wurde er zur Mitarbeit an einem Gutachten des Committee for National Morale (CNM) herangezogen, das 1942 unter dem Titel "The Axis Grand Strategy" erschien, herausgegeben von Ladislav Farago (vgl. MITTEILUNGEN 1/1981, S. 10).

Im April 1941 war das Forschungsprojekt "Totalitarian Communication" der Graduate Faculty der New School for Social Research - der Exiluniversität von Alvin Johnson - angelaufen; die Leitung hatten der Psychologe Ernst Kris und der Soziologe Hans

Speier. Gegenstand der Untersuchung war das aktuelle deutsche Rundfunkprogramm der Inlanddienste. Als Quelle dienten die täglichen Abhörberichte der British Broadcasting Corporation. Die umfassende Inhaltsanalyse, eingebettet in eine historisch-politische, gesellschaftliche, publizistische und militärische Rahmenbeschreibung, lag im Juli 1943 im Manuskript vor. Heinz Paechter hatte die beiden Kapitel über die Weltkriege und über die Situation von Staat, Partei und Bevölkerung im nationalsozialistischen Deutschland beigetragen, ferner einen Abschnitt über die zweite Sommeroffensive der Wehrmacht in Rußland 1942 in der Rundfunkpropaganda. Die Buchveröffentlichung (E. Kris, H. Speier, u.a.: German Radio Propaganda. Report on Home Broadcasts during the War. N.Y. 1944, 530 Seiten) ist bis heute die wichtigste Darstellung zur Programmgeschichte des deutschen Rundfunks im Zweiten Weltkrieg.

Wie Neumann und Kirchheimer war Paechter bei Erscheinen dieses Buchs bereits zum Office of Strategic Services (OSS), der amerikanischen Abwehr, übergewechselt. Noch während seiner Mitwirkung im CNM hatte er eine Denkschrift, "Magic Grammar in Totalitarian Propaganda", verfaßt; der Text sollte in einem geplanten Lexikon des Nationalsozialismus erscheinen. Besondere Sprachuntersuchungen waren auch für die Programmanalysen des Kris-Speier-Projekts erforderlich geworden. Paechter stellte seine Begriffssammlung zuerst für ein Wörterbuch der Nazi-Begriffe zusammen, das vom OEER 1943 herausgegeben wurde. Ein Jahr später erschien dann in einem New Yorker Verlag eine überarbeitete Fassung unter dem Titel "Nazi-Deutsch", eine systematische, lexikographisch penible Kompilation, auf die später Victor Klemperer (1947), Sternberger-Storz-Süskind (1957) und Cornelia Berning (1960-62. 1964) herzhaft zurückgreifen konnten für ihre Arbeiten über die Sprache des Dritten Reichs.

Nach dem Krieg lehrte Paechter von 1952 bis 1954 Zeitgeschichte an der New School for Social Research, 1964 an der Columbia-Universität und anschließend am New York City College. Er knüpfte wieder publizistische Verbindungen nach Deutschland, - als Korrespondent der "Deutschen Zeitung und Wirtschafts Zeitung", des "Handelsblatts" und anderer Tageszeitungen. Auch im (alten) "Monat" erschienen seine Aufsätze. Vor allem aber schrieb er nun - als Henry M. Pachter - seine aktuellen und zeitgeschichtlichen Bücher, die vor allem in den USA beachtet wurden. Über sein Exilschicksal hat er dagegen selten geschrieben. 1969 gab eine College-Zeitschrift ein Themendoppelheft über die Intellektuellen-Flüchtlinge aus Deutschland heraus, und Pachter lieferte einen Einleitungs- und Rahmenaufsatz.

Am 6. Dezember 1980 ist Heinz Paechter in New York gestorben.

Buchveröffentlichungen

Der Grundbesitz der Gemeinden, seine wirtschaftliche, soziale und finanzpolitische Bedeutung. Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Dissertation, Frankfurt vom 28.9.1929 (Langendreer 1929), 172 Seiten;

Wirtschaft unterm faschistischen Rutenbündel. Berlin 1932, 23 Seiten;

Espagne, creuset politique. Paris 1939, 190 Seiten;

Nazi-Deutsch. A glossary of contemporary German usage. With appendices on government, military and economic institutions. N.Y. 1944, 128 Seiten (Fotokopie Institut für Publizistik Münster);

Magic into science. The story of Paracelsus. N.Y. 1951, 360 Seiten; dt. Ausgabe: Paracelsus, das Urbild des Doktor Faustus. Zürich 1955, 366 Seiten;

Collision course. The Cuban missile crisis and coexistence. N.Y. 1963, 261 Seiten;

The legacy of the German refugee intellectuals, Marcuse, Adorno, Steiner, and others. Introduction and memoir by Henry Pachter. - Saratoga Springs, N.Y. 1969: Skidmore College, 325 Seiten ("Salmugundi. A quarterly of the humanities and the social sciences. No. 10-11/Fall 1969-Winter 1970);

The fall and rise of Europe. A political, social and cultural history of the twentieth century. N.Y. 1975, 481 Seiten;

Modern Germany. A social, cultural, and political history. Boulder, Colorado 1978, 415 Seiten.

Winfried B. Lerg

III.

Fritz Schröder-Jahn (1908-1980)

In den letzten Tagen des Jahres 1980, am 27. Dezember, ist in Hamburg nach längerer Krankheit Fritz Schröder-Jahn 72-jährig gestorben. Er war rund zweieinhalb Jahrzehnte hindurch der 1. Regisseur des NWDR bzw. des Norddeutschen Rundfunks. Und da ich davon zwei Jahrzehnte lang für das Hörspiel in Hamburg verantwortlich war, war er mein erster Mitarbeiter.

Das deutsche Hörspiel erlebte bald nach dem Krieg, das ist international anerkannt, eine außerordentlich bedeutende Zeit. Dazu haben (so sehe ich es) drei Komponenten entscheidend beigetragen. Technisch die Einführung des UKW-Funks, die dem Mikrofon künstlerisch erst die volle Entfaltung seiner Hellhörigkeit erlaubte; unter den schöpferischen Autoren als weitaus wichtigster Günter Eich, der die berühmtesten und problemreichsten Stücke schrieb; und, gleichberechtigt mit beiden, dieser Regisseur. Alle drei haben Wichtiges miteinander gemeinsam, und sie haben ungefähr zur gleichen Zeit an der gleichen Stelle mit der gleichen Absicht begonnen: das verfeinerte Instrument,

derjenige, der ihm vergleichsweise die diffizilsten Partituren schrieb, und jener, der die Partituren schließlich als erster auf angemessene Weise zum Klingen zu bringen verstand. Ein grosser Augenblick brachte alle drei Komponenten dann im April 1950 zum erstenmal zusammen: als Schröder-Jahn in Hamburg Eichs "Träume" produzierte. Man muß wiederholen, was Gerhard Prager sagte, und was ihm nachher alle nachsprachen: dies war die Geburtsstunde des deutschen Hörspiels.

Mehr als ein Jahr vor den "Träumen" hat Schröder-Jahn das Studentenhörspiel "Es war ein ungewöhnlich langer Tag" von Paul Hühnerfeld und Christa-Maria Piontek produziert. Ich kannte den Regisseur und seinen Namen damals noch nicht, fast niemand kannte ihn, es war seine erste größere Hörspielinszenierung. Ich hörte sie als Kritiker, als einer der wenigen Rundfunkkritiker, die es damals gab, und ich formulierte: ...daß mit dieser Sendung der erste eigenständige und hochbedeutende Hörspielregisseur in Deutschland in Erscheinung getreten sei. Und ich begründete: hier sei etwas grundlegend Neues vorgegangen, nämlich die Entdeckung des bewußten Untertreibens, Unterspielens, Weglassens, die Entdeckung der stupenden Wirkung des fast unhörbar Leisen in Sprache und Geräusch, der vergrößernden Wirkung der Verkleinerung und des Betonens durch Tonlosigkeit, die Entdeckung der Pause und des Schweigens und der Interpunktion durch das leise akzentuierende Geräusch. Ich weiß nicht mehr, ob der Begriff "Understatement" damals schon so geläufig war wie heute. Jedenfalls ist er mit Recht aus dem Englischen genommen, aus einer weithin germanischen Sprache, und wir haben später oft darüber nachgedacht, ob dieses Unterspielen und scheinbar leidenschaftslose Wegspielen etwa in den romanischen Sprachen gleichfalls zum Stilprinzip hätte erhoben werden können. Das Französische hat etwas ähnliches auf andere Weise in späteren Jahren mit den Nouveau Roman versucht. Nur das polnische und das tschechische Hörspiel konnten damals gleich ein wenig von dem englisch-deutschen Prinzip lernen, und sie haben davon gelernt. Deutschland wurde damals, noch vor England, das zentrale Hörspielland. Nur fünf Jahre, nachdem Schröder-Jahn und Eich sich in den "Träumen" zusammengefunden hatten, stießen fast alle heute namhaften, damals oft noch fast ganz unbekanntem jungen Autoren zum Hörspiel und schrieben Stücke, die noch heute zum Repertoire gehören. Um nur stellvertretend ein paar Namen zu nennen: Dürrenmatt und Frisch, Böll und Siegfried Lenz, Marie-Luise Kaschnitz und Ingeborg Bachmann, Wolfgang Hildesheimer und Alfred Andersch. Alle kamen sie, erregt durch die erstaunlichen Möglichkeiten, die ihnen Eich und Schröder-Jahn demonstriert hatten. Und Schröder-Jahn hob die wichtigsten ihrer Stücke aus der Taufe - in Inszenierungen, die noch heute über die Sender gehen.

Eich hat später das Prinzip, nach dem er, wie auch Schröder-Jahn, wie später auch die meisten anderen arbeiteten, wiederholt auch in theoretischen Sätzen formuliert. Hier ein Satz von 1968: "Der Lautsprecher kennt kein stummes Spiel, er kann nicht schweigen. Ich (aber) hänge dem Schweigen an, vielleicht eine Generationenfrage. Meine unbewußte Aufgabe war es immer, das notwendige Schweigen im Dialog in Worte zu übersetzen und so, daß es den Charakter des Schweigens nicht verliert. Dieses Paradox besteht im Hörspiel als dramaturgische Notwendigkeit. Das ist

für mich die Legitimation des Apparats, das, was ihn menschlich macht..." Es ist für Schröder-Jahn und Eich der fruchtbare Mangel des Apparats, der ihn menschlich macht. Eich fährt fort: "Vorm Fernsehschirm habe ich einen fruchtbaren Mangel noch nicht entdeckt. - Manchmal hat es den Anschein, als ginge die Stunde des Hörspiels zu Ende. Das wäre etwas, was die Welt ärmer machte. Das Hörspiel darf nicht sterben." So weit Eich.

Nun ist vor acht Jahren Eich gestorben und nun starb Schröder-Jahn ihm nach. Ob sich das leise Hörspiel in dieser Welt behauptet? Aus den Hörfunkprogrammen und im Fernsehen tönen überall die brüllenden Disko-Klänge, die keine Pause geben, kein Schweigen lassen wollen. Wissen ihre Produzenten noch, was "menschlich macht"? Ob sich das leise Hörspiel in dieser Welt behauptet?

Heinz Schwitzke

IV.

Wolfgang Brobeil (1911-1981)

Im Alter von fast 70 Jahren ist am 26. Januar 1981 Dr. Wolfgang Brobeil in Mainz gestorben. Seit 1934 hat er vierzig Jahre lang in ganz unterschiedlichen Funktionen für Hörfunk und Fernsehen gearbeitet.

Brobeil, geboren am 20. Februar 1911 in Straßburg, begann 1929 ein Studium mit zunächst geisteswissenschaftlichem Schwerpunkt (Philosophie, Germanistik, Geschichte), den er später auf Nationalökonomie und Soziologie verlagerte, was auch das Thema seiner 1934 an der Universität Frankfurt/Main abgeschlossenen Dissertation über "Die Kategorie des Bundes im System der Soziologie" belegt. Im gleichen Jahr begann er als freier Mitarbeiter beim Reichssender Frankfurt seine Lehrjahre im Rundfunk. 1938 wechselte er zum zwei Jahre zuvor eingerichteten Reichssender Saarbrücken, für dessen Zeitfunk-Abteilung (Leiter: Werner Plücker) er als Reporter arbeitete. Ähnlich wie viele Rundfunkmitarbeiter seines Alters war Brobeil während des Zweiten Weltkrieges als Mitglied einer Propaganda-Kompanie Kriegsberichterstatter. 1945 geriet er in französische Kriegsgefangenschaft, konnte indes seit 1947 bei der in Paris erscheinenden, deutschsprachigen Wochenzeitung des "Comité d'Action YMCA", 'Die neue Brücke', als Redakteur arbeiten.

Als die französische Militärregierung im Spätherbst 1948 durch Verordnung Nr. 187 den Südwestfunk (SWF) mit Sitz in Baden-Baden errichtete (Intendant: Friedrich Bischoff; Programmdirektor: Lothar Hartmann; Vorsitzender des Rundfunkrates: Karl Holzamer), wurde der gelernte Zeitfunk-Reporter Wolfgang Brobeil mit Aufbau und Leitung der Abteilung 'Zeitfunk' beauftragt. Neben der Lösung organisatorischer Probleme beim Neuaufbau des Mediums produzierte er als Regisseur und Reporter auch zahlreiche eigene Hörfunk-Sendungen. Brobeil, der diese Funktion

vierzehn Jahre ausübte, beteiligte sich außerdem seit 1954 am Aufbau vornehmlich aktueller Fernsehproduktionen des SWF und gehörte mehrfach als Leiter den Berichterstatter-Teams der ARD bei internationalen politischen Konferenzen an. Im Alter von 51 Jahren entschied sich Brobeil, abermals bei Auf- und Ausbau einer Medienanstalt mitzuwirken, allerdings konzentrierte sich seine Tätigkeit nun auf die Aufgaben des oberen Management: bei der Einrichtung des Zweiten Deutschen Fernsehens (ZDF) 1962 in Mainz (Intendant: Karl Holzamer) wurde er zum Leiter der Hauptredaktion 'Kultur' und zum stellvertretenden Programmdirektor ernannt.

In den Rückschau anlässlich seiner Pensionierung 1975 und seines Todes wurden Brobeils Leistungen für das Fernsehen vielfach auf die nur scheinbar griffige Formel: 'Vater der TV-Fastnacht' gebracht. Damit wurde angespielt auf die von ihm kreierte Fernsehsendung 'Mainz, wie es singt und lacht' (SWF, übernommen in das ARD-Programm) sowie auf die von ihm für das ZDF eingerichtete Sendung 'Mainz bleibt Mainz' (Anfang der siebziger Jahre aus Kostengründen zusammengelegt zu 'Mainz bleibt Mainz, wie es singt und lacht'). Doch diese Sendungen vermitteln nur einen sehr verkürzten Einblick in seine Fernseh-Tätigkeit. Aufschlußreicher mag sein, daß Brobeil im Organisationsrahmen der Programmdirektion des ZDF für eine der großen Hauptredaktionen dieser Anstalt verantwortlich zeichnete, zu der bei seinem Ausscheiden 1975 immerhin die sieben Ressorts: 'Literatur und Kunst', 'Naturwissenschaft und Technik', 'Gesundheit und Natur', 'Kultur und Gesellschaft', 'Kirche und Leben', 'Erziehung und Bildung', 'Kinder und Jugend' gehörten und aus der so bekannte und anerkannte Sendungen wie 'Gesundheitsmagazin PRAXIS', 'Aspekte', 'Impulse' oder 'Aus Forschung und Technik' hervorgingen, abgesehen von dem im Rahmen der 'Aktion Sorgenkind' produzierten Publikumschlager 'Der große Preis' (ursprünglich gestartet unter dem Titel: 'Vergißmeinnicht').

Arnulf Kutsch

Hans van den Heuvel
ZUR LAGE DES NIEDERLÄNDISCHEN RUNDFUNKS
Ein neues Rundfunksystem ist notwendig

Das niederländische Rundfunksystem war in letzter Zeit mehr denn je Gegenstand heftiger Diskussionen, denn der kommerzielle Fernsehsatellit, den Radio-Télé Luxembourg in einigen Jahren in eine Umlaufbahn um die Erde bringen will, wird vielfach als der Anfang vom Ende des (nichtkommerziellen) niederländischen Rundfunksystems angesehen. In akute Bedrängnis war dieses System bereits geraten, als eine niederländische Kabelfernsehgesellschaft von Belgien aus die kommerziellen (französischsprachigen) Fernsehprogramme von RTL über die niederländischen Kabelfernsehnetze verbreiten wollte.

Gefahren drohen dem niederländischen Rundfunksystem jedoch nicht nur von außen. Innenpolitische Entwicklungen haben dazu geführt, daß sich mehr und mehr die Auffassung durchsetzt, das heutige Rundfunksystem sei vom Zeitgeschehen überholt worden, zumindest aber bedürfe es einer gründlichen Revision. Auch die modernen technischen und gesellschaftlichen Entwicklungen lassen eine Reform geboten erscheinen. Im folgenden sollen das Entstehen des niederländischen Rundfunksystems mit all seinen Besonderheiten nachgezeichnet und die Hauptgründe für die heutige rundfunkpolitische Diskussion aufgezeigt werden.

Historische Entwicklung: Emanzipationstrends beherrschen den Hörfunk

Das niederländische Rundfunksystem erfüllt zwei wichtige Forderungen einer demokratischen Gesellschaft: Meinungsfreiheit und Meinungsvielfalt. Charakteristika des niederländischen Rundfunksystems sind Pluralismus und Offenheit; nach den einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen erhalten neue Rundfunkgesellschaften eine Sendeerlaubnis, wenn sie eine bestimmte Mitgliederzahl nachweisen können. Auch die Zuweisung der Hörfunk- und Fernsehsendezeiten richtet sich nach der Mitgliederzahl. Den Kern des niederländischen Rundfunksystems bilden demnach die privatrechtlichen Körperschaften, die als Anstalten des öffentlichen Rechts Träger des Rundfunksystems in den Niederlanden sind. Die Organisation des Rundfunks in den Niederlanden hat immer wieder die Frage aktuell werden lassen, ob man nicht eine nationale Rundfunkgesellschaft einführen sollte, eine Art Dachorganisation für das gesamte Rundfunkwesen, die der Meinungsvielfalt im niederländischen Volk Rechnung trägt. Oder sollte gerade diese Vielfalt ein organisatorisches Grundprinzip sein, nach dem die wichtigsten gesellschaftlichen Gruppierungen im Rundfunksystem vertreten sind? 1) Das letztgenannte Konzept hat seit dem Beginn - also seit Mitte der zwanziger Jahre - bis auf den heutigen Tag dominiert; trotzdem ist das Problem noch immer nicht ausdiskutiert.

1) Vgl. ausführlicher H. van den Heuvel, Nationaal of verzuild; de strijd om het Nederlandse omroepbestel in de periode 1923-1947 (diss.), Baarn 1976

In den Anfängen des Hörfunks beschränkte sich die Regierung auf die Vergabe sogenannter Fabriklicenzen. Das waren Sendegenehmigungen für Unternehmen, die Versuche mit neuen Sendegeräten und -verfahren ermöglichen sollten. Als aber unabhängig hiervon Privatgesellschaften für Hörfunksendungen aufkamen, nahm die Regierung die Vergabe von Sendezeit auf den den Niederlanden zugewiesenen Wellenlängen in die Hand, um zu verhindern, daß die Sendeanstalten in die Abhängigkeit der Hersteller gerieten. Die Regierung verband die Ausstrahlung von Hörfunksendungen deshalb auch mit Auflagen. Wie in anderen Staaten herrschte auch in den Niederlanden die Auffassung, daß die Vergabe der knappen Sendezeit Aufgabe der Regierung sei. Allein die Knappheit rechtfertigte bereits das Eingreifen der Regierung.

Die ersten Rundfunkgesetze stammen aus dem Jahre 1928. Sie sind eine Ergänzung des Gesetzes über das Fernmeldewesen (Telegraaf en Telefoonwet) aus dem Jahre 1904, die allerdings keine Vorschriften für das Rundfunkwesen enthielt, sondern lediglich die Grundlage für Durchführungsverordnungen bildete. Zwei Jahre später, 1930 also, traf die Regierung einige wichtige Maßnahmen. Diese Maßnahmen hatten einen mehrfachen Zweck. Sie enthielten die Bedingungen für den Erwerb von Sendelizenzen. Rundfunkgesellschaften müssen demnach juristische Personen sein, einem kulturellen oder religiösen Bedürfnis der Bevölkerung entgegenkommen und demnach gemeinnützigen Zwecken dienen. Unter diesen Gesichtspunkten verteilte die Regierung die zur Verfügung stehende Sendezeit auf die privaten Rundfunkgesellschaften auf ideeller Grundlage. Die Regierung erweckte hiermit zunächst den Anschein, als stünde der Zugang allen privaten, gemeinnützigen Organisationen offen, die diese Bedingungen erfüllen. Das war aber, wie sich später zeigen sollte, nur auf dem Papier der Fall; die Auflagen spielten bei der Vergabe der Sendezeiten durch die Regierung praktisch keine Rolle. Das heutige Rundfunkgesetz dagegen erkennt Gesellschaften mit einer vorläufigen Sendelizenz automatisch das Recht auf eine gewisse Sendezeit zu.

Seit den zwanziger Jahren, und das dauerte bis weit in die Nachkriegszeit hinein, war der Hörfunk für einige Bevölkerungsgruppen ein wichtiges Instrument der sozialen Emanzipation. Orthodoxe Protestanten und Katholiken gründeten ihre eigenen Rundfunkgesellschaften (Katholische Rundfunkgesellschaft KRO; Evangelischer Rundfunkverein NCRV), die Informations-, Bildungs- und Unterhaltungssendungen und selbstverständlich sehr viele religiöse Beiträge für Gesinnungsgenossen brachten. Auch entstanden Rundfunkgesellschaften ohne konfessionelle Bindung: eine unabhängige Rundfunkgesellschaft (AVRO) und der sozialistische Rundfunkverein (VARA). Diese vier Gesellschaften bekamen 1930 bei der offiziellen Sendezeitverteilung dieselbe Sendezeit. Zu den vier großen kam schließlich noch die Freisinnig-Evangelische Rundfunkgesellschaft (VPRO). Später löste sich die VPRO von der protestantischen Weltanschauung und entwickelte sich zu einer freisinnig-demokratischen Gesellschaft. Sie war eine kleine Gesellschaft mit geringer Mitgliederzahl und wenig Sendezeit, weil sie sich bewußt auf mehr oder weniger religiöse Programme beschränkte. Die VPRO wollte einen nationalen Rundfunk ins Leben rufen, der den freisinnigen Protestanten neben den anderen Religionsgemeinschaften einen Platz einräumen sollte. Die freisinnigen Protestanten waren gegen konfessionsgebundenen Unterricht und gegen konfessionelle politische Parteien.

Die Programme spiegelten ausschließlich die lebens- und weltanschauliche Auffassung jeder Rundfunkgesellschaft wieder. Das galt nicht nur für Informations- und Bildungsprogramme, sondern auch für Hörspiele, Musik- und Unterhaltungsprogramme sowie für Kinder- und Frauenprogramme. Die Rundfunkgesellschaften arbeiteten fast ausschließlich für ihre eigenen Mitglieder und Gesinnungsgenossen. Aus diesem Grund handelte es sich beim niederländischen Rundfunk um ein kulturell geschlossenes und organisatorisch starres System. Die etablierten Rundfunkgesellschaften wehrten sich gegen jede Verletzung ihrer Autonomie. Allerdings mußten die Rundfunkgesellschaften eine staatliche Kontrolle der Programme hinnehmen. Die Rundfunksendungen durften weder die Sicherheit des Staates noch die öffentliche Ordnung gefährden noch gegen die guten Sitten verstoßen.

Das niederländische Rundfunksystem bestand also im wesentlichen aus vier großen Rundfunkgesellschaften, die jeweils ihre eigene Weltanschauung vertraten: Protestanten, Katholiken, Sozialisten und eine gesellschaftliche "Restgruppe" ohne politische oder konfessionelle Bindung. Auch nach dem Zweiten Weltkrieg behielten die Niederländer ihr geschlossenes Rundfunksystem. Dies entsprach ganz dem Trend in anderen Bereichen des öffentlichen Lebens. Nach dem Zweiten Weltkrieg konnten sich die Reformen gegenüber den restaurativen Kräften nicht durchsetzen²⁾. Allerdings fanden sich die Rundfunkgesellschaften - auch im Geist der damaligen Zeit - zu einer verstärkten Zusammenarbeit in der Niederländischen Radiounion (NRU) zusammen. In diese Union brachten die Rundfunkgesellschaften ihre Studios, ihre technischen Anlagen und Musikbibliotheken ein; sie sollte auch Gemeinschaftsproduktionen bringen; dies war eine Reaktion auf die Kritik an der inneren Zerstrittenheit des Rundfunks vor dem Krieg. Dieses Projekt hat sich dann doch wieder zerschlagen, weil jede Rundfunkorganisation ein Vetorecht hat. Die Regierung verstärkte vor allem ihre finanzielle Kontrolle, indem sie einen Regierungsbeauftragten für den Rundfunk ernannte. Der wichtigste Grund dafür war, daß nach dem Zweiten Weltkrieg Hörfunkgebühren eingeführt wurden. Bis dahin finanzierten die Rundfunkgesellschaften ihre Programme aus den freiwilligen Beitragszahlungen ihrer Mitglieder.

Die Vorzensur wurde nach Kriegsende abgeschafft, weil sie zu sehr an die nationalsozialistischen Praktiken während der Besatzungszeit erinnerte. Was die Beibehaltung der während des Krieges eingeführten Rundfunkgebühren anlangte, war die Regierung offenbar weniger empfindlich. Die nationalsozialistischen Machthaber hatten alle niederländischen Rundfunkgesellschaften aufgelöst, einen neuen Reichsfunk, de Nederlandsche Omroep, eingesetzt und die Erhebung von Rundfunkgebühren als Ersatz für die weggefallenen freiwilligen Mitgliederbeiträge angeordnet. Die Gebührenordnung wurde nach deutschem Vorbild gestaltet. Im übrigen hatte die Regierung einen Monat vor Kriegsausbruch einen Gesetzentwurf zur Einführung einer obligatorischen Hörfunkgebühr im Parlament eingebracht. Vermutlich wäre dieser Entwurf nicht unverändert durchs Parlament gekommen.

2) J.C.H. Blom, The Second World War und Dutch Society: continuity and change, in: A.C. Duke and C.A. Tamse, Britain and the Netherlands, volume VI, War and Society, Den Haag 1977, S. 228-248.

Nach einer mehrjährigen Versuchsperiode erhielten die Rundfunkgesellschaften die Genehmigung, ab Oktober 1951 Fernsehsendungen auszustrahlen. Auch fürs Fernsehen schufen die Gesellschaften ein Kooperationsorgan, die Niederländische Fernsehstiftung (Nederlandse Televisie Stichting/NTS). Zur Finanzierung der Fernsehprogramme wurden Fernsehgebühren eingeführt.

Die Öffnung des Rundfunksystems

Nach langem Hin und Her gelang es 1930 der Regierung, die Hörfunksendezeit endgültig zu verteilen. Diese Entscheidung war für die Niederländer von großer Bedeutung. Die Niederlande erhielten ein einzigartiges Rundfunksystem. Die Programmgestaltung lag nicht wie in anderen Ländern bei einer Gesellschaft, sondern bei mehreren autonomen Rundfunkorganisationen. Ähnlich strittig war die Einführung des Werbefernsehens. Als die Regierung die Schaffung eines zweiten Programms erwog, um die Wahlmöglichkeiten der Fernsehzuschauer und die Sendemöglichkeiten der Rundfunkgesellschaften zu vergrößern, gab es verschiedene Initiativen, das geschlossene Rundfunksystem zu durchbrechen und das Fernsehen auch für kommerzielle Zwecke zu nutzen. Vor allem der Erfolg der englischen Wirtschaft, der es gelang, das Monopol des BBC durch die Einführung eines kommerziellen Fernsehens im Jahre 1953 zu brechen, regte die Initiatoren in den Niederlanden zu einem ähnlichen Schritt an 3). Die Wirtschaft - u.a. Industrie- und Versicherungskonzerne, Banken und Zeitungsverlage - wollte das zweite Programm mit Werbung finanzieren; für das erste Programm sollten weiterhin die Rundfunkgesellschaften verantwortlich sein. Die Öffentlichkeit stand dem Streit um das kommerzielle Fernsehen, der vorwiegend von einigen kapitalstarken Gruppen ausgetragen wurde, recht gleichgültig gegenüber.

Das niederländische Parlament dagegen war in dieser Frage sehr engagiert. Zweimal verwarf es Regierungspläne zur Einführung des kommerziellen Fernsehens. Die Mehrheit der Volksvertreter wollte - wie in den zwanziger Jahren - den Rundfunk den einzelnen Bevölkerungsgruppen überlassen und nicht kommerziellen Interessen unterordnen. Deshalb wurde auch das zweite Programm den Rundfunkgesellschaften überlassen. Werbesendungen wurden in beschränktem Umfang vor und nach den Nachrichtensendungen zugelassen (Werbefernsehen seit 1. Januar 1967 und Werbefunk seit 1. März 1968). Die staatliche Stiftung Funk- und Fernsehwerbung (Stichting Ether Reclame/STER) wurde mit dem Verkauf der Werbezeit in Funk und Fernsehen beauftragt; die Erträge fließen den Rundfunkgesellschaften zu. Von 1967 bis 1973 wurde ein Teil der Werbeerlöse für Zeitungs- und Zeitschriftenverlage abgezweigt als Ausgleich für rückläufige Anzeigenumsätze.

Zur gleichen Zeit sollten damals laut Parlamentsbeschluss auch andere Bevölkerungsgruppen die Chance erhalten, Hörfunk- und Fernsehprogramme auszustrahlen. Mit anderen Worten: man wollte

3) J. Bardoel, J. Bierhoff, B. Manschot und P. Vasterman, Marges in de media; het verbroken contact tussen omroep en publiek, Baarn 1975, S. 35.

eine Öffnung des Rundfunksystems erreichen. Die entsprechenden Pläne legte die Regierung in ihrer Note über das Rundfunksystem vor. Damit wollte die Regierung auch erreichen, daß Lizenzinhaber, die keine ausreichende Resonanz mehr in der Öffentlichkeit fanden, aus dem Rundfunksystem ausscheiden. Nach einer zweijährigen Übergangszeit erhielten die Niederlande 1967 mit der Schaffung des Rundfunkgesetzes, das allerdings erst 1969 in Kraft trat, eine neue offizielle Rundfunkordnung.

Das wichtigste am neuen Rundfunkgesetz war die Zulassung neuer Rundfunkgesellschaften aufgrund einer bestimmten Mitgliederzahl. Unter Mitgliedern sind Personen zu verstehen, die auf eine Programmzeitschrift abonniert sind oder einen Jahresbeitrag an eine Rundfunkgesellschaft zahlen. Die Sendezeit wird entsprechend der Mitgliederzahl verteilt. Zu diesem Zweck unterscheidet das Rundfunkgesetz Rundfunkgesellschaften der Kategorien A, B und C sowie Anwärter. Allerdings ist für die Zuteilung von Sendezeit nicht nur die Mitgliederzahl ausschlaggebend, sondern auch das sog. kulturelle Kriterium zu erfüllen: "Sie müssen derartig auf die Befriedigung im Volk lebender kultureller, religiöser bzw. geistiger Bedürfnisse ausgerichtet sein, daß ihre Sendungen als gemeinnützig erachtet werden können" (Artikel 13,4 Rundfunkgesetz); dieses Kriterium wurde bereits 1930 formuliert. Zugelassene Rundfunkgesellschaften müssen ein abwechslungsreiches und ausgewogenes Programm bringen, d.h. jede Rundfunkgesellschaft muß neben Unterhaltungssendungen auch kulturelle und informative Sendungen sowie Bildungsprogramme ausstrahlen. Rundfunkgesellschaften dürfen selbst keine Gewinne machen und auch dem Gewinnstreben Dritter nicht dienstbar sein. Mit dem Rundfunkgesetz wurde ein neuer Dachverband für alle Rundfunkgesellschaften ins Leben gerufen, die Niederländische Rundfunkgesellschaft (Nederlandse Omroep Stichting/NOS). Die im Mai 1969 gegründete NOS war die Nachfolgerin der bis dahin nebeneinander arbeitenden Niederländischen Radio Union (Nederlandse Radio Unie/NRU) und Niederländischen Fernsehstiftung (Nederlandse Televisie Stichting/NTS).

Der Gesetzgeber hat der NOS verschiedene Aufgaben zugeteilt: sie ist ein Koordinierungs-, Kooperations- und Beratungsorgan - und sie ist für die technischen Anlagen zuständig; in ihrer eigenen Hörfunk- und Fernsehsendezeit strahlt sie ein Gemeinschaftsprogramm aus. Ein (vages) Kriterium für Gemeinschaftsprogramme ist, daß sie gemeinsam vorbereitet, zusammengestellt und ausgeführt werden können, wie z.B. Nachrichten- und Sportsendungen sowie Programme, in denen weltanschauliche und soziale Strömungen zum Tragen kommen, die von den anderen Gesellschaften nicht berücksichtigt werden.

Das 13 Jahre alte Rundfunkgesetz wurde kürzlich zum ersten Mal geändert. Das Parlament hatte zunächst einige Initiativanträge gestellt. Schließlich wurden zwei Gesetzentwürfe eingebracht und verabschiedet, nachdem die Regierung am 18. März 1975 ihre Note über die Massenmedienpolitik dem Parlament vorgelegt hatte.

Der erste Gesetzentwurf 4) wurde von den Initiatoren als "technisch" bezeichnet und sollte eine Korrektur und Verbesserung der bisherigen Situation bewirken. Im einzelnen ging es u.a. um die Erteilung der Sendelizenzen, die Rolle der NOS-Sendungen im Gesamtprogramm, Funk- und Fernsehwerbung und die Wesensmerkmale des Mediums Rundfunk. Für die Erteilung von Sendelizenzen sollen künftig nicht nur quantitative (Mitgliederzahl/Abonnenten), sondern auch qualitative Aspekte von Bedeutung sein. Das kulturelle Kriterium wurde erweitert und verfeinert: Antragsteller müssen für eine gesellschaftliche, kulturelle, religiöse oder weltanschauliche Gruppe repräsentativ sein. Ihr Programm muß sich von den Programmen der anderen Gesellschaften so abheben, daß "die Vielfalt im Rundfunk erhöht wird" (Art. 13,3 neue Fassung). Pluriformität wird nämlich nicht durch eine möglichst hohe Anzahl Rundfunkgesellschaften erreicht, sondern durch Unterschiede in Art, Charakter und Ideologie. Mit der Verschärfung der Zulassungsnorm soll erreicht werden, daß die verschiedenen Strömungen in der Gesellschaft angemessen zum Tragen kommen; außerdem soll der organisatorischen Zersplitterung entgegengewirkt werden.

An Lizenzbewerber wurden noch weitere Bedingungen gestellt. Die betreffende Rundfunkorganisation muß demokratisch verwaltet werden. So darf weder unmittelbar noch mittelbar nach Gewinn gestrebt werden. Mit diesen Maßnahmen soll verhindert werden, daß Rundfunkgesellschaften oder ihre Mitarbeiter sich kommerziell engagieren. Es ist noch die Frage, ob diese Bestimmungen in der Praxis anwendbar sind. Der NOS-Vorsitzende äußerte sich dazu skeptisch: "Die Forderung, 'dem Bestehenden etwas Neues hinzuzufügen', ist an und für sich diskutabel, denn eine Aufteilung der Sendezeit auf zu viele Lizenzinhaber ist programmtechnisch fragwürdig und für Zuschauer und Zuhörer unzumutbar. Die Anwendung dieser Kriterien in der Praxis und die Prüfung, ob eine Gesellschaft für eine bestimmte Bevölkerungsgruppe repräsentativ ist, dürfte nicht leicht sein. Sind alle bestehenden Rundfunkgesellschaften wirklich repräsentativ und unterscheiden sie sich ausreichend voneinander?" 5)

Mit dem zweiten Gesetzentwurf 6) wurde beabsichtigt, zwei im Rundfunkgesetz genannte "Koppelungen" zu beseitigen: die Abonnenten einer Programmzeitschrift sollten nicht mehr automatisch Mitglied der Rundfunkgesellschaft sein, die das Blatt herausgibt;

4) Gesetzentwurf Nr. 14351. Der Entwurf wurde am 28.1.1977 in den Generalstaaten eingebracht; das Gesetz wurde am 1.9.1978 im Staatsblatt (Nr. 665) veröffentlicht und trat am 1. Februar 1980 in Kraft.

5) E.C.M. Jurgens, De omroepwet 1967 voor het eerst gewijzigd, Nederlands Juristen Blad, 21.4.1979, Nr. 16, S. 325

6) Gesetzentwurf Nr. 14486. Der Entwurf wurde am 13. Mai 1977 in den Generalstaaten eingebracht und am 11. September 1979 von der Ersten Kammer verabschiedet. Am 25. Oktober 1979 erfolgte die Bekanntgabe des Gesetzes im Staatsblatt (Nr. 557); das Gesetz trat am 1. Februar 1980 in Kraft.

ferner sollte die Regelung abgeschafft werden, nach der nur die Abonnenten mitzählen, die die Rundfunkgebühr zahlen (meistens das Familienoberhaupt). Es ist übrigens nicht das erste Mal in der Geschichte des niederländischen Rundfunks, daß eine Trennung zwischen der Mitgliedschaft bei einer Rundfunkgesellschaft und dem Abonnement einer Programmzeitschrift vorgeschlagen wird.

Im Dezember 1953 wollte der damalige Minister für Unterricht, Kunst und Wissenschaften die vorläufige, 1947 in Kraft getretene Rundfunkregelung durch eine gesetzliche Regelung ersetzen. Nach seinem Gesetzentwurf sollte nur derjenige Mitglied einer Rundfunkgesellschaft sein (die Mitgliederzahl war für die Verteilung der Sendezeit wichtig), der sich als Mitglied angemeldet und den Beitrag entrichtet hat. Der Minister hielt es für unzumutbar, daß "jemand eine Programmzeitschrift abonnieren muß, will er sein Empfangsgerät sinnvoll nutzen, und daß er sich dadurch - sofern er sich nicht ausdrücklich davon distanziert - mit den geistigen und gesellschaftlichen Prinzipien des Programmzeitschriftenverlegers einverstanden erklärt". Er räumte zwar ein, daß ein gewisser Zusammenhang zwischen der Wahl einer Programmzeitschrift und der Vorliebe für eine bestimmte Rundfunkgesellschaft besteht. Aber eine zuverlässige Schätzung der Hörerzahlen und eine angemessene Verteilung der Sendezeit sei auf diese Weise nicht möglich 7). Dieser Gesetzentwurf wurde nicht angenommen.

Der Gesetzentwurf aus dem Jahre 1977 wurde im Juli 1978 von der Regierung aus politischen Gründen völlig überarbeitet; er unterscheidet sich praktisch in nichts von der derzeitigen Regelung. Danach zählen als Mitglied/Abonnent für die Einteilung der Rundfunkgesellschaften in die Kategorien A, B, C oder Anwärter und somit auch für die Verteilung der Sendezeit Personen über 18 Jahre, die eine Programmzeitschrift beziehen bzw. Mitglied einer Rundfunkgesellschaft sind. In dem Gesetzentwurf und in früheren Vorschlägen galten immer die Mitgliederzahlen als objektiver Maßstab für die Verteilung der Sendezeit; allerdings war man sich über die genauen Mitgliederzahlen nicht immer einig.

Denkbar wäre auch eine ganz andere Methode, von der in der Vergangenheit wiederholt die Rede war. Danach wählt jede Person von einem bestimmten Alter an unabhängig von der Entrichtung der Rundfunkgebühren oder Bezugsgebühren in direkter Wahl eine Rundfunkgesellschaft. Dieses System ist in den Niederlanden unter dem Namen "Rundfunkwahlen" bekannt; sie könnten nach dem gleichen Modus wie Parlaments- oder Gemeinderatswahlen stattfinden. Die Rückseite der Zahlkarte für Rundfunkgebühren könnte als Stimmzettel verwendet werden; es könnte mehr als eine Stimme für eine oder mehrere Rundfunkgesellschaften abgegeben werden 8). In diesem Fall könnte die Altersgrenze wegfallen.

Durch die Trennung von Mitgliedschaft und Rundfunkgebühren können die Rundfunkgesellschaften mit mehr Mitgliedern rechnen;

7) Begründung zum Gesetzentwurf zur Regelung des Rundfunks, 24.12.1953, Zweite Kammer, Sitzungsperiode 1953-1954, 3344, Nr. 3, S. 26.

8) J.H.J. van den Heuvel, Omroepverkiezingen. Over omroep-organisaties en hun ledenaanghang, Meppel 1971.

daher mußten die quantitativen Kriterien für die Einteilung der Rundfunkgesellschaften in Kategorien nach dem Rundfunkgesetz erhöht werden. Es wurden folgende Mindestwerte festgesetzt: A-Rundfunk: 450 000 Mitglieder, B-Rundfunk: 300 000 Mitglieder, C-Rundfunk: 150 000 Mitglieder, Rundfunkanwärter 60 000 mit der Auflage, daß binnen Dreijahresfrist eine Mitgliederzahl von 150 000 (C-Rundfunk) erreicht sein muß. Der Verteilerschlüssel für die Sendezeit entspricht dem Verhältnis A:B:C = 3:2:1. Ein Rundfunkanwärter bekommt eine genau festgesetzte Anzahl Funk- und Fernseh-Sendestunden zugeteilt.

In der jüngsten Zeit konnten drei neue Rundfunkorganisationen Fuß fassen: die Evangelistische Rundfunkgesellschaft (Evangelische Omroep/EO) mit ausgeprägt orthodox-konfessionellem Charakter, die Rundfunkgesellschaft TROS (Televisie en Radio Omroep Stichting), die konfessionell und politisch unabhängig ist, und die Rundfunkgesellschaft Veronica (Veronica Omroep Organisatie/VOO), die sich vor allem an die Jugend wendet. Die traditionellen großen Rundfunkgesellschaften (AVRO, KRO, NCRV und VARA) haben diese Konkurrenz zu spüren bekommen. Die Programmgestaltung wurde vor allem nach dem Siegeszug des Fernsehens immer mehr professionalisiert, denn sie war nicht mehr ausschließlich auf die eigenen Mitglieder, sondern auf das breite Publikum ausgerichtet. Die Rundfunkgesellschaften liefern sich einen harten Konkurrenzkampf und bedienen sich dabei der Ergebnisse der Marktforschung und anderer wirtschaftlicher Mittel.

Die Bindung der Rundfunkgesellschaften an die gesellschaftlichen Gruppierungen ist heute weniger stark und selbstverständlich als früher. Auch die NOS, deren Gründung auf die Öffnung des Rundfunksystems zurückzuführen ist, hat die Stellung der traditionellen Rundfunkgesellschaften geschwächt. Ihre Vorgänger, die NRU und die NTS, waren weitgehend von den traditionellen Rundfunkgesellschaften abhängig, die NOS dagegen ist eine selbständige Gesellschaft mit eigener Programmabteilung, Programmberatungsgremien und mit eigener Sendezeit im Hörfunk und Fernsehen. Die NOS, die keine Mitglieder hat, verfügt über einen gesetzlich festgelegten Sendezeitanteil; sie braucht daher weniger die Konkurrenz anderer Rundfunkgesellschaften zu fürchten.

Keine Gewähr für Programmvielfalt

Mag ein offenes Rundfunksystem vielleicht eher die weltanschauliche und gesellschaftliche Vielfalt gewährleisten als die Presse, eine Garantie ist mit der auf Mitgliederzahlen basierenden Sendezeitverteilung nicht gegeben. Der Konkurrenzkampf zwischen den Rundfunkgesellschaften, der eine Folge dieses Systems ist, ist grundsätzlich nichts anderes als der Wettbewerb zwischen kommerziellen Presseunternehmen. Das jeweilige Sendezeitkontingent (es wurde bereits darauf hingewiesen) ist in der Praxis sehr stark von der Anzahl der Abonnenten einer Programmzeitschrift abhängig. Der Konkurrenzkampf zwischen den Programmzeitschriften ist entsprechend heftig. Nicht programmpolitische, sondern pressetypische Faktoren wiegen in diesem Konkurrenzkampf am schwersten, z.B. handliches Format einer Programmzeitschrift, Bezugspreis, Leserkreis, Anzeigentarif; anzeigenstarke Blätter haben

eine stärkere Wettbewerbsposition. Allein die Programmzeitschriften informieren umfassend über das Hörfunk- und Fernsehprogramm. Daher kann man von der Zahl der Abonnenten dieser Zeitschriften auf die Zahl der Mitglieder der Rundfunkgesellschaften schließen. Die Hörfunk- und Fernsehprogrammübersichten sind in den Niederlanden urheberrechtlich geschützt; sie sind geistiges Eigentum des Rundfunks und dürfen nur in den Programmzeitschriften des Rundfunks veröffentlicht werden. Die Programmzeitschriften sind auf diesem Gebiet konkurrenzlos. Tageszeitungen dürfen täglich eine kurze Programmübersicht geben.

Der Wettbewerb zwischen den Rundfunkgesellschaften spielt sich also einerseits auf dem Gebiet der Programmzeitschriften und andererseits auf dem Gebiet der Sendungen selbst ab. Beides wird kritisiert. Der Wettbewerb zwischen den Programmzeitschriften hat in seiner heutigen Form mit der eigentlichen Aufgabe der Rundfunkgesellschaften kaum etwas zu tun. Diese Aufgabe, das Senden von Hörfunk- und Fernsehprogrammen, die die Unterschiede zwischen den Gesellschaften akzentuieren, ist ihrerseits Gegenstand der Kritik: die Sendungen (besonders im Fernsehen) sind zu stark auf den Geschmack des Durchschnittspublikums abgestimmt. Da die niederländischen Produktionen (Dramen, Dokumentarsendungen) wegen des kleinen Sprachraums relativ teuer sind, besteht zudem die Gefahr, daß der Konkurrenzkampf zugunsten von (vor allem amerikanischen) Fernsehserien entschieden wird 9).

Der Staat müßte nach Ansicht des NOS-Vorsitzenden neben der finanziellen Absicherung der Pressevielfalt Sondermaßnahmen ergreifen, "um die Vielfalt des Programmangebots im Sinne des Rundfunkgesetzes vor einer marktwirtschaftlich bedingten Nivellierung zu bewahren" 10). Solche Schutzmaßnahmen sind laut Jurgens umso dringlicher, als der niederländische Kulturraum durch neue technische Entwicklungen einem starken, vor allem kommerziellen Druck von Fernsehsendungen aus anderen, weitaus finanzstärkeren Kulturräumen ausgesetzt ist. Sehr akut war diese Gefahr durch die Pläne der niederländischen Kabelfernsehgesellschaft Deltakabel geworden. Deltakabel wollte in das Kabelnetz der niederländischen Gemeinde Sluis alle fünfzehn Fernsehprogramme des Kabelnetzes im belgischen Nachbarort Hoeke einspeisen; dazu war die Kopplung der beiden Kabelnetze erforderlich. Deltakabel wollte darüber hinaus die (französischen) Werbesendungen von Radio-Télé Luxembourg (RTL), die das belgische Kabelnetz schon übernimmt, mit PTF-Strahlverbindungen (über den Äther demnach) über alle niederländischen Kabelnetze verbreiten. Wenn RTL seine Programme mit niederländischen Untertiteln brächte oder auf die Niederlande zugeschnittene Werbesendungen ausstrahlte und von Deltakabel in den Niederlanden verbreiten ließe, wäre der kommerzielle Rundfunk in den Niederlanden eingeführt.

Diese Pläne erregten einige Besorgnis bei der Regierung und im Parlament, weil man befürchtete, das niederländische Rundfunk-

9) Vgl. C. Hamelink, De mythe van de vrije informatie, Baarn 1978.

10) Jurgens, a.a.O., S. 329. Vgl. auch Kees van der Haak, Die Zukunft des Rundfunks in den Niederlanden, in: Rundfunk und Fernsehen, XXVII (1979), 2-3, S. 278-287.

system werde der Konkurrenz eines kommerziellen Rundfunks nicht gewachsen sein: ein Werbesender kann regelmäßig sehr beliebte und kostspielige Unterhaltungsprogramme senden; dadurch würden die niederländischen Rundfunkgesellschaften zwangsläufig Zuschauer und Auftraggeber für Werbesendungen verlieren; damit wäre eine wichtige Ertragsquelle gefährdet. Der niederländische Rundfunk finanziert seine Ausgaben zu einem Viertel aus Werbeeinnahmen und zu drei Vierteln aus den Rundfunkgebühren. Es gibt keine gesetzliche Bestimmung, die die Mitarbeit der niederländischen Post (PTT) an der Übermittlung ausländischer Programme, die in den Niederlanden ohnehin empfangen werden, verbieten. Deltakabel hatte allerdings vor, einen ausländischen Sender in das niederländische Kabelnetz einzuspeisen. Ein Empfang "auf natürlichem Weg" durch den Äther ist dabei nicht gegeben. Außerdem handelt es sich bei diesem Sender um einen reinen Werbesender.

Zwischenzeitlich hat die Regierung dem Parlament die Zusage gemacht, Zulassungsnormen und Kriterien für die Einspeisung ausländischer Programme in die niederländischen Kabelnetze vorzulegen. Diese Normen und Kriterien müßten sodann im Rundfunkgesetz verankert werden. Soweit ist es jedoch noch nicht. Fraglich erscheint vorerst, ob das niederländische Rundfunksystem mit seiner inzwischen stark veralterten Organisationsstruktur - die früher von emanzipatorischen Strömungen getragen wurde, die mittlerweile vollständig in die niederländische Gesellschaft integriert sind - mit den modernen technischen Entwicklungen, z.B. dem ultramodernen Satellitenfunk, Schritt halten kann. Immer mehr Stimmen plädieren für eine umfassende Reform des über zehn Jahre alten Rundfunkgesetzes. Das organisatorisch stark aufgesplitterte Rundfunksystem sollte dem sozialen Gefüge der modernen Gesellschaft besser angepaßt werden, indem Rundfunkwahlen eingeführt werden, die anstelle der Zahl der Abonnenten von Rundfunkzeitschriften für die Verteilung der Sendezeit ausschlaggebend wären. Ferner müßte den Nivellierungstendenzen und den Programmüberschneidungen (vor allem im Fernsehen) durch strengere Programmauflagen für die Rundfunkgesellschaften Einhalt geboten werden. Der Schwerpunkt sollte auf Informations-, Kultur- und Bildungsprogrammen liegen. Es wäre sinnlos, eine Situation entstehen zu lassen, in der sich die niederländischen Rundfunkgesellschaften auf einen Konkurrenzkampf mit kommerziellen Sendern einließen, die das niederländische Publikum in naher Zukunft mit einer Flut von Unterhaltungssendungen überschwemmen werden.

Auf den folgenden Seiten wird der Abdruck von Referaten der 11. Jahrestagung mit dem ersten Teil des Beitrags von Winfried B. Lerg fortgesetzt.

Winfried B. Lerg
VOM KULTURINSTRUMENT ZUM FÜHRUNGSMITTEL
Rundfunkkontrolle in Deutschland bis 1945

Kommunikationsgeschichte als Zensurgeschichte anzulegen, ist ein, wenngleich auch nicht eben häufig anzutreffendes, plausibles Konzept. Eine andere Bezeichnung, die nicht so stark auf Inhalt abhebt, wie das Wort "Zensur", sondern auf die publizistische Vermittlung, wäre das Wort "Medienkontrolle". Hierzu können schon fünf Fragen gestellt werden:

1. Wer beaufsichtigt (kontrolliert) die Vermittlungseinrichtung, das Medium?
2. Welches sind die Verfahren der Medienkontrolle?
3. Welches sind die Ursachen (Legitimation) und welches die Folgen (Effizienz) der Kontrollverfahren?
4. Wer ist von solchen Kontrollmaßnahmen betroffen, wer sind die Subjekte (Kommunikatoren und/oder Rezipienten)?
5. Welche Inhalte (Objekte) werden der Kontrolle (Zensur) unterworfen?

Dieser analytische Fragenkatalog ist kommunikationsgeschichtlich eine praktische Anleitung, vor allen Dingen unter dem heute theoretisch zwingenden Gesichtspunkt der medienunabhängigen Auslegung kommunikationshistorischer Forschungskonzepte. Dieser Katalog ist gleichzeitig Ausdruck eines kritischen Forschungsinteresses, das am einfachsten mit der Frage nach der Verwirklichung dessen umschrieben werden kann, was die historisch-politische Idee der Kommunikationsfreiheit ausmacht. Darum ist Kommunikationsgeschichte als Geschichte der Kommunikationsfreiheit mehr als nur ein plausibles Konzept, es ergibt einen logischen Deutungsrahmen zur Erforschung des Austauschs unter Menschen, ohne die Kategorie der Zeit erkenntnistheoretisch über Gebühr strapazieren zu müssen. Das heißt nun nichts Geringeres, als daß die Bedingungen von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft als Erklärungsmodalitäten nur noch von nachgeordneter Bedeutung sind. Und das heißt schließlich, vereinfacht, daß Gegenwart und Zukunft aus Geschichte einsichtig und erklärbar sind.

Was den Rundfunk angeht, von dem hier in erster Linie die Rede sein soll, obwohl auch andere Medien ins Blickfeld kommen müssen, so wird gerade dieses publizistische Mittel, vor allen anderen, mit einer notorischen Staatsnähe nachgerade stigmatisiert. Bisweilen ist wirkliches oder gespieltes Erstaunen darüber zu hören, was denn Ministerpräsidenten der Länder der Bundesrepublik Deutschland oder der Ministerrat der DDR, was denn die Post in unserem Land und in vielen anderen Staaten mit Hörfunk und Fernsehen - vielleicht außer ihrer technischen Fürsorge - zu tun haben. Die Fragen, wer die beiden Rundfunkmedien als Mittel der gesellschaftlichen Kommunikation mit welchen Absichten und Auswirkungen für wen kontrolliert, sind noch kaum ordentlich gestellt, geschweige denn vernünftig beantwortet, da gelangen Übermittlungsverfahren in die wirtschaftliche Verwertung, für die sich übrigens nur in unserer Sprache der werbewirksame Begriff der "Neuen Medien" eingestellt hat. Die gegenwärtigen Diskussionen über diese neuen technischen Verfahren der elektronischen

Zeichenübermittlung - von "Medien" kann noch gar nicht die Rede sein - haben bei aller Spannweite ihres argumentativen Rahmens wenigstens eines gemeinsam: Sie ziehen sich auf einen beinahe trivialen technischen Determinismus zurück, unter eigensinnigem Verzicht auf kommunikationshistorische Erkenntnisse im allgemeinen und rundfunkgeschichtliche Erfahrungen im besonderen.

Deshalb lohnt die Erinnerung daran, daß die Beförderung von Wissen zum ersten Mal eine feste Organisationsform bekommen hat, als die Entstehung größerer Gebiets Herrschaften eine Erweiterung des politischen und damit auch des publizistischen Horizonts mit sich brachte 1). Die fürstlichen Botenanstalten als Trägerorganisationen der laufenden, reitenden und fahrenden Boten stellten bereits allgemeine, "öffentliche" Dienstleistungseinrichtungen dar, die jedermann gegen feste Bezahlung regelmäßig zu festen Zeiten zur Verfügung standen. Eine solche Organisation der Wissensbeförderung macht gleichzeitig die Sicherung der hierzu geschaffenen Einrichtungen erforderlich. Solche Sicherheitsvorkehrungen galten zunächst den beteiligten Personen, den Boten selbst, dann aber auch den mit wachsenden Entfernungen notwendig werdenden Stationen (Posten) am Rande der Botenwege (Postrouten). Aus diesen fürstlichen Botenorganisationen sind gegen Ende des 15. Jahrhunderts staatliche Postorganisationen entstanden 2). Hundert Jahre später schließlich bildete sich die Post als staatliche Beförderungsorganisation für jedermann in der Form eines Regals, eines herrschaftlichen Betriebsmonopols, aus. Das Postmonopol, das Recht des Staates, Personen, Wissen und Waren unter Ausschluß jeglicher Konkurrenz allein befördern zu dürfen, ist demnach geschichtlicher Herkunft 3).

Die Technik der beweglichen Lettern für die wirtschaftliche Herstellung der Vorlagen zur Textvervielfältigung mittels Druckerpresse fand das uneingeschränkte politische und fiskalische Interesse der kirchlichen und weltlichen Herrschaften, die eine Genehmigungspflicht (Privilegierung und Lizenzierung) und eine Aufsichtspflicht (Vor- und Nachzensur) einrichteten 4). Die "Neuen Medien" des 16. Jahrhunderts hießen Buch, Kalender, Monatsschriften, Flugschriften und Einblattdrucke ("Neue Zeitungen"). Die "Neuen Medien" des 17. Jahrhunderts hießen Wochenblatt,

1) Vgl. im Überblick Winfried B. Lerg: Das Gespräch. Düsseldorf 1970, S. 25-33, sowie Josef Benzinger: Zum Wesen und zu den Formen von Kommunikation und Publizistik im Mittelalter. Eine bibliographische und methodologische Studie. In: Publizistik, 15. Jg., H. 4/Okttober-Dezember 1970, S. 295 ff.

2) Noch immer Eugen Hartmann: Entwicklungs-Geschichte der Posten von den ältesten Zeiten bis zur Gegenwart mit besonderer Beziehung auf Deutschland. Leipzig 1868.

3) Trotz einer kaum noch überschaubaren postgeschichtlichen Einzelforschung zur Frühgeschichte unentbehrlich Fritz Ohmann: Die Anfänge des Postwesens und die Taxis. Leipzig 1909.

4) Eine deutsche Zensurgeschichte unter kommunikationspolitischem Aspekt bis 1848 bietet Franz Schneider: Pressefreiheit und politische Öffentlichkeit. Neuwied-Berlin 1966; stärker medienhistorisch orientiert die umfassenden Kapitel zur Zensurgeschichte bei Margot Lindemann: Deutsche Presse bis 1815. Berlin 1969.

Tageszeitung und Zeitschrift. Manche der politisch-publizistischen oder sozialpädagogischen Thesen von Medienpolitikern unserer Tage über die Zukunft der elektronischen Kommunikationsmittel könnte wörtlich - selbst was ihre barocken Formulierungen angeht - einem der ungezählten Traktate für und wider die Zeitung aus dem 17. und 18. Jahrhundert entlehnt worden sein 5).

Selbst die ersten Wettbewerbsprozesse wurden im Jahrhundert der Entstehung des neuen Mediums Presse zwischen den Kanzleien der Territorialherrschaften und den kaiserlichen Postmeistern ausgetragen - über das Recht, eine Zeitung herauszugeben, Auseinandersetzungen zwischen dem staatlich privilegierten Druckergewerbe, der privaten Verlegerschaft, auf der einen Seite und dem postalischen Monopolträger des Reichs - auch zur Übermittlung von Wissen über eigene Pressemedien andererseits. Bis vor wenigen Jahren waren in der deutschen Presselandschaft noch mehrere Traditionstitel ehemaliger Postzeitungen anzutreffen, Erinnerungen daran, daß sich vor dreihundert Jahren einmal einige kaiserliche Postmeister als Zeitungsverleger etablieren konnten 6).

Die deutschen Kaiser verwalteten die Postorganisation des Reichs allerdings nicht selbst, als staatlichen Regiebetrieb, sondern hatten die Verwaltung der Verkehrsorganisation gegen feste Einnahmen seit 1597 dem Haus von Taxis (später: Thurn und Taxis) verpachtet und als finanzielle Schutzmaßnahme diese Taxis'sche Reichspost zum kaiserlichen Regal erklärt, zum staatlichen Monopolbetrieb. Diese Organisationsform bestand immerhin bis 1867, als die königlich-preußische Staatsregierung gegen eine Entschädigung von 3 Millionen Taler die gesamte Postverwaltung mit allen Einrichtungen der Fürsten Thurn und Taxis übernahm. Die Gründe waren politisch-militärischer und wirtschaftlich-publizistischer Natur.

Die Entstehung neuer politischer Systeme im Zeitalter der Nationalstaaten machte auch die Schaffung von Verwaltungseinrichtungen erforderlich. Die neuen Kommunikationsaufgaben jener Verwaltungen konnten nur mit Hilfe neuer Verkehrsmittel bewältigt werden. Waren diese Verkehrsmittel als einfache Transportmittel zur Überwindung räumlicher Entfernungen zunächst nur Attribute der Verwaltung, so wurden sie selbst zu Objekten der Verwaltung in dem Augenblick, als ihre politische und wirtschaftliche Bedeutung nicht mehr zu übersehen war. Eine sich differenzierende gesellschaftliche Organisation erforderte zunehmend die möglichst genaue Zuordnung verwickelter menschlicher Handlungen. Dazu bedurfte die Verwaltung kostspieliger und ebenso komplexer Einrichtungen, die nun allerdings über die finanziellen Möglichkeiten privater Unternehmen hinausgingen, sobald man die dort

5) Vgl. die Quellensammlung von Karl Kurth (Hrsg.): Die ältesten Schriften für und wider die Zeitung. Brunn-München-Wien 1944, sowie Kaspar Stieler: Zeitungs Lust und Nutz. Vollständiger Neudruck der Originalausgabe von 1695, hrsg. von Gert Hagelweide. Bremen 1969.

6) Vgl. Helmut Fischer: Die ältesten Zeitungen und ihre Verleger. Augsburg 1936, und Georg Rennert: Die ersten Post-Zeitungen. Berlin 1940.

üblichen Rentabilitätsgesichtspunkte zugrunde legte. Deshalb haben fast alle europäischen Staaten sich die Verwaltung ihrer Dienstleistungen auf dem Gebiet des Verkehrs selbst vorbehalten und jedermann gegen feste Zahlung zugänglich gemacht. Die nun mittelbare staatliche Kontrolle der Verkehrsverwaltungen wird seither meist gesellschaftspolitisch begründet als Angebot allgemeiner und gleicher ("öffentlicher") Dienstleistungen; die machtpolitische Komponente unter dem Gesichtspunkt der inneren (polizeilichen) und äußeren (militärischen) Staatssicherheit war mindestens ein ebenso starkes, wenngleich auch seltener ausgesprochenes Motiv.

Ein halbes Jahr nach dem Übergang der Thurn und Taxis'schen Reichspost an Preußen, zum 1. Januar 1868, wurden alle Postverwaltungen des Norddeutschen Bundes, mit Ausnahme der bayerischen, württembergischen und badischen Post, zur Norddeutschen Bundespost vereinigt. Nach der Verfassung des Norddeutschen Bundes wurden die Postverwaltungen gegen Rechnung des Bundes als einheitliche Staatsverkehrsanstalten eingerichtet. Hieran änderte grundsätzlich auch die Reichsverfassung vom 16. April 1871 nichts, mit der die Reichspost, nunmehr unter Einschluß Badens, als Verkehrsverwaltungsbehörde entstand.

Es war Preußen, das auch das damals modernste Verkehrsmittel, bereits im Stadium fortgeschrittener Entwicklung, mit in die neue Reichsverwaltung brachte: die Telegraphie 7). Nach allen zeitgenössischen Zeugnissen hat es keine nennenswerte politische oder rechtliche Erörterung darüber gegeben, ob das neue elektromagnetische Übermittlungsverfahren, genannt "Telegraphie", staatlich oder privat betrieben werden sollte. Außer in Großbritannien, in Kanada und in den Vereinigten Staaten hatten überall die Staatsregierungen das neue Medium selbst eingerichtet und vorwiegend für militärische Zwecke betrieben, lange bevor an einen öffentlichen Dienst gedacht wurde. Der Telegraphenbetrieb war deshalb in manchen Ländern zunächst dem Kriegsministerium oder dem Auswärtigen Amt unterstellt. Erst nach der - wie es damals hieß - Freigabe des Telegraphen für zivile Zwecke ging der Betrieb meist auf die Postverwaltung über, so geschehen in den deutschen Staaten, ferner in Österreich, Rußland, Dänemark, Belgien und in der Schweiz. In Preußen erfolgte die Reorganisation im Jahr 1849. Allerdings blieb eine Weile der militärische Leiter der Telegraphenverwaltung im Amt. Die Post und Telegraphie unterstand bezeichnenderweise dem preußischen Handelsministerium. Erst nach der Gründung des Norddeutschen Bundes wurde die Telegraphenverwaltung zum 1. Januar 1868 von der Post getrennt und als selbständige Behörde dem Bundeskanzleramt unterstellt. Auf die medienpolitischen Zusammenhänge, etwa im Hinblick auf die Entstehung der Nachrichtenagenturen und staatliche Pressestellen, kann hier nicht eingegangen werden 8).

7) Zu den folgenden Abschnitten ausführlich Winfried B. Lerg: Die Entstehung des Rundfunks in Deutschland. Frankfurt 1965, S. 24 ff. und S. 287 ff.

8) Zur Entstehung der amtlichen Pressestellen und der deutschen Nachrichtenagenturen vgl. im Überblick Kurt Koszyk: Deutsche Presse im 19. Jahrhundert. Berlin 1966 mit umfassenden Quellen- und Literaturangaben, ferner Dankwart Guratzsch: Macht durch Organisation. Die Grundlegung des Hugenbergschen Presseimperiums. Düsseldorf 1974, S. 225 ff.

Nach der Gründung des Deutschen Reichs unterstand die Telegraphenverwaltung noch wenige Jahre dem Reichskanzleramt. Am 1. Januar 1876 wurde sie wieder mit der Postverwaltung vereinigt. Während für die hoheitliche Postverwaltung noch im Jahr der Reichsgründung mit dem "Gesetz über das Postwesen des Deutschen Reiches" vom 28. Oktober 1871 zum ersten Mal eine für das gesamte deutsche Postgebiet verbindliche Rechtsnorm geschaffen wurde, dauerte es noch bis zum Jahre 1892, bis das "Telegraphenregal" gesetzlich formuliert war. Die Integrierung des Funkverkehrs als "drahtlose Telegraphie" im Jahre 1908 war zunächst nicht viel mehr als eine selbstverständliche Anpassung des Rechts an den Stand der Technik. Die nunmehr hoheitlich begründete Verkehrseinheit bedeutete, daß fortan sowohl der Warenverkehr als auch der Nachrichtenverkehr unter staatlicher Verwaltung standen.

Nicht nur am Rande sei bemerkt, daß seit 1848 das ältere Medium Presse, wenn auch unter großen Anstrengungen und mit vielen Rückschlägen, sich seine Freiheit erringen konnte: Lizenzierungspflicht, Sonderbesteuerung und - gerade was ins Ressort der Postverwaltungen fiel - die Kontrollmöglichkeit durch Entzug des Postdebits, des Ausschlusses von Presseerzeugnissen von der Postbeförderung, waren schließlich durch das Reichspreßgesetz von 1874 beseitigt worden 9).

Die Fernmeldehoheit des Deutschen Reiches war bereits im Artikel 48 der Reichsverfassung von 1871 begründet und schließlich durch das "Gesetz betreffend das Telegraphenwesen des Deutschen Reiches" vom 6. April 1892 gesichert worden. Der § 1 dieses Gesetzes bestimmte: "Das Recht, Telegraphenanlagen für die Vermittlung von Nachrichten zu errichten und zu betreiben, steht ausschließlich dem Reiche zu." Selbst die Ausfächerung dessen, was zu jener Zeit zusammen mit anderen elektrischen Kommunikationsmitteln als "Telegraphenanlage" angesehen wurde, änderte an dem Anspruch des Reiches nichts. Das Deutsche Reich übertrug durch den Reichskanzler mit zwei Erlassen (von 1892 und von 1902) außer der Ausübung dieses Hoheitsrechts auch die Verleihung des Rechts an Dritte für die Errichtung und den Betrieb von Abgabe- und Aufnahmeeinrichtungen dem Reichspostamt. An dessen Spitze stand, wie bei allen übrigen Reichsämtern, ein Staatssekretär. Den innerdeutschen Betrieb regelte die Telegraphenordnung von 1897, während für den Auslandsverkehr der internationale Telegraphenvertrag von St. Petersburg von 1875 noch in Kraft war.

Als der Stand der technischen Entwicklung im Funkwesen einen Überblick zuließ, wurde das Hoheitsrecht auch auf die drahtlose Nachrichtenübermittlung ausgedehnt. In der Novelle zum Telegraphengesetz von 1892, dem "Gesetz zur Abänderung des Telegraphengesetzes" vom 7. März 1908, hieß es eindeutig: "Elektrische Telegraphenanlagen, welche ohne metallische Leitungen Nachrichten vermitteln, dürfen nur mit Genehmigung des Reiches errichtet oder betrieben werden." Mit diesem Änderungsgesetz und einer Reihe weiterer Verordnungen war die staatliche Aufsicht auf dem Gebiet des Fernmeldewesens begründet und gesetzlich verankert.

9) Vgl. die Literatur zur Geschichte des deutschen Presserechts bei Karl Bömer: Internationale Bibliographie des Zeitungswesens. Leipzig 1932, S. 126 ff.

Die rechtspolitisch kaum bestrittene Ausweitung der Posthoheit zur Fernmeldehoheit vor hundert Jahren betraf zunächst nur den Telegraphen, die elektrische Zeichenübermittlung über Draht- oder Kabelverbindungen. Erste Vorbehalte wurden laut, als die erwähnte Novelle von 1908 zum Telegraphengesetz vorbereitet wurde, mit der der Funk dem Hoheitsanspruch des Reichs, vertreten durch die Reichspost, unterstellt werden sollte. Man versuchte, die gesetzgeberische Gleichbesetzung von Draht- und Funktelegraphie zu widerlegen. Das Recht der Drahttelegraphie, so hieß es, gelte nicht ohne weiteres auch für das Funkwesen. So wurde die Theorie vertreten, im Gegensatz zum Drahtweg, der Einzeligentum benutzt, sei der Funkweg, die Atmosphäre, Gemeineigentum; übrigens eine Rechtsauffassung, die heute noch in den Vereinigten Staaten vertreten wird. Nur die Gebundenheit von Weg und Fahrzeug - wie bei Bahn und Post - gäbe einem Verkehrsmittel die natürliche Monopolstellung, welche den Eingriff des Staates fordere. Der Funkverkehr, so wurde argumentiert, sei ein öffentliches Gebrauchsgut wie der See- oder Luftverkehr und ein staatlicher Hoheitseingriff nicht zu rechtfertigen. Die Industrie brachte übrigens auch ein wirtschaftliches Argument vor. Ein Staatsapparat sei in seiner Handlungsfreiheit sehr gebunden, er reagiere zu schwerfällig, um sich schnell auf technische Neuerungen einzustellen. Eine solche Lage, so lautete die technokratische Beweisführung, sei für die Technik verderblich, denn sie brauche die freie Entfaltung der Kräfte und den Wettbewerb privatkapitalistischer Unternehmen. Die juristischen Berater der Post hatten natürlich ihre Einwände gegen solche wirtschaftlichen Vorstellungen. Ein Nachrichtenmittel des internationalen Verkehrs, so sahen es die Postberater, mit Wirkungen über die eigenen Landesgrenzen hinaus muß durch internationale Abmachungen gesichert sein, und solche Abmachungen können nur auf amtlichem Weg getroffen werden. Diese Postrechtler lieferten jedoch auch noch eine zweite Rechtfertigung für die Fernmeldehoheit, die bis heute unangefochten, wenn auch nicht unumstritten ist: Das Hoheitsrecht ist erstens ein Recht der Nachrichten- oder Zeichenübermittlung, gleichgültig, ob körperlich oder unkörperlich, und zweitens ist es lediglich eine "Beförderungshoheit", nicht aber eine "Nachrichtenhoheit". Diese Unterscheidung sollte zwanzig Jahre später bei der Rundfunkorganisation eine große Rolle spielen. Gleichwohl besaß das Reich von Anfang an eine Aufsichts- und damit auch eine Einflußmöglichkeit bei der Übermittlung von Wissen, selbst wenn der Betrieb von privaten oder halbstaatlichen Gesellschaften durchgeführt wurde, die sich des Mediums zu wirtschaftlichen Zwecken bedienten.

Nun war es zwar zu Beginn des Jahrhunderts gelungen, die Hoheitsrechte zu konstituieren und durchzusetzen. Aber noch dachte die Post nicht daran, dem neuen Verkehrsmittel mehr als nur ein reserviertes technisches Interesse abzugewinnen. Umso intensiver nahm die junge Elektrowirtschaft die Entwicklung in ihren Griff. Es gelang privaten Gesellschaften, die politischen Ambitionen des Reichs im Welthandel und im Kolonialwesen geschickt mit ihren eigenen wirtschaftlichen Zielen in Einklang zu bringen. Wenngleich die Industrie durch die Rechtslage in die Rolle des Erfinders, Herstellers und Lieferanten gedrängt war, so versuchte sie gleichwohl einen Schritt weiterzukommen, und zwar als Lizenznehmer. Man hatte bei den jungen Elektrofirmer schnell

begriffen, daß die innerdeutschen Möglichkeiten - der Ausbau eines Funknetzes für die öffentliche Nachrichtenübermittlung - rasch erschöpft sein würde. Die Pläne der Industrie zielten deshalb, zur Ergänzung der Kabelwege und zur Überbrückung fehlender Verkehrslinien, unmittelbar auf den Bau internationaler Funkverbindungen ab. Ziel dieser Überlegungen sollte ein politisch-wirtschaftlicher Wettbewerb am internationalen Markt sein. Dem britischen Weltkabelnetz mußte ein deutsches Weltfunknetz gegenübergestellt werden. Tatsächlich machte sich das Reich die großzügigen Pläne der Industrie für ein solches Weltfunknetz zu eigen und förderte sie mit Haushaltsmitteln.

Es ist jedoch unbestritten, daß im August 1914, bei Ausbruch des Ersten Weltkriegs, die Leistungen auf den drei wichtigsten Gebieten des Funks: dem des Militärfunkverkehrs für Heer und Marine, dem des Weltfunkverkehrs und des Schiffsfunkverkehrs und schließlich auf dem Gebiet des Kolonialfunkverkehrs teilweise erheblich unter dem internationalen, besonders unter dem britischen Standard lagen. Auf allen drei genannten Gebieten herrschte bis 1914 noch eine Atmosphäre des Experimentierens im Hinblick auf Technik und Organisation und eine abwartende oder zurückhaltende Einstellung bei den politischen und militärischen Stellen. Für die öffentlichen Funkdienste (Weltfunkverkehr und Schiffsfunkverkehr) lagen bis dahin bezeichnenderweise noch keine amtlichen Betriebsgenehmigungen vor. Klare Perspektiven für die Zukunft hatten nur wenige der beteiligten Personen. Das änderte sich bereits in den ersten Monaten nach Kriegsausbruch. Unter dem Druck neuer Aufgaben bedeutete das bisher von wenigen mit unterschiedlichem Erfolg Erforschte und Erprobte buchstäblich die erste Hilfe. Allerdings wurde der private Funkversuchsbetrieb der Industrie mit dem Tag der Mobilmachung eingestellt. Alle Funkanlagen, die im privaten und öffentlichen Dienst betrieben worden waren, wurden für militärische Zwecke beschlagnahmt. Das Recht der Genehmigung solcher Anlagen ging vom Reichspostamt auf das Kriegsministerium über. Damit war der legitimen Behörde zur Ausübung der Funkhoheit, dem Reichspostamt, das Recht genommen; die Postbehörde hatte nur noch Amtshilfe zu leisten.

In den Jahren zwischen der Jahrhundertwende und dem Beginn des Ersten Weltkriegs waren die Weichen für die Kontrolle des neuen Mediums Funk gestellt worden. Die Richtung war festgelegt, nachdem im nationalen und internationalen Recht die mit diesem Medium aufkommenden Ordnungs- und Organisationsprobleme nacheinander und ohne große Konflikte mit öffentlichen Ansprüchen oder Absichten gelöst werden konnten. Der Funk war - im Gegensatz zum älteren elektrischen Medium Telegraphie - in seiner Bedeutung für die Publizistik zunächst nicht erkannt worden, und deshalb begegnete man auch keinen Versuchen, gegen die hoheitliche Verwaltung zu opponieren. Die Industrie gab sich schon zufrieden, wenn ihre Privatunternehmen für die Entwicklung der Technik und für den Lizenzbetrieb nach staatlichen Vorschriften und Verkehrsbedingungen herangezogen wurden. Die Industrie verstand es auch, ihre Pläne an den wirtschaftlichen und militärischen Zielen des Reiches zu orientieren, und sie suchte Absatzmöglichkeiten und Betriebsaufgaben in genau jenen Bereichen, wo Reichsbehörden als Auftraggeber infrage kommen konnten: beim Heer, bei der Marine

und schließlich bei der Kolonialverwaltung. Als schließlich im Ersten Weltkrieg die publizistischen Aufgaben hinzukamen, unterlagen sogar sämtliche Betriebsangelegenheiten der Verfügungsgewalt militärischer Behörden. So war bis zum Jahre 1914 eine der möglichen Organisationsformen zwischen dem monopolistischen Staatsbetrieb auf der einen Seite und der vollkommenen Unternehmerfreiheit auf der anderen Seite gefunden. Zweifellos hat die Organisation des Telegraphen als öffentliches Kommunikationsmittel für die stufenweise Integration des Funks in das Fernmeldesystem des Reiches normenbildend gewirkt. Ohne die gesetzlichen Voraussetzungen für den Draht- und Kabelverkehr wäre die Formulierung der Funkhoheit gewiß schwieriger gewesen. Auch die Industrie hätte sich womöglich viel stärker durchsetzen und damit auf die Organisationsform und größere privatwirtschaftliche Einflüsse hinarbeiten können. Gleichwohl war ein Miteinandergehen von Staat und Wirtschaft, eine Zusammenarbeit der Aufsichtsorgane einerseits und der Techniker und Kaufleute andererseits, unausweichlich geworden. Die Funkindustrie hatte ihre Legitimation erwirkt und konnte mit gutem Gewissen behaupten, wirtschaftlich im Reichsinteresse zu handeln. Unter diesen Umständen übertrug das Reich seine Post- und Telegraphenverwaltung, die Betriebskonzessionen für öffentliche Aufgaben, ohne Bedenken den privaten Unternehmen. Diese Situation war charakteristisch für das Zusammengehen von Reichsinteresse und wirtschaftlichem Interesse auf dem Gebiet der elektrischen Kommunikation. Schließlich fanden sich im Ersten Weltkrieg auch Funk und Publizistik. Die Organisation des "drahtlosen Kriegsnachrichtendienstes" für publizistische, genauer gesagt: für propagandistische Zwecke, stellt im übrigen eine Offensive gegen die Nachrichtenblockade der Entente über Deutschland dar.

Das hierzu noch im Januar 1918 errichtete Betriebsunternehmen, die "Drahtloser Übersee-Verkehr AG", war von der AEG und von Siemens & Halske unter Beteiligung der Deutschen Bank und der Dresdner Bank gegründet worden. Das Deutsche Reich schloß mit der Gesellschaft über die kriegspublizistische Nutzung der von der Gesellschaft für drahtlose Telegraphie (Telefunken) ins Unternehmen eingebrachten Funkstation Nauen einen vierjährigen Pachtvertrag ab. Die Drahtloser Übersee-Verkehr AG war die erste wirkliche Funk-Gesellschaft in Deutschland: ein privatrechtlich organisiertes, staatspublizistischen Zwecken dienendes Medienunternehmen zur Verbreitung amtlicher, öffentlicher Nachrichtendienste.

Keine vier Wochen nach dem Ende der Kampfhandlungen, im Dezember 1918, lag im Reichspostamt bereits ein Plan vor, nach dem der Funk als öffentliches Nachrichtenmittel fest in seinen Aufgabenbereich einbezogen werden sollte. Neben dem Draht- und Kabelnetz für Telegraph und Telefon sollte nun endlich auch mit dem systematischen Aufbau eines innerdeutschen drahtlosen Telegraphen- und Telefonnetzes begonnen werden. Dieser Plan, niedergelegt in einer Denkschrift, galt in erster Linie den revolutionären Bestrebungen des Vollzugsrates der Arbeiter- und Soldatenräte. Auch ein von der Post unabhängiges Reichsfunkamt wurde gefordert. Schon am 8. November 1918 war das gesamte öffentliche und amtliche Nachrichtenwesen nicht nur der Kontrolle des Kriegsministeriums,

sondern auch dem Reichspostamt entglitten. Soldaten, die zum Schutz der Anlagen bestellt waren, nahmen vielfach den Betrieb in eigene Regie, um sich damit dem Vollzugsrat zur Verfügung zu stellen. Als Dachorganisation war beim Soldatenrat einer Berliner Nachrichteneinheit eine "Zentralfunkleitung" entstanden mit dem Ziel, das innerdeutsche Funknetz mit den Militärfunkern als postunabhängige Dienstleistungsgenossenschaft zu betreiben. Doch nach wenigen Wochen wird diese Organisation in ein interministerielles Gremium einbezogen. Dieses Gremium, die Reichsfunkkommission, sollte eine vorläufige Organisation sein und im Auftrag der Regierung unter der Kontrolle des Vollzugsrats alle Fragen der Funktelegraphie im Benehmen mit den beteiligten Behörden bearbeiten. Doch der Einfluß des Vollzugsrats und seiner Zentralfunkleitung wurde in diesem Gremium zunehmend schwächer. Langsam gewann die Post ihre Sicherheit wieder; sie wagte sich mit Anträgen vor und ertrotzte sich ihre Verwaltungs- und Betriebskompetenzen zurück. Äußeres Zeichen dieser selbstbewußten Aktivität war die Auflösung der Reichsfunkkommission und die Bildung einer Reichsfunkbetriebsverwaltung als ausdrücklich den Postinteressen dienende Organisation. Gleichzeitig wurde das gesamte Funkwesen aus der Abteilung für Telegraphen- und Fernsprechwesen der Reichspostverwaltung herausgelöst und zu einer eigenen Abteilung für Funktelegraphie ausgebaut. Ein historisch bedeutsamer personalpolitischer Schachzug gelang der Reichspost - oder soll man sagen: der Gesellschaft für drahtlose Telegraphie (Telefunken)? Leiter sowohl der Reichsfunkbetriebsverwaltung, die der Reichskanzlei unmittelbar unterstellt war, als auch der neuen Funkabteilung im neuen Reichspostministerium war ein und dieselbe Person, das Mitglied des Telefunken-Direktoriums, Hans Bredow. Er war genau vier Wochen im Amt, als er für zwei entscheidende Verfügungen der Reichsregierung sorgte, die für die weitere Geschichte des deutschen Funkwesens und damit auch für die Geschichte des Rundfunks in Deutschland bedeutsam werden sollten. Am 9. April 1919 unterzeichnete Regierungschef Philipp Scheidemann zwei Verfügungen: die eine ermächtigte das Reichspostministerium, die Reichsfunkbetriebsverwaltung in sein Ressort zu übernehmen, die andere erklärte das Reichspostministerium zur Zentralbehörde für das gesamte Funkwesen. Damit waren auf den Tag genau fünf Monate nach der Entstehung jener Zentralfunkleitung alle revolutionären Spuren im deutschen Funkwesen wieder beseitigt.

In Weimar beriet die Nationalversammlung darüber, wie das neue Staatsgebilde, das künftig die "Weimarer Republik" genannt werden sollte, auszusehen hätte, als das Reichspostministerium daranging, die Pläne jener Funkdenkschrift vom Januar 1919 aufzugreifen. Hier war vorgeschlagen worden, die "zur funktelegraphischen Verbreitung allgemeiner Nachrichten in Deutschland (Politische Nachrichten, Handelsnachrichten, Börsenkurse, Wetterberichte, Zeitsignale, Propaganda usw.) erforderlichen Sendestationen" bereitzustellen und "möglichst einfache Empfangsanlagen in den Geschäftsräumen von Behörden, Verwaltungen, Banken, Börsen, Industrieunternehmungen usw." einzurichten. Bereits Ende März 1919 war im Reichspostministerium zu hören, diese Nachrichten sollten über eine große Funkstation im ganzen Reichsgebiet verbreitet werden. Außerdem plane man in den Postämtern und bei Privatleuten eine Reihe von Empfangsstellen. Zu klären seien noch deren Aufstellungsorte, die Frage der Gebühren sowie die Frage der Beschaffung und Verbreitung des Nachrichtenmaterials. Gerade

dieses letzte Problem sollte nicht so rasch eine Lösung finden, denn hier ging es tatsächlich bereits um publizistische Dinge. Die entscheidende Erkenntnis, im Funk eine Übermittlungsmöglichkeit in der Hand zu haben, deren wirtschaftliche Nutzung einer reinen Verkehrsverwaltungsbehörde wie der Post in kurzer Zeit über den Kopf wachsen könnte, hatte sich freilich noch nicht eingestellt. Für die Post stellte sich die ganze Angelegenheit zunächst als ein reines Betriebsproblem. Weder die Postbeamten noch die bald als Interessenten hinzugezogenen Vertreter von Nachrichtenagenturen und von Tageszeitungsverlagen vermochten sich vorzustellen, welche kommunikationspolitischen Fragen hier auf sie zukommen würden. Die Post lockte Agenturen und Verlage durch die Teilnahme an für sie kostenlosen Versuchsprogrammen mit Funktelegraphie und später sogar mit Funktelefonie (Sprechfunk). Doch ein Gemeinschaftsunternehmen, wie die Post es sich wünschte, mochten die Nachrichten- und Zeitungsunternehmen nicht gründen. Einem einzelnen Funkbetriebsunternehmen, wie es von der Hugenberg-Gruppe gegründet und der Post vorgestellt worden war, mochte man keine Lizenz erteilen.

Mehr Erfolg hatte die Post dagegen im Auswärtigen Amt mit seiner publizistischen Tradition; dieses Ministerium konnte seit 1920 eine eigene Wirtschaftsnachrichtenagentur vorweisen, mit der die Post ins Geschäft kam. Diese "Eildienst für amtliche und private Handelsnachrichten GmbH" verbreitete von Juli 1920 an einen telegraphischen Funkwirtschaftsdienst und von September 1922 an sogar einen funktelefonischen Wirtschaftsroundspruchdienst. Hier wurden bereits Gebühren bezahlt, und die Post konnte der skeptischen Presse zeigen, daß ihr neues Medium, der Funk, nicht nur Geld kosten mußte. Die Eildienst, als reichseigene, über das Auswärtige Amt verwaltete Funkgesellschaft, lizenziert vom Reichspostministerium, erfüllte eine historische Pilotfunktion für die Entwicklung des Rundfunks in Deutschland.

Der zweite Teil folgt in Nr. 3/1981 der MITTEILUNGEN.

Arnulf Kutsch

DAS ABC DES THEATERS. EIN RUNDFUNK-GESPRÄCH ZWISCHEN HERBERT
IHERING UND ERWIN PISCATOR.

Hinweis auf einen Quellentyp der Programmgeschichte

"Der Dialog erweist sich als die überzeugendste Kunstform für die Darbietungen des Rundfunks... Bei den Diskussionen über aktuelle Fragen weiß man anscheinend noch nicht recht, ob man den Anschein der Improvisation erwecken oder die Gattung der 'schönen Rede' pflegen soll. Selbst Redner der gleichen Veranstaltung scheinen sich darüber nicht einig zu sein, welche Art der Rede die gegebene sei. - Beginn da unlängst Hans José Rehfisch: 'Ich komme hierher, um mit Dr. Kerr zu disputieren und finde Dr. Hoffmann-Harnisch.' Und Hoffmann-Harnisch sagte im Verlauf der Debatte: 'Nun möchte ich daran anknüpfen, was wir im Auto auf der Fahrt hierher besprochen haben.'" 1)

Programmgeschichte als Aussage- oder Inhaltsgeschichte hat sich mit Tondokumenten zu befassen. Dort, wo Tondokumente nicht oder nicht mehr zur Verfügung stehen (und dies dürfte für die ersten zwanzig Jahre der deutschen Rundfunkgeschichte am häufigsten der Fall sein), sollte versucht werden, die Überlieferungslücke durch sekundäre Quellen zu schließen. Eine nicht zu unterschätzende Bedeutung erlangen mithin Textdokumente der Rundfunkprogramme. Hier lassen sich recht verschiedenartige solcher Dokumente unterscheiden. Genannt seien Sendemanuskripte, Konzepte über Einzelprogramme oder Sendereihen, zudem schriftliche Dokumente über Inhalt (und Anlage) einer Programmreihe oder einer Programmsparte (für eine bestimmte Periode und eine bestimmte Sendegesellschaft).

In unvergleichbar großem Umfang verfügt die Programmgeschichte über Inhaltzusammenfassungen einzelner Sendungen, wie sie in der gedruckten Publizistik in Übersichten und zahllosen Programmkritiken heute noch leicht zugänglich sind. Damit rücken Tageszeitungen, Zeitschriften und Korrespondenzen als Quellen in den Blick des Rundfunkhistorikers, der sich mit Rekonstruktion und Analyse von Rundfunkprogrammen beschäftigt.

Weit seltener als etwa Rundfunkkritiken findet sich in Zeitungen oder Zeitschriften, bisweilen auch in Sammelpublikationen ein anderer Typus des Textdokumentes, nämlich der Abdruck des Wortlautes einer Sendung, eines Vortrages beispielsweise, einer über den Rundfunk verbreiteten Ansprache oder gar eines vor den Rundfunkmikrophonen geführten Gespräches. Es scheint allerdings, daß vornehmlich die zahlreichen Zeitschriften der Weimarer Republik bislang noch nicht einer systematischen Autopsie nach derartigen Dokumenten unterzogen worden sind. Diese Vermutung gilt insbesondere für die Jahre 1924 bis 1929, die nicht durch die

1) Lutz Weltmann, Dialog im Rundfunk, in: Die Literatur 31. Jg. (1928/29), Nr. 7, S. 370.

vorzügliche, von der Deutschen Bücherei in Leipzig monatlich erstellte Bibliographie "Deutsches Rundfunkschrifttum" erfaßt worden sind. 2)

Die Historiographie des Rundfunkprogramms - hierauf möchte dieser kurze Beitrag verweisen - sollte sich weit gezielter auf die Suche nach solchen Textdokumenten begeben, als dies offenbar bislang der Fall gewesen ist. Bedeutung kommt verständlicherweise zunächst den Programmzeitschriften zu. Aber auch etwa die kulturpolitischen oder die Literatur-Zeitschriften, denen neben der Tagespresse die besondere Aufmerksamkeit der Rundfunkforschung galt, scheinen bislang noch weitgehend unbekannte Quellen für die Programmgeschichte bereitzuhalten. Ein Beispiel mag zur Verdeutlichung genügen. Auf der Grundlage des 1934 in fünfter Auflage erschienenen "Handbuchs der deutschen Tagespresse" erstellte der Referent des Deutschen Instituts für Zeitungskunde (Berlin), Hans Traub, 1934 eine Übersicht, der zufolge 38 deutsche Tageszeitungen regelmäßig eine Rundfunkbeilage und 14 Tageszeitungen regelmäßig eine kombinierte Film- und Rundfunkbeilage veröffentlichten. 3) Wann werden diese Supplemente systematisch auf ihre Brauchbarkeit als Quelle für die Programmgeschichte überprüft?

Welche Entdeckungen man mitunter bei der Autopsie von Zeitschriften machen kann, möge das nachfolgende Textdokument belegen. Es stammt aus der Zeitschrift "Die Literatur. Monatsschrift für Literaturfreunde", und zwar aus der Nummer 9 des 31. Jahrgangs (1928/29): ein "Rundfunk-Gespräch" über "Das ABC des Theaters" zwischen Herbert Ihering und Erwin Piscator. 4) Ausgewählt wurde dieses Dokument 5), weil es einen durchaus bezeichnenden Blick auf einen Inhaltsausschnitt und eine Vermittlungsform zumindest des Berliner Rundfunkprogramms des Jahre 1929 gestattet. Oder,

-
- 2) Deutsches Rundfunkschrifttum. Hg. von der Reichs-Rundfunk-Gesellschaft, bearb. von der Deutschen Bücherei (Leipzig), Berlin: 1. Jg. (1930) - 13. Jg. (1942) (mehr nicht erschienen) (ab März 1934 als Beilage zu 'Archiv für Funkrecht', ab Januar 1938 als Anhang zu 'Rundfunkarchiv')
 - 3) vgl.: Hans Traub, Der Rundfunk, in: Zeitungswissenschaft 9. Jg. (1934), Nr. 8, S. 374-375
 - 4) "Das ABC des Theaters." Ein Rundfunk-Gespräch zwischen Herbert Ihering und Erwin Piscator, in: Die Literatur 31. Jg. (1928/29), Nr. 9, S. 497-500
Das Gespräch wurde am 22.4.1929 von 20.00 Uhr bis 20.30 Uhr in der Berliner Funk-Stunde gesendet.
vgl. ferner: H.(ans) Ta.(siemka), Das Theater gewinnt wieder an Boden. Gespräch mit Erwin Piscator, in: Der Deutsche Rundfunk 7. Jg. (1929), Nr. 16, S. 488
 - 5) Die Zeitschrift 'Die Literatur' beispielsweise druckte ebenfalls im 31. Jg. (1928/29), Nr. 1, S. 21-27 das Manuskript von "Alfons Paquet, Der Goethe-Preis. Ein Rundfunkvortrag" ab. vgl. auch: Kleist-Preis 1930. Eine Rundfunkunterhaltung zwischen Ernst Heilborn und Lutz Weltmann, in: Die Literatur 33. Jg. (1930/31), Nr. 3, S. 121-124

um es noch mehr zu präzisieren: auf eine Darbietungsform des Programms, die gegen Ende der zwanziger Jahre nicht nur an Beliebtheit gewann, sondern einen beachtlichen Stellenwert für die Vermittlung kontroverser Meinungen erlangte: das Zwiegespräch und die Diskussion vor dem Rundfunkmikrofon. 6)

Andererseits ist dieses Textdokument durchaus ein Beispiel für die mangelnde Kenntnis und Bereitstellung derartiger Quellen für die Programmgeschichte: der Text wurde zwar vor einigen Jahren erneut publiziert, jedoch an versteckter Stelle und zudem kaum kenntlich gemacht als Textdokument des Rundfunks. 7) Abgesehen von einigen notwendigen Annotationen soll auf eine Inhaltserläuterung ebenso verzichtet werden wie auf grundsätzliche Anmerkungen etwa zu dem wichtigen quellenkundlichen Problem "Rundfunksendung - (redigiertes?) veröffentlichtes Textdokument". Eben als Anreiz für eine Diskussion derartiger Fragen, die sich an ein Textdokument der Programmgeschichte knüpfen, soll an dieser Stelle ein - wie ich meine - aufschlußreiches Paradigma gegeben werden. Vielleicht besteht während der nächsten Doktoranden-Colloquien des Studienkreises die Möglichkeit, über diesen Quellentypus zu diskutieren.

-
- 6) Als zeitgenössische Stellungnahme vgl. u.a.: Alfred Mühr, Mehr Streitgespräche im Rundfunk! in: Der Deutsche Rundfunk 8. Jg. (1930), Nr. 10, S. 4-5. ferner: Sabine Schiller/Arnulf Kutsch, Literatur im Rundfunkprogramm, in: Winfried B. Lerg/ Rolf Steininger (Hrsg.), Rundfunk und Politik 1923 bis 1973. Beiträge zur Rundfunkforschung, Berlin: Verlag Volker Spiess 1975, S. 87-118, bes. S. 103-105. Winfried B. Lerg, Rundfunkpolitik in der Weimarer Republik, München: Deutscher Taschenbuch Verlag 1980, S. 418-428.
- 7) Vgl.: Herbert Ihering, Der Kampf ums Theater und andere Schriften 1918-1933. (Auswahl: Ludwig Hoffmann), Berlin (Ost): Henschelverlag Kunst und Gesellschaft 1974, S. 260 ff.

ZEITLUPE

DAS ABC DES THEATERS

Ein Rundfunk-Gespräch zwischen Herbert Ihering und Erwin Piscator

Ihering: Die Theaterspielzeit geht zu Ende. Ich glaube deshalb, daß man heute schon einen Überblick gewinnen und feststellen kann, daß eine Gattung von Stücken sich durchgesetzt und Erfolg gehabt hat, von der man noch vor zwei Jahren wenig wußte, deren Erfolg man zum mindesten für unmöglich gehalten hätte. Das Publikum will Stücke sehen, die etwas mit der Zeit zu tun haben, das Publikum will sich nicht mehr nur amüsieren, sich nur unterhalten, es will vom Theater Nahrung, es will wieder Substanz. Daher die Möglichkeit, "Giftgas über Berlin" 8) aufzuführen, daher die Erfolge von allerdings ungleichartigen Stücken wie "Revolte im Erziehungshaus" 9), "Verbrecher" 10), "Dreigroschenoper" 11). Es ist nicht zuviel gesagt, wenn man behauptet, daß diese Änderung der Spielpläne die indirekte Folge Ihres Theaters, Herr Piscator, der Piscator-Bühne sind, deren Weiterwirken somit größer ist als die direkten Leistungen. Glauben Sie nicht auch?

Piscator: Ich gebe gern zu, Herr Ihering, daß die Auswirkung groß ist, ich gebe hingegen ungern zu, daß gerade aus diesem Grunde die Leistung geringer zu bewerten sei. Wäre ich unbescheiden, könnte ich sagen: wie groß muß also die Leistung gewesen sein. Bescheiden möchte ich aber hinzufügen: die Ereignisse sind größer als wir. Ich habe den Krieg nicht angezettelt und die Revolution auch erst durch ihn verstehen gelernt.

Ihering: Also gut. Sie haben die Stoffe nicht erfunden.

Piscator: Nein, aber diese beiden Faktoren haben die Umwandlung auf allen menschlichen Gebieten vollzogen bzw. sollten sie vollziehen: auch des Theaters. Nicht ich. Auch ohne mich. Auch gegen mich gegebenenfalls. So wie sich diese Tatsachen heute und hoffentlich in Zukunft mehr und mehr gegen jene wenden werden, die glauben, mit der Phrase von der Neutralität der Kunst die brennenden Gegenwartsfragen -

Ihering: und das sind immer auch die entscheidenden Zukunftsfragen -

-
- 8) Giftgas über Berlin. Drei Akte einer Diktatur der Zukunft. Von Peter Martin Lampel. Uraufführung durch die 'Gruppe junger Schauspieler' im Theater am Schiffbauerdamm (Berlin) am 5. März 1929.
 - 9) Revolte im Erziehungshaus. Schauspiel der Gegenwart in drei Akten. Von Peter Martin Lampel. Uraufführung durch die 'Gruppe junger Schauspieler' im Thaliatheater (Berlin) am 2. Dezember 1928.
 - 10) Die Verbrecher. Schauspiel in drei Akten. Von Ferdinand Bruckner. Uraufführung im Deutschen Theater (Berlin) am 23. Oktober 1928.
 - 11) Dreigroschenoper. Von Bert Brecht. Uraufführung im Theater am Schiffbauerdamm (Berlin) am 31. August 1928.

ZEITLUPE

Das ABC des Theaters

Ein Rundfunk-Gespräch zwischen Herbert Ihering und Erwin Piscator

Ihering: Die Theaterspielzeit geht zu Ende. Ich glaube deshalb, daß man heute schon einen Überblick gewinnen und feststellen kann, daß eine Gattung von Stücken sich durchgesetzt und Erfolg gehabt hat, von der man noch vor zwei Jahren wenig wußte, deren Erfolg man zum mindesten für unmöglich gehalten hätte. Das Publikum will Stücke sehen, die etwas mit der Zeit zu tun haben, das Publikum will sich nicht mehr nur amüsieren, sich nur unterhalten, es will vom Theater Nahrung, es will wieder Substanz. Daher die Möglichkeit, „Giftgas über Berlin“ aufzuführen, daher die Erfolge von allerdings ungleichartigen Stücken wie „Revolté im Erziehungshaus“, „Verbrecher“, „Dreigroschenoper“. Es ist nicht zuviel gesagt, wenn man behauptet, daß diese Änderung der Spielpläne die indirekte Folge Ihres Theaters, Herr Piscator, der Piscator-Bühne sind, deren Weiterwirken somit größer ist als die direkten Leistungen. Glauben Sie nicht auch?

Piscator: Ich gebe gern zu, Herr Ihering, daß die Auswirkung groß ist, ich gebe hingegen ungern zu, daß gerade aus diesem Grunde die Leistung geringer zu bewerten sei. Wäre ich unbescheiden, könnte ich sagen: wie groß muß also die Leistung gewesen sein. Bescheiden möchte ich aber hin-

zufügen: die Ereignisse sind größer als wir. Ich habe den Krieg nicht angezettelt und die Revolution auch erst durch ihn verstehen gelernt.

Ihering: Also gut. Sie haben die Stoffe nicht erfunden.

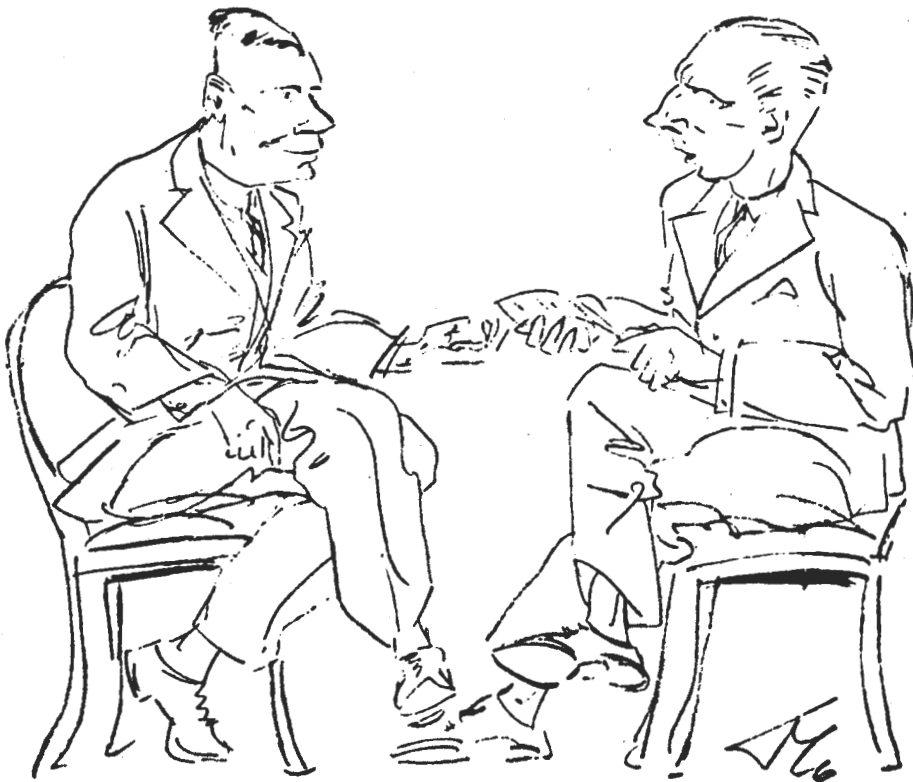
Piscator: Nein, aber diese beiden Faktoren haben die Umwandlung auf allen menschlichen Gebieten vollzogen bzw. sollten sie vollziehen: auch des Theaters. Nicht ich. Auch ohne mich. Auch gegen mich gegebenenfalls. So wie sich diese Tatsachen heute und hoffentlich in Zukunft mehr und mehr gegen jene wenden werden, die glauben, mit der Phrase von der Neutralität der Kunst die brennenden Gegenwartsfragen —

Ihering: und das sind immer auch die entscheidenden Zukunftsfragen —

Piscator: von der Kunst fernhalten zu können.

Ihering: Ein Verdienst können Sie in Deutschland für Ihre Aufführungen und sich in Anspruch nehmen: Sie haben zur Beschleunigung beigetragen. Sie haben durch die Bekämpfung des l'art pour l'art-Standpunkts die prinzipielle Forderung aufgestellt, daß Kunst, wie jedes andere Element des menschlichen Fortschritts, auch Mittel zum Zweck sei, und wir haben durch programmatische Arbeit diese Prinzipien von der Kunstfakultät weg ins Bewußtsein der Masse gerückt und zur Diskussion gestellt.

Piscator: Das nehmen aber heute viele für sich in Anspruch. Ja es geht soweit, daß bereits die gefährliche Parole aus-



Ihering und Piscator im Gespräch. Zeichnung von B. J. Dolbin

Piscator: von der Kunst fernhalten zu können.

Ihering: Ein Verdienst können Sie in Deutschland für Ihre Auf-
führungen und sich in Anspruch nehmen: Sie haben zur Beschleunigung beigetragen. Sie haben durch die Bekämpfung des l'art pour l'art-Standpunkts die prinzipielle Forderung aufgestellt, daß Kunst, wie jedes andere Element des menschlichen Fortschritts, auch Mittel zum Zweck sei, und wir haben durch programmatische Arbeit diese Prinzipien von der Kunstfakultät weg ins Bewußtsein der Masse gerückt und zur Diskussion gestellt.

Piscator: Das nehmen aber heute viele für sich in Anspruch. Ja es geht soweit, daß bereits die gefährliche Parole ausgegeben wird, die Probleme nicht mehr zu diskutieren. So wünschte vor kurzem jemand, es sei nun endlich an der Zeit: der Krieg solle totgeschwiegen werden.

Ihering: So? - ich wiederum las, daß Arnold Zweig allein über das Thema Romane schreiben und diskutieren wolle. Außer seinem eigenen Buch, dem "Sergeanten Grischa" 12) hält er keine anderen Kriegsbücher für notwendig.

Piscator: Lieber Herr Ihering, sehr schnell hat sich wohl ein radikaler Demokratismus dieser Stoffe bemächtigt. Genau so wie bei den Naturalisten vor dem Kriege. Aber was war die Konsequenz der geistigen Kulturträger der Vorkriegszeit? Wie und wo endeten die "Weber"? In der Hochkonjunktur des Kapitalismus. Und in das Gebrüll der Kriegsschreier mengten sich trotzdem auch die Stimmen, die vorher in der Literatur ein anderes Programm vertraten. Gerade darum hat der Begriff Zeittheater heute bereits eine Abwandlung, eine Verallgemeinerung erfahren, die mir unangenehm ist und mit der ich mich nicht identifizieren möchte. Er ist modisch geworden, kaufkräftig, kurz bühnenfähig.

Ihering: Dann müssen wir den Begriff Zeittheater genau fixieren. Zeittheater gab es immer. Die Forderung nach dem Zeittheater ist auch nicht neu. Sie trat immer wieder unter verschiedenen Namen auf. So schrieb Schiller schon "Die Schaubühne als eine moralische Anstalt" und sagte darin, als ob er Lampel und die "Revolte im Erziehungshaus" meinte: "Mit glücklichem Erfolge würden sich von der Schaubühne Irrtümer der Erziehung bekämpfen lassen. Das Stück ist noch zu hoffen, wo dieses merkwürdige Thema behandelt wird. Keine Angelegenheit ist dem Staat durch ihre Folgen so wichtig als diese. Und doch ist keine so preisgegeben, keine dem Wahne, dem Leichtsinne des Bürgers so uneingeschränkt anvertraut wie es diese ist. Nur die Schaubühne könnte die unglücklichen Schlachtopfer vernachlässigter Erziehung in rührenden, erschütternden Gemälden an ihm vorbeiführen."

Piscator: Schiller verstand überhaupt die Prinzipien der Schaubühne schon in einem ähnlichen Sinne wie wir. Welche wissenschaftlichen Vorarbeiten leistete er, um zu seinen großen Geschichts-

12) Arnold Zweig. Der Streit um den Sergeanten Grischa, Berlin-Potsdam: Verlag Gustav Kiepenheuer 1928.

dramen zu kommen. Dann aber ging sein Theater temperament durch. Mehr noch als er und vor allem kühler wollen wir das Theater wissentlich und willentlich in die große Politik einbeziehen. Zeittheater!? Jede Zeit kann ihr Theater haben, ohne daß die Zeit etwa besonders wertvoll, gut oder böse, ethisch, moralisch oder amoralisch zu sein braucht. Zeittheater - nein - Tendenztheater, Lehrtheater.

Ihering: Tendenztheater? Das ist doch Plakat, ist doch Lichtreklame, etwas Borniertes, etwas Enges, hat doch nichts mit Kunst zu tun.

Piscator: Aber, Herr Ihering.

Ihering: Hallo, das sage nicht ich, das sagt Franz Werfel. Für ihn ist es das Unglück unserer Zeit, daß ein Überfluß an Stoffen vorhanden ist, bevor die Form gefunden wurde, während umgekehrt es die Stärke der Zeit ist, daß die Stoffe in die Kunst eindringen, sie überwältigen, die alte Form sprengen.

Piscator: Sogar die szenische Form.

Ihering: Und von sich aus eine neue Form schaffen. Lyriker von Werfels Art, die sich den Stoffen nicht offenhalten, werden von ihnen in die Defensive gedrängt und finden dann im günstigsten Fall zwar die Form, aber niemals ein Stück. Sonnabend Werfels schwächliches Formwerk "Paulus unter den Juden" 13) ohne Wirkung. Sonntag Erich Mühsams dokumentarisches Werk "Sacco und Vanzetti" 14) - erschütternde Wirkung. Der Unterschied war Beweis.

Piscator: Tendenzstücke sind solche, die sich nicht der Zeit an die Rockschoße hängen, sondern die über diese Zeit hinausführen. Ein neues Ziel aufstellen. Solche, die den sogenannten Fall, den Stoff nicht zur Anwendung bringen, weil er interessant, bühenwirksam und zugleich aktuell ist, sondern weil an ihm ein Beispiel konstruiert werden kann für das aktive Handeln bestimmter gesellschaftlicher Kräfte. Das Dokument wird benutzt, um zu lehren, zu belehren (Pädagogik) -

Ihering: Sie und Brecht kommen hier also auf verschiedenen Wegen zum gleichen Resultat -

Piscator: um mit sozusagen wissenschaftlichen Mitteln aus der Klärung des Stoffs, bzw. des Falls, also aus der Erfahrung heraus die Konsequenz für den Zuschauer zu ziehen.

Ihering: Der Autor also oder jeder an der Aufführung als Regisseur oder Schauspieler Beteiligte hat demnach die Verpflichtung zum stofflichen Problem des künstlerischen Erzeugnisses selbst Stellung zu nehmen und, wenn man es recht versteht, die Moral von der Geschichte zu verkünden.

13) Paulus unter den Juden. Dramatische Legende in sechs Bildern. Von Franz Werfel. Uraufführung im Deutschen Schauspielhaus (Hamburg) am 3.11.1926.

14) Sacco und Vanzetti. Von Erich Mühsam. Uraufführung im Theater in der Stadt (Berlin) am 21.4.1929.

Piscator: Jawohl, ebenso wie Tolstoj dies in seinen Volkserzählungen getan hat, die er nur der Tendenz willen geschrieben hat.

Ihering: Und die nebenbei das künstlerisch Wertvollste sind, was er geschrieben hat.

Piscaotr: Ja.

Ihering: In diesem Sinne sind also auch klassische Stücke Tendenzstücke gewesen.

Piscator: Zum Teil ja. Bei den Griechen finden wir in Aristophanes den politischen Tagesschriftsteller, während sonst aber auch Tendenzen zu einer bestimmten moralischen Konsequenz fast in jedem Klassiker liegen. (Erst in der Zeit des späteren kampflosen, zufriedenen gewordenen Bürgertums war es den Klassikern vorbehalten, zur Unterhaltungsware herabzusinken.) In Zeiten sozialer Umwälzungen werden immer wieder neue Gesichtspunkte herausgefunden: Voltaire, Molière und zu gleicher Zeit Lessing, der erste Tendenzschriftsteller großen Formats von deutscher Abkunft. Ein Mann, der alles, was er schrieb, von seinem überlegenen kritischen Geist aus schrieb und zwar belehrend. Er lehrte den neuen Inhalt und somit auch und zwar bewußt durchgeführt, die neue Form des bürgerlichen Dramas. Er lehrte und erfand den politischen Stoff im Drama, behandelte aktuelle Fragen wie z.B. die Judenfrage: "Nathan der Weise", "Die Juden" usw. Noch heute wirken die in der Vergangenheit aktuellen Probleme aufrührend, wenn sie richtig und sachlich dargestellt werden.

Ihering: Um so schlimmer, daß trotz dieser Tatsachen die Klassiker immer wieder und immer stärker in verfälschter Form gespielt werden. Der Klassikertod!

Piscator: Der treffende Inhalt Ihrer Broschüre 15), Herr Ihering. Aber das ist es, selbst die "Räuber" sind auch später noch, zum letztenmal 1890 verboten worden.

Ihering: Zum letztenmal? Haben Sie denn vergessen, daß Ihre Aufführung auch auf Schwierigkeiten stieß?

Piscator: Die "Räuber" wurden immer erlaubt, wenn Karl Moor 16) mit großem Pathos sprach und den eigentlichen Sinn zudeckte, verboten immer -

Ihering: Das wissen wir aus dem Jahr 1927 17).

15) Herbert Ihering, Reinhard - Jessner - Piscator oder Klassikertod? Berlin: Verlag Ernst Rowohlt 1929.

16) Gemeint ist die Figur Karl Moor in Schillers Schauspiel "Die Räuber".

17) Vgl. hierzu u.a.: Erwin Piscator, Das politische Theater. Neubearbeitet von Felix Gasbarra, Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Verlag 1963, S. 88-91. Herbert Ihering, Von Reinhardt bis Brecht. Vier Jahrzehnte Theater und Film. II. Bd., 1924-1929, Berlin (Ost): Aufbau-Verlag 1959, S. 223-225

verantwortlich, sondern ebenfalls die ökonomischen Bedingungen, unter denen heute Theater gespielt wird. Der Star steigt schon mit der ganzen Belastung seines Verdienstes in die Rolle hinein und muß deshalb einen Erfolg haben, um seine Gage und seine Lebensansprüche zu rechtfertigen. Daher die Mutlosigkeit vor dem künstlerischen Experiment und, bei den Stars, der Wille zum Geschäftsstück. Die Frage ist nicht mehr nach der künstlerischen Leistung, sondern nach der materiellen Zugkraft. Der Schauspieler zieht Geld aus dem Theater und muß Geld wieder hineinziehen.

Piscator: Ja, Sie glauben nicht, wenn man morgens zur Bühne geht, an der Bühnentür halten die Stutz, die Cardillacs, die Buicks: welche Angst muß dahinter stecken, diesen Standard zu halten, ihn inklusive der Villen und anderer kostspieliger Annehmlichkeiten von dem nächsten Premierenerfolg abhängig zu wissen. Eine Psychose tritt ein, eine Überreizung. Eine berliner Premiere steht, abhängig nicht allein von dem Erfolg bei dem Publikum, sondern von dem Urteil der großen Presse, unter einem ungeheuren hydraulischen Druck.

Ihering: Mit einem Grad von Berechtigung sagt natürlich der anerkannte Schauspieler, daß seinetwegen das Publikum das Theater besuche, daß also der Theaterunternehmer, wenn der Schauspieler nicht zu hoch bezahlt würde, seinen, des Schauspielers Gewinn einstreiche.

Piscator: Geht man von den augenblicklichen Verhältnissen aus, so stimmt das nur begrenzt. In Wirklichkeit wird heute die Einnahme aufgeessen von der außergewöhnlich hohen Miete, den Stargewinnen, den Lustbarkeitssteuern und dergleichen mehr. Während bei früheren Berechnungen ein Drittel des besetzten Hauses den Gesamtertrag erbringen mußte, muß man heute drei Viertel ansetzen. Im Westen ist kein Theater unter 200 000 bis 300 000 Mark Jahresmiete zu haben. Außerdem lasten darauf noch eine Menge anderer Ausgaben, darunter beträgt allein die Hauszinssteuer 40 000 bis 50 000 Mark. Erschwerend dabei ist der Kettenhandel.

Ihering: Ja, das muß das Publikum heute auch wissen.

Piscator: Abfindungen, die an den vorhergehenden Pächter bezahlt werden, werden immer abgeschoben auf den jeweils letzten Pächter. Das geht soweit, daß zur Zeit ein Theater mit einer Miete von 3 000 Mark pro Abend belastet ist, also über eine Million im Jahr. Infolgedessen klammert sich der Unternehmer an feste Größen. Feste Größen aber, glaubt er, sind die Stars. Sie bilden in Berlin ein großes Ensemble, und kein Unternehmer hat den Mut, ein eigenes aufzubauen.

Ihering: Sie selbst, Piscator, hatten diesen Mut aber auch nicht, trotzdem Sie doch gerade den Star entbehren könnten.

Piscator: Das stimmt teilweise. Nicht auf allen Gebieten kann ich experimentieren, trotzdem betrachte ich den Aufbau eines Ensembles als eins der wichtigsten Ziele meines Theaters, wenn auch nicht als erstes. In ein paar Jahren hoffe ich ein adäquates Ensemble zu besitzen.

Ihering: Ensemblespiel mit jungen Schauspielern drückte sich in der "Revolte" 21) am schärfsten aus, und diese Schauspieler kamen doch größtenteils gerade von Ihnen. Sie sehen also, daß es sehr gut gegangen wäre.

Piscator: Gewiß fiel Stoff und Darstellung hier besonders glücklich zusammen. Trotzdem gibt es eine Reife des Schauspielers, die nicht nur durch Temperament und Jugend ersetzt werden kann. Mit diesem Schauspieler müßte ich zum Beispiel den "Timon" 22) arbeiten.

Ihering: Schön, der Star war ja von Anfang an nicht ein Star, sondern nur ein guter Schauspieler.

Piscator: Diese Qualität belastet heute aber das Geschäft durch Überbezahlung. Weder der prominente Darsteller noch der Theaterdirektor haben das Recht, des "Geschäfts" wegen die künstlerische Konsequenz zu beugen und diese zur Unterordnung unter ihre persönlichen Bedürfnisse zu zwingen.

Ihering: Was wollen Sie denn, Piscator? Diese Direktoren, Regisseure, Schauspieler glauben ja gar keine Charakterlosigkeit zu begehen. Das ist ihre Kunst.

Piscator: Gut, da also beide, Geschäft und Kunst, unlösbar verbunden scheinen, ist der heutige Zustand so zu fixieren: eigentlich sollte von dem Geschäft als Vorbedingung doch nur soviel in einem Theater stecken, als es gerade braucht, um "Kunst" zu machen, während immer mehr ebensowenig Kunst gemacht wird, als es braucht, ein größeres Geschäft zustande zu bringen.

Ihering: Und ich bin der Meinung, daß letzte Konsequenz in der Kunst immer auch das Geschäft erzwingt. Wenn nun aber die ökonomischen Grundlagen des Theaters an sich schon so schwierig sind, wie verhängnisvoll ist dann erst der Gebrauch der Zensur, die sich in letzter Zeit wieder hervorgewagt hat.

Piscator: "Giftgas" 23), "Pioniere in Ingolstadt" 24).

21) s. Anmerkung 9.

22) s. Anmerkung 18.

23) s. Anmerkung 8.

24) Pioniere in Ingolstadt. Lustspiel. Von Marieluise Fleißer. Uraufführung in der Dresdner Komödie am 26. März 1928. Am 1. April 1929 wurde das Stück auch im Theater am Schiffbauerdamm (Berlin) von Bert Brecht inszeniert. Hierzu sowie zu den weiteren Aufführungen des Textdokumentes über Zensur vgl. u.a.: Spectaculum 13. Acht moderne Theaterstücke, Frankfurt/Main: Suhrkamp-Verlag 1970, S. 275-279 (dort jedoch falsche Angabe zum Uraufführungstermin). -: Frauen über Zensur, in: Die Literatur 31. Jg. (1928/29), Nr. 8, S. 433-434 (dort auch eine Stellungnahme von Marieluise Fleißer). Alfred Kerr, Zensur? Aus der Rede in der Preussischen Akademie, in: Berliner Tageblatt. Abend-Ausgabe Nr. 113 vom 7.3.1929. Heinrich Mann, Gegen die Zensur, in: Berliner Tageblatt. Abend-Ausgabe Nr. 121 vom 12.3.1929, 1. Beiblatt

Ihering: Wie muß sie die an sich schon kaum vorhandene Risikofreudigkeit des Theaterleiters hemmen, den Mut des Schauspielers, riskante Rollen zu spielen, lähmen, die künstlerische Schaffenskraft und Intuition des Autors von vornherein unterbinden. Haben Sie keine Angst, daß Ihnen im nächsten Jahr nicht auch Schwierigkeiten bereitet werden?

Piscator: Ich glaube nicht, daß man höheren Orts so töricht sein wird, gerade an der Kulturfront mit brutalen Gewaltmaßnahmen einen Kampf zu entfesseln, der nicht nur das Proletariat, sondern alle freiheitlich Gesinnten in den schärfsten Gegensatz zum Staat bringen müßte und eine dauernde, immer tiefere politische Beunruhigung schaffen würde.

Ihering: Aber die Zensur ist doch auf dem Marsche. Gerade der Durchbruch des aktuellen Theaters hat die Gegenkräfte auf den Plan gerufen. Geben Sie sich nur keiner Täuschung hin. Das Aufleben der Zensur ist doch nicht darauf zurückzuführen, daß man die Sittlichkeit schützen oder erotische Anzüglichkeiten verbieten will; man kämpft einen Machtkampf aus. Man will sich ein Instrument schaffen, um das Theater zu regulieren und in Abhängigkeit zu bringen. Darum weg mit jeder Theaterzensur, auch der verschleierte, Abbau der hohen Gagen und Neuregelung der Konzessionsfrage. Dieser Konzession, die auch eine Art Zensur sein kann, eine trockene Zensur, ein Druckmittel, um politisch oder künstlerisch Mißliebige vom Theater fernzuhalten.

Piscator: Was Sie sagen, ist vollkommen richtig, wenn Sie auf eine Gesundung des bürgerlichen Theaterbetriebs hinzielen. Für ein Theater aber, das seinem Ziel nach doch gegen die augenblickliche Form der Gesellschaft gerichtet ist, beginnt der tragische Konflikt in dem Augenblick, in dem es sich überhaupt mit den wirtschaftlichen Gegebenheiten der heutigen Zeit konfrontiert sieht. Hier eine Gesundung zu schaffen, ist nur möglich, wenn ein solches Theater von einem ihm weltanschaulich adäquaten Publikum, nämlich den arbeitenden Massen getragen wird. Dieses Publikum aber ist - wie sich leider immer wieder herausstellt - heute noch wirtschaftlich zu schwach.

Ihering: Also ist der Faktor, der zuletzt auch die geistige Haltung des heutigen Theaters bestimmt, die Kaufkraft des zahlenden Publikums. Nun ist dessen Interesse am Theater ja allerdings wieder außerordentlich groß. Riesige Publikumsorganisationen, deren Mitgliederzahl Hunderttausende von Menschen umfaßt, sind neben der Volksbühne gerade in den letzten zehn Jahren entstanden. Man darf aber diese Publikumsmassierung nicht überschätzen, man darf sich nicht zufrieden geben und nicht etwa daraus folgern, daß das Theater wieder eine geistige Macht geworden ist. Eine geistige Macht ist das Theater nur dann, wenn es sich um die entscheidenden Dinge nicht herumdrückt; wenn es in die Zeit eingreift, wenn es zur Zeit Stellung nimmt, wie es das Theater in allen seinen großen Epochen getan hat.

Piscator: Eine geistige Macht? Es ist wohl gerade durch Ihre und unsere Arbeit wieder in den Mittelpunkt der Diskussion gerückt, von allgemeinem Interesse geworden. Aber ein Machtfaktor kann

es nur sein, wenn seine Ziele wieder gesellschaftsführend sind. Solche Ziele hat die heute zahlende Schicht des Publikums nicht mehr, kann infolgedessen auch ihr Theater nicht mehr haben. Solche Ziele kennt nur noch das im Anfang dieses Gespräches analysierte Tendenztheater. So weit das bürgerliche Theater wieder zu einem Scheinleben erwacht ist, verdankt es das in erster Linie der Kampferspritze, die es durch das politische Theater bekommen hat. Lassen wir das Unterhaltungstheater ruhig im Schatten dahinvegetieren. Der Weg zum großen Drama, zum großen Kulturtheater, zu den großen künstlerischen Formen überhaupt, geht nur über die Auseinandersetzung mit den großen politisch-ökonomischen Problemen, die zur Umwälzung aller Verhältnisse zwischen Mensch und Welt führt.

BIBLIOGRAPHIE

Zeitschriftenlese 19 (1.12.1980 - 28.2.1981 und Nachträge)

- Hans Abich: Der Kunstbegriff und das Fernsehspiel. Versuch einer Collage, in: Dramaturgie des Fernsehspiels. Die Diskussion um das Fernsehspiel 1952-1979. München 1980. S. 29-39.
- Hermann-Josef Ackermann: Ein Kurzwellendienst ohne Sender. UN-Radio, in: Weltweit hören. Jg. 9. 1981. Nr. 2. S. 4-8.
- Hans Bausch: 30 Jahre ARD. Rückblick und Ausblick, in: ARD Jahrbuch. Jg. 12. 1980. S. 19-27.
- Margita Behnke-Gürtler: Modellversuch mit Langzeitperspektive. Hochschule für Film und Fernsehen, München, in: Funk-Korrespondenz. Jg. 29. 1981. Nr. 5. S. 2-6.
- Friedrich Bösel: Grundzüge der Finanzgeschichte, in: Nach fünfundzwanzig Jahren. Beiträge zu Geschichte und Gegenwart des WDR. Köln (usw.) 1980. S. 311-369.
- Fritz Brühl: WD und WDR. Walter Dirks zum 80. Geburtstag, in: Funk-Korrespondenz. Jg. 29. 1981. Nr. 4. S. 9-10.
- Karl Bruhn: Niederlande: 25 Jahre "NOS-Journaal", in: Funk-Korrespondenz. Jg. 29. 1981. Nr. 1/2. S. 19.
- Ingo Dahrendorf: Grundzüge der Technikgeschichte, in: Nach fünfundzwanzig Jahren. Beiträge zu Geschichte und Gegenwart des WDR. Köln (usw.) 1980. S. 157-238.
- Ansgar Diller: Furcht vor welschen Wellen. Vor 50 Jahren begann "Radio Strasbourg" mit seinem Programm, in: Kirche und Rundfunk. 1981. Nr. 7. S. 7-9.
- Ansgar Diller: Ein Konkurrent für Goebbels. Radio Vatikan und das Dritte Reich. T. 1-2, in: Funk-Korrespondenz. Jg. 29. 1981. Nr. 7. S. 1-3, Nr. 8. S. 4-7. 1. 1933-1939, 2. 1939-1945.
- Ansgar Diller: Ein neuer Faktor im europäischen Ätherkonzert. Zum Sendebeginn von Radio Vatikan vor 50 Jahren, in: Funk-Korrespondenz. Jg. 29. 1981. Nr. 6. S. 1-3.
- Hermann Ehinger: 10 Jahre SDR-Studio Ulm, in: Südfunk. Informationen des Süddeutschen Rundfunks. Jg. 14. 1981. Nr. 2. S. 4.
- Ursula Enderle: Lehrjahre in Grünau und Weimar. Aus der Arbeit der Rundfunkschulen 1946-1955, in: Beiträge zur Geschichte des Rundfunks. Jg. 14. 1980. H. 1. S. 35-36.
- Walter Först: Anfänge und Ansätze, in: Nach fünfundzwanzig Jahren. Beiträge zu Geschichte und Gegenwart des WDR. Köln (usw.) 1980. S. 15-38.
- Robert Foerster: Rundfunkriese Andorra, in: Weltweit hören. Jg. 9. 1981. Nr. 2. S. 38-39.
- 25 Jahre WDR. (5 Beiträge), in: WDR print. 1980. Nr. 56. S. 3-9. Walter Först: Ein Sender, Baujahr '56. Am 1. Januar: Das Jubiläum des Westdeutschen Rundfunks Köln. Über den Beginn des neuen WDR. Friedrich K. Kurylo: Sender in Köln - oder Kölner Sender. Der WDR und seine Stadt. Werner Höfer grüßt Hanns Hartmann zum 25. WDR-Geburtstag. Trinkspruch auf einen Gründervater. Gustav Kubicek: "Bei der Geburt war der WDR schon mündig". 1956 begann der Kölner Sender mit 812 Planstellen. Walter Pindter: Der erste Straßenfeger: "Soweit die Füße tragen". Der erste Produktionschef berichtet, wie es zu der Bauer-Serie kam.

- Daniel E. Garvey: Introducing color television: the audience and programming problem, in: Journal of broadcasting. Vol. 24. 1980. Nr. 4. S. 515-525.
- Helmut Gralow: Aktionen - Stationen - Traditionen. Operativer Rundfunk als Chronist und Mitgestalter der DDR-Geschichte. T. 4, in: Beiträge zur Geschichte des Rundfunks. Jg. 14. 1980. H. 1. S. 9-34.
- Rita von der Grün: Wer macht das Programm? in: Musik 50er Jahre. Berlin 1980. S. 25-33.
- Jürgen Heyn: Lokales Kabelfernsehen in Großbritannien, in: Media Perspektiven. 1980. H. 11. S. 719-732.
- Knut Hickethier: Das Fernsehspiel in der Adenauer-Ära. Ein Kapitel bundesdeutscher Fernsehspielgeschichte, in: ARD Fernsehspiel. 1981. Januar - März. S. 16-31.
- Rosemarie Hirsch: Kurt Esmarch und das Hafenkonzert. Zum Tode des Sprechers einer der ältesten Hörfunksendungen der Welt, in: Fernseh-Informationen. Jg. 31. 1980. Nr. 23/24. S. 584-585.
- John Howkins: Canada's communications kaleidoscope, in: Intermedia. Vol. 8. 1980. Nr. 6. S. 7-9.
- Heinz Werner Hübner: Gegenwart und Zukunft des Fernsehens, in: Nach fünfundzwanzig Jahren. Beiträge zu Geschichte und Gegenwart des WDR. Köln (usw.) 1980. S. 117-156.
- Friedrich Wilhelm Hymmen: Das authentische "Alexanderplatz"-Hörspiel: nie gesendet. Alfred Döblin und der Hörfunk, in: Kirche und Rundfunk. 1980. Nr. 94. S. 1-4. Mit Beiträgen von Christian Hörburger: Nachtrag zu einer hörspielgeschichtlichen Sensation, in: Funk-Korrespondenz. Jg. 28. 1980. Nr. 51. S. 14-15. und: Ansgar Diller: Nachtrag zum "Nachtrag zu einer hörspielgeschichtlichen Sensation", in: Funk-Korrespondenz. Jg. 29. 1981. Nr. 1/2. S. 15-16.
- F(riedrich) W(ilhelm) Hymmen: Ein Mann, für den der Rundfunk noch ein Kulturinstrument war. Zum Tode von Wolfgang Brobeil, in: Kirche und Rundfunk. 1981. Nr. 8. S. 2-3.
- Manfred Jenke: Gegenwart und Zukunft des Hörfunks, in: Nach fünfundzwanzig Jahren. Beiträge zu Geschichte und Gegenwart des WDR. Köln (usw.) 1980. S. 81-116.
- Andreas Keiser: Drei Jahre ZFP - Erfahrungen eines Insiders, in: Fernseh-Informationen. Jg. 31. 1980. Nr. 22. S. 537-539.
- Hartmut Klatt: Medienpolitischer Abgesang (sozialliberale Medienpolitik 1969-1980), in: Journalist. Jg. 32. 1981. Nr. 1. S. 8-11, 46-47.
- Werner Lauff: "Radio Lorraine Coeur d'Acier" ist tot. Ein Nachruf auf den erfolgreichsten Piratensender Frankreichs, in: Fernseh-Informationen. Jg. 32. 1981. Nr. 2. S. 37-38.
- Peter Märthesheimer: Woher denn, wohin denn? Perspektiven des Fernsehspiels nach 25 Jahren Fernsehspiel, in: Dramaturgie des Fernsehspiels. Die Diskussion um das Fernsehspiel 1952-1979. München 1980. S. 18-28.
- Hans Mahle: Zwei Jahre demokratischer Rundfunk. (Ansprache des Generalintendanten des Rundfunks in der Sowjetischen Besatzungszone vom 13. Mai 1947), in: Beiträge zur Geschichte des Rundfunks. Jg. 14. 1980. H. 1. S. 84-90.
- Rodney Mantle: Der britische Bildungsfunk. Eine Übersicht. T. 2, in: W & M. Weiterbildung und Medien. 1980. H. 3. S. 22-24.

- Medienpolitische Grundsätze der SPD. Beschlüsse und Erklärungen von 1976-1980 sowie Auszug aus dem Godesberger Programm (zusammengestellt vom Referat Massenmedien beim SPD-Partei-vorstand), in: Funk Report. 1981. Nr. 1. S. 1-25.
- Gert Opitz: Radio Luxemburg: Die rechtliche und wirtschaftliche Position der Compagnie Luxembourgeoise de Télédiffusion - Eine Bestandsaufnahme, in: Media Perspektiven. 1981. H. 1. S. 36-49.
- Hans-Goetz Oxenius: Ein unbequemer Anreger. Walter Dirks wird am 8. Januar 80 Jahre alt, in: Funk-Korrespondenz. Jg. 29. 1981. Nr. 1/2. S. 1-2.
- Walter Pindter: Als die Bilder flimmern lernten. Eine Serie über den Anfang des Fernsehens in Köln. T. 1-3, in: WDR print. Nr. 56. 1980. S. 7, Nr. 57. 1981. S. 7, Nr. 58. 1981. S. 7.
- R(ainer) P(inkau), W(olfgang) S(cheunemann): Radio Frieden und Fortschritt. Sender der öffentlichen Meinung? (Porträt der sowjetischen Auslandsrundfunkstation und ihrer Entwicklung), in: Weltweit hören. Jg. 9. 1981. Nr. 1. S. 27.
- Andreas Rommelspacher: Dreißig Jahre "The Archers". Eine außergewöhnliche Radioserie der BBC, in: Kirche und Rundfunk. 1981. Nr. 3. S. 11-12.
- Rundfunk in Frankreich. (3 Beiträge), in: Funk-Korrespondenz. Jg. 28. 1980. Nr. 52. S. 1-30. Antoine de Tarlé: Der Staat hat das Monopol. Die rechtlichen Grundlagen des französischen Fernsehens. Roland Cayrol: Immer noch allgegenwärtig: der Staat. Eine kritische Analyse des französischen Radio- und Fernsehsystems. Michel Souchon, Joelle Perillat: Hauptaugenmerk den Quantitäten. Autoren und Themen der Medienforschung in Frankreich.
- Holger Rust: Aus den Anfängen. Programm-Vorschau 1926 ("Die Sendung"), in: Medien. Jg. 3. 1981. H. 1. S. 29-34.
- Irmela Schneider: Das Fernsehspiel und seine Funktionen - Eine historische Skizze, in: Dramaturgie des Fernsehspiels. Die Diskussion um das Fernsehspiel 1952-1979. München 1980. S. 9-17.
- Manfred Scholz: Kurt Smettan. 20.4.1908 - 24.1.1980. Abschiedsworte für unseren langjährigen Mitstreiter. (Mit 1 Foto), in: Beiträge zur Geschichte des Rundfunks. Jg. 14. 1980. H. 1. S. 5-8.
- Heinz Schwitzke: Einer der Letzten. Zum Tode von Fritz Schröder-Jahn, in: Kirche und Rundfunk. 1981. Nr. 1. S. 7-8.
- Rhea G. Sikes: Programs for children: public television in the 1970s. A national perspective, in: Public telecommunications review. Vol. 8. 1980. Nr. 5. S. 7-26.
- Michel Souchon: Die Programme und die Zuschauer des französischen Fernsehens. Die Entwicklung seit 1973, aufgezeigt an vier Indikatoren, in: Media Perspektiven. 1980. H. 12. S. 823-833.
- Walter Stelzle: Das Ausländerprogramm der ARD. Auf dem Weg zu einem Hörfunk-Familienprogramm für nationale Minderheiten, in: ARD Jahrbuch. Jg. 12. 1980. S. 54-67.
- Michael W. Taylor: Ben Darrow and the Ohio School of the Air. (Zur Frühgeschichte des Schulfunks in den USA), in: Public telecommunications review. Vol. 8. 1980. Nr. 5. S. 27-32.
- Harald Töldte: Die Fernsehproduktion, in: Nach fünfundzwanzig Jahren. Beiträge zu Geschichte und Gegenwart des WDR. Köln (usw.) 1980. S. 239-310.

- Roberto Tucci: 50 Jahre Radio Vatikan. Manuskript für eine Pressekonferenz aus Anlaß der Eröffnung der 50-Jahrfeiern. Veröffentlicht im "Osservatore Romano" vom 11./12. Februar 1980, in: Funk-Korrespondenz. Jg. 29. 1981. Nr. 7, S. B1-B10.
- Yoshimi Uchikawa: Broadcasting, in: Historical development of media systems. 1. Japan. Paris 1979. S. 26-40.
- Heinz Ungureit: Film und Fernsehspiel - Von der Konkurrenz zur Komplementarität, in: Dramaturgie des Fernsehspiels. Die Diskussion um das Fernsehspiel 1952-1979. München 1980. S. 40-48.
- Vor 25 Jahren erbaut: Fernsehsender Feldberg feiert Jubiläum, in: SWF intern. 1981. H. 1. S. 5.
- Franz Wördemann: ZFP - Zentralstelle Fortbildung Programm ARD/ZDF. Drei seltsame Buchstaben - drei Jahre eines Versuchs, in: Media Perspektiven. 1980. H. 12. S. 792-802.

Literatur zur Rundfunkgeschichte der Vereinigten Staaten

Der Kommunikationswissenschaftler und Rundfunkhistoriker Christopher H. Sterling hat im Verlag Arno Press, New York, eine Reprint-Reihe mit Rundfunkdissertationen amerikanischer Universitäten eröffnet. Im Jahr 1979 sind zunächst 26 Titel erschienen, von denen nur 7 in den fünfziger Jahren und früher, 6 in den sechziger Jahren, während die übrigen 13 - also die Hälfte - zu Beginn der siebziger Jahre entstanden sind. Zusammengekommen bieten diese Hochschulschriften einen vorzüglichen Einblick in die Geschichte und Gegenwart des amerikanischen Rundfunksystems. Knapp die Hälfte der Arbeiten handelt bezeichnenderweise von der staatlichen Aufsicht, denn auch in den USA werden die beiden Rundfunkmedien von allen Kommunikationsmitteln am stärksten medien- und wirtschaftspolitischen Bestimmungen unterworfen:

1. John Edward Burke: An historical-analytical study of the legislative and political origins of the Public Broadcasting Act of 1967. (Ohio State U 1971), N.Y. 1979;
2. K. Sue Foley: The political blacklist in the broadcast industry. The decade of the 1950s. (Ohio State U 1972), N.Y. 1979;
3. Kay Charles Jameson: The influence of the United States Court of Appeals for the District of Columbia on federal policy in broadcasting regulation, 1929-1971. (U of Southern California 1972), N.Y. 1979;
4. John Michael Kittross: Television frequency allocation policy in the United States. (U of Illinois 1960), N.Y. 1979;
5. Robert Sears McMahon: Federal regulation of the radio and television broadcast industry in the United States, 1927-1959. (Ohio State U 1959), N.Y. 1979;
6. Thomas A. Muth: State interest in cable communication. (Ohio State U 1973), N.Y. 1979;

7. Joseph Marion Ripley, Jr.: The practices and policies regarding broadcasts of opinion about controversial issues by radio and television stations in the United States. (Ohio State U 1961), N.Y. 1979;
8. Thomas Porter Robinson: Radio networks and the Federal Government. (Columbia U 1943), N.Y. 1943 (!);
9. Robert Paul Sadowski: An analysis of statutory laws governing commercial and educational broadcasting in the fifty States. (U of Iowa 1973), N.Y. 1979;
10. Robert H. Stern: The Federal Communications Commission and television. The regulatory process in an environment of rapid technical innovation. (Harvard U 1950), N.Y. 1979;
11. John D. Tomlinson: The international control of radio-communications. (U de Genève 1938), Ann Arbor, Mich. 1945 (!);
12. Dana Royal Ulloth: The Supreme Court. A judicial review of the Federal Communications Commission. (U of Missouri 1971), N.Y. 1979.

Sechs Arbeiten gelten der Programmgeschichte, vier davon Unterhaltungsprogrammen, eine der Geschichte der amerikanischen Nachrichtenagenturen als Stofflieferanten für die aktuellen Programme, eine geht dem Zusammenhang nach zwischen Massenpublikum und Programmkonzeption:

13. Robert Lee Bailey: An examination of prime time network television special programs, 1948 to 1966. (U of Wisconsin 1967), N.Y. 1979;
14. Donald Howe Kirkland, Jr.: A descriptive study of the network Western during the seasons 1955-56 to 1962-63. (Ohio State U 1967), N.Y. 1979;
15. Robert Larka: Television's private eye. An examination of twenty years programming of a particular genre, 1949 to 1969. (Ohio State U 1973), N.Y. 1979;
16. David T. MacFarland: The development of the top 40 radio format. (U of Wisconsin 1972), N.Y. 1979;
17. Richard Allen Schwarzlose: The American wire services. A study of their development as a social institution. (U of Illinois 1965), N.Y. 1979;
18. Charles Henry Stamps: The concept of the mass audience in American broadcasting. An historical-descriptive study. (Northwestern U 1956), N.Y. 1979.

Sieben weitere Arbeiten haben Fragen der Rundfunkorganisation und der Rundfunkwirtschaft zum Thema. Eine davon handelt von dem bislang einzigen Versuch, in den USA eine vierte Fernsehgruppe (network) aufzubauen, zwei Untersuchungen gelten Monopolisierungsproblemen der Rundfunkgruppen, zwei Studien gelten der neueren Entwicklung öffentlicher Rundfunkeinrichtungen und eine andere der Geschichte der "Stimme Amerikas" bis 1962:

19. Gary Newton Hess: An historical study of the Du Mont television network. (Northwestern U 1960), N.Y. 1979;
20. Herbert H. Howard: Multiple ownership in television broadcasting. Historical development and selected case studies. (Ohio U 1973), N.Y. 1979;
21. Stewart Louis Long: The development of the television network oligopoly. (U of Illinois 1974), N.Y. 1979;
22. Alan Pearce: NBC news division. A study of the costs, the revenues, and the benefits of broadcast news. (Indiana U 1972), beigebunden: The economics of prime time access. (Washington, D.C. September, 1973 = Gutachten für die FCC), N.Y. 1979;
23. Robert M. Pepper: The formation of the Public Broadcasting Service. (U of Wisconsin 1975), N.Y. 1979;
24. Robert William Pirsein: The Voice of America. A history of the international broadcasting activities of the United States Government, 1940-1962. (Northwestern U 1970), N.Y. 1979;
25. Peter O. Steiner: Workable competition in the radio broadcasting industry. (Harvard U 1949) mit Nachtrag von 1952, N.Y. 1979.

Die letzte Arbeit in diesem Bücherpaket ist eine berufskundliche Untersuchung über die Rundfunkkritik in den Vereinigten Staaten bis 1955:

26. Ralph Lewis Smith: A study of the professional criticism of broadcasting in the United States, 1920-1955. (U of Wisconsin 1959), N.Y. 1979.

Dem Autor geht es um das fachjournalistische Selbstverständnis der Hörfunkkritik, ihre Beurteilungskriterien für einzelne Programm-gattungen, ihre Meinungen zum Bildungsauftrag des Mediums, zur Rundfunkwerbung und zur Rundfunkorganisation allgemein. Die Frühzeit der Fernsehkritik wird ebenfalls berücksichtigt.

Winfried B. Lerg

Anmerkung: Von den Titeln 8 (Robinson) und 11 (Tomlinson) wurden Restauflagen der Erstdrucke in die Reihe aufgenommen.

BESPRECHUNGEN

Winfried B. Lerg: Rundfunkpolitik in der Weimarer Republik, 1980, 574 S. (= Rundfunk in Deutschland, hrsg. v. Hans Bausch, Bd. 1) München: Deutscher Taschenbuch Verlag

Zwei verschiedene Adressaten hat die Taschenbuchreihe im dtv-Verlag im Auge: den an Rundfunkgeschichte interessierten Laien und den forschenden Spezialisten. Ihr Herausgeber, Hans Bausch, spricht in seinem Vorwort von einer "Brücken"-Funktion; eine für jedermann lesbare Rundfunkgeschichte, aber auch eine "lückenaufreißende" Fundgrube für junge Wissenschaftler. Das Ergebnis einer solchen Zielsetzung kann verständlicherweise nur ein Kompromiß sein. Die ganze Reihe mit fünf Bänden und wohl gut 2.000 Seiten sind für einen Laien schon eine echte Geduldsprobe (aber niemand ist ja gezwungen, alle fünf Bände zu kaufen und zu lesen); trotzdem sollten sich möglichst viele dieser Mühe unterziehen: Rundfunkmitarbeiter, Entscheidungsträger in Rundfunkanstalten, Politiker im Medienbereich.

Winfried B. Lerg hat die Aufgabe übernommen, die Rundfunkpolitik in der Weimarer Republik darzustellen. Er ist ein exzellenter Kenner gerade dieses Zeitraumes, in dem dramatisch vor den Augen abläuft, wie ein publizistisches Mittel nicht das werden darf, was es sein könnte, und wie es zu etwas gemacht wird, was es nie werden dürfte, ein reines staatliches Propagandainstrument. Lerg hat sich bemüht, nicht nur das, was an Einzeldarstellungen schon vorhanden ist, zusammenzustellen, sondern auch neue Teile zu erarbeiten, insbesondere die Geschichte der Reichsrundfunkgesellschaft, die verschiedene Formen der Kontrollinstanzen und besonders die große Wende zum Staatsrundfunk. Es fällt auf: die zweite Hälfte des Buches, in der vorwiegend diese Entwicklungen dargestellt werden, ist leichter lesbar, weniger mit Daten, Verordnungen, Verfügungen und Details befrachtet, als der erste Teil, die Geschichte bis 1926. Ein Grund ist naheliegend: Lerg hat sich im Anfangsteil stark an sein Buch "Die Entstehung des Rundfunks in Deutschland" angelehnt; ein Standardwerk der wissenschaftlichen Rundfunkgeschichtsschreibung, aber eben mit anderer Zielsetzung. Der interessierte Laie muß also erst einen gewissen Anlauf nehmen, bis es ihm leichter gemacht wird.

Hilfreich ist trotzdem die saubere Gliederung des Stoffes, die Lerg konsequent vorgenommen hat; man findet sich ohne Mühe zurecht, kann eigene Zusammenhänge herstellen, je nach Interessenlage. Wenn auch das grobe Raster die Chronologie bleibt, werden doch in anderen Zusammenhängen wichtige Ergebnisse kurz wiederholt, so daß die wechselseitigen Abhängigkeiten der Entscheidungen deutlich werden. Ohne die beschränkten Sendekapazitäten der frühen zwanziger Jahre wäre auch ein zentralisierter

Rundfunk ohne Regionalgesellschaften denkbar gewesen; ohne die ständig wachsende parteipolitische Polarisierung der Weimarer Republik wären wohl manche "gouvernementalen" Kontrollmechanismen erst gar nicht etabliert worden; ohne das wirtschaftliche Desaster am Ende der Weimarer Republik hätte mit dem Ruf zur Sparsamkeit nicht so leicht der Staatsrundfunk durchgesetzt werden können. Die Zusammenhänge sind gewiß komplizierter, Lerg macht sie auch immer wieder deutlich, aber die kurzen Rückblenden lassen beim Lesen allmählich doch ein Gesamtbild entstehen, das auf kommunikationstheoretische Fundierung verzichtet, es vielmehr an Beispielen erfahrbar macht.

Zwei Teilbereiche der Rundfunkgeschichte kommen auch in dieser Darstellung wieder zu kurz: Programm und Hörer. Sicher ist dies in erster Linie ein Quellenproblem, aber eben auch ein Ergebnis des Grundansatzes: Rundfunkgeschichte wird als politischer, organisatorischer und technischer Entwicklungsprozeß verstanden, nicht aber, was ja auch möglich wäre, als lediglich äußerer Rahmen für das Endprodukt, ein Programm für eine Vielzahl von Menschen. Welche Aufschlüsse könnte eine solche Sicht über das Selbstverständnis der Rundfunkjournalisten, über das Zutrauen oder Mißtrauen gegenüber den Bürgern, über die wirkliche publizistische Rolle eines neuen Mediums geben? Es wäre gewiß einmal nützlich zu erfahren, welchen Stellenwert das Radio tatsächlich in dieser Zeit, etwa neben der Presse, gespielt hat. Mein Eindruck: für die Zeit des "Dritten Reiches" ist das schon besser gelungen als für die Weimarer Zeit. Weil dem Rundfunk unter Goebbels, also von oben, eine eindeutigere Funktion zugewiesen wurde? Ich möchte damit eigentlich nur der Behauptung von Bausch widersprechen, daß die Rundfunkentwicklung in der Weimarer Republik als erschlossen gelten könne.

Lerg hat die angedeuteten Lücken offenbar auch erkannt und deshalb gelegentlich Tabellen und Grafiken eingefügt über Hörerzahlen, Sendeminuten, Auflagenzahlen von Programmzeitschriften, über Umsätze der Rundfunkgesellschaften; sie bleiben jedoch ein unvollständiger Ersatz. Mehr konnte er, das muß fairerweise gesagt werden, beim gegenwärtigen Stand der Forschung nicht leisten. Um so dankbarer ist der Leser für die zahlreichen Abbildungen und Reproduktionen; viel an Zeitgeist und gesellschaftlichem Umfeld wird auf diesen vermittelt. Die Sorgfalt der Auswahl und die gute Platzierung muß hier lobend erwähnt werden, wie überhaupt der ansprechende Umbruch, die typographische Gestaltung, die Quellenangaben, das Register eine gekonnte Arbeitsweise verraten. Der dtv-Verlag dürfte daran mit seiner langen Erfahrung einen nicht unerheblichen Anteil haben.

Fazit: ein neues Buch zur Rundfunkgeschichte, dessen Titel Rundfunk-"Politik" (!) der Weimarer Republik darzustellen, der Inhalt gerecht wird, dessen Begrenzung auf die politischen, organisatorischen und technischen Zusammenhänge und Entwicklungen jedoch zu weiteren Forschungen herausfordern sollte. Die ARD und ihr Historisches Archiv im DRA sind zu loben, daß sie solche Unternehmungen initiieren und finanziell ermöglichen. Wer wohl sonst würde sich mit solcher Intensität um die Geschichte eines bedeutenden Massenkommunikationsmittels kümmern?

Wolfgang Schütte

Ansgar Diller: Rundfunkpolitik im Dritten Reich, 1980, 484 S.
(= Rundfunk in Deutschland, hrsg. v. Hans Bausch, Bd. 2)
München: Deutscher Taschenbuch Verlag

'Rundfunkpolitik im Dritten Reich' lautet der Titel des 2. Bandes der von Hans Bausch herausgegebenen Reihe 'Rundfunk in Deutschland'.

Der Autor ist mittlerweile durch seine Dissertation "Frankfurter Rundfunk 1923 - 1945 unter besonderer Berücksichtigung der Zeit des Nationalsozialismus" (Frankfurt/M. 1975) und durch eine ganze Reihe von Beiträgen in verschiedenen Sammelbänden, Fachzeitschriften und Tageszeitungen bekannt geworden. Seine Tätigkeit im Deutschen Rundfunkarchiv prädestinierte ihn darüber hinaus für die Bearbeitung des Zeitraums 1933 bis 1945. Den im Titel des Bandes fixierten Anspruch, die Rundfunkpolitik darzustellen, schränkt Diller allerdings ein: "Im Mittelpunkt dieser Darstellung steht der politische Machtfaktor Rundfunk" (S. 12). Weitestgehend ausgeblendet bleibt das Programm: "Die Dramaturgie der nationalsozialistischen Programmgestaltung darzustellen, macht sich das Buch nicht zur Aufgabe" (S. 10). Insofern, und dies ist wohl in erster Linie der Anlage der gesamten Reihe zuzuschreiben, bleibt das Programm, das schließlich von den Hörern genutzt wird, bei den Hörern wirkt, das eigentlich den 'Machtfaktor' Rundfunk erst konstituiert, leider aus der Darstellung weitestgehend ausgeklammert. Das gesamte Buch stellt deshalb eher eine traditionelle kommunikatorzentrierte Rundfunkgeschichte dar.

Diese Thematik geht der Autor des insgesamt knapp 500 Seiten starken Buches allerdings mit großer Präzision an. Aus der Feststellung: "Eine die gesamten zwölf Jahre der deutschen Diktatur umfassende Darstellung der nationalsozialistischen Rundfunkpolitik gibt es nicht" (S. 12) leitet er die Notwendigkeit einer intensiven Bearbeitung der Bestände des Bundesarchivs in Koblenz (leider ohne den Bestand NS 18/Reichspropagandaleitung zu verwenden), der Bestände des Militärarchivs in Freiburg, des Politischen Archivs des Auswärtigen Amtes in Bonn so wie vieler anderer nationaler und internationaler Archive ab. Diese ungedruckten Quellen ergänzt der Autor durch eine breit angelegte Auswertung der gedruckten Quellen, der zeitgenössischen Literatur und der mittlerweile über den Nationalsozialismus und die nationalsozialistische Rundfunkpolitik erschienenen Darstellungen.

Auf dieser breiten Materialbasis gelingt Diller dann eine bis in Verästelungen hinein meist sehr präzise Darstellung vieler Einzelprobleme der nationalsozialistischen Rundfunkpolitik. Dankenswerterweise stellt der Autor auch die nationalsozialistischen Bemühungen in der Zeit der Weimarer Republik dar, Einfluß auf das Medium Rundfunk zu gewinnen. Der 'Gleichschaltungsprozeß' nach der Machtergreifung offenbart schließlich bald die neue rundfunkpolitische Konzeption: Zentralisierung der Kompetenzen im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda. In systematischer Kleinarbeit stellt Diller diese "Lenkungsapparate" dar (wobei anzumerken ist, daß der intendierte Aufbau und die Funktionstrennung der einzelnen Organe sowie das Ineinandergreifen der verschiedenen Kompetenzen den Autor wohl besser von einem Lenkungsapparat sprechen ließe). Hier sind in erster Linie das schon erwähnte RMVP

zu nennen, aber auch der Drahtlose Dienst als zentrale Nachrichtenredaktion des Rundfunks, die Reichs-Rundfunk-Gesellschaft und die Reichsrundfunkkammer. In den ersten Monaten und Jahren spielte die 'Säuberung des Rundfunks', "Personalpolitik als Revolutionsersatz" wie Diller treffend schreibt, eine wichtige Rolle. Symbolische Bedeutung, der Welt die nicht vorhandene Rundfunkrevolution glaubhaft zu machen, kam dem Rundfunkprozeß in Berlin zu, bei dem Weimarer Rundfunkmitarbeiter und -politiker auf der Anklagebank saßen.

Nach der Darstellung der Grundstruktur des Lenkungsapparates wendet sich Diller dem Zeitraum bis Kriegsbeginn zu. An ausgewählten Beispielen weist er auf im Rundfunk bestehende Probleme hin, so z.B. auf das u.a. an regionalen Interessen scheiternde 'Sendergruppen' - Konzept, auf die Bedeutung des Kurzwellensenders als "Instrument nationaler Repräsentation", auf das Fernsehen, das noch in den Kinderschuhen steckende jüngste Medium, auch auf die Zentralisierung der Rundfunkspitze 1937. Leider deutet Diller hier in diesem Zusammenhang nicht an, daß Goebbels im gleichen Jahr begann, seinen Einflußbereich im Rundfunk nach außen hin abzuschotten; die 'Dienstvorschrift für die Leiter der Hauptstellen Rundfunk' ist hier ein Indiz, die Einführung der Reichs-Rundfunk-Arbeitsgemeinschaften, der späteren Reichs-Rundfunk-Arbeitsringe, ein weiteres.

Umfassend stellt der Autor auch den Rundfunk im "Zeichen der revisionistischen Außenpolitik" dar. Sein Wirken gegenüber dem Ausland - Österreich, Litauen, Danzig sind hier Stichworte - deutet die außenpolitische Dimension und Wirksamkeit des von Goebbels geschickt eingesetzten Mediums an. Mit diplomatischen Mitteln versuchte darüber hinaus die nationalsozialistische (Rundfunk-)Politik Einfluß auf den Rundfunk in den anliegenden Ländern zu gewinnen. In Frankreich wollte man die Mitwirkung von Emigranten verhindern; die von ihnen gestalteten Sendungen hatten große Resonanz im Reich. Radio Luxemburg war darüber hinaus genauso Ziel nationalsozialistischer Interventionen wie der Rundfunk in der Schweiz, der polnische und der sowjetische Rundfunk. Alle diese im In- und Ausland durchgeführten Maßnahmen, so deutet die Darstellung Dillers an, liefen spätestens seit 1937 auf die Vorbereitung des Krieges hin. Der 'Überfall auf den Sender Gleiwitz' verlieh dem Rundfunk zusätzlich die zweifelhafte Ehre, vorgeschobener Anlaß für den Kriegsbeginn gewesen zu sein.

Den Rundfunk im Krieg stellt Diller in drei der neun Kapitel dar: eines ist dem Inlandsrundfunk gewidmet, ein weiteres der Situation in den besetzten Gebieten, das letzte schließlich dem Ende des nationalsozialistischen Rundfunks, dem "Zusammenbruch des Großdeutschen Rundfunks" (so Diller). Eine der ersten Maßnahmen, die der Reichspropagandaminister nach Kriegsbeginn durchführte, war ein Abhörverbot von Auslandssendern (von dem allerdings viele unter deutscher Kontrolle stehende Sender im Ausland ausgenommen waren). Ursache der Anordnung, die Diller zurecht als "Mißtrauens-erklärung an das deutsche Volk" bewertet, war die Angst des obersten nationalsozialistischen Rundfunkpolitikers vor der erwarteten Resonanz und der damit verbundenen Wirkung der gegnerischen Rundfunkprogramme im Reich. Gleichzeitig hätte diese Resonanz aber auch das angestrebte - aber nie erreichte - nationalsozia-

listische Nachrichtenvermittlungs- und Informationsverbreitungsmonopol noch weiter in Frage gestellt als bisher (schon vor dem Krieg hatten viele Hörer ausländische Sender gehört).

Mit Kriegsbeginn stellten sich nicht nur neue Probleme, u.a. die sich kriegsbedingt verschlechternde Rundfunkversorgungslage, ein, sondern auch alte, nun wieder virulent werdende, so die Kompetenzstreitigkeiten zwischen dem Auswärtigen Amt und dem Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda und Querelen zwischen dem RMVP und dem OKW. Die neuen Anforderungen an das Massenmedium von der Propaganda her machten das Problem einer den Anforderungen adäquaten Organisationsstruktur deutlich. Auch auf diesen Bereich geht der Autor ein. Die neue Organisation der Rundfunkführung in den letzten Jahren der nationalsozialistischen Herrschaft ist gekennzeichnet durch die zentrale Position Goebbels - wie bisher -, durch die Überführung der direkten Programmleitung von der RRG ins RMVP und durch die Degradierung der Reichs-Rundfunk-Gesellschaft zur ausführenden und verwaltenden Instanz. Von einer "Zerschlagung der Reichs-Rundfunk-Gesellschaft" zu sprechen, so der Autor, ist wohl eine überzogene Deutung der Vorgänge. Äusseres Merkmal der Entmachtung der RRG war die Berufung zweier Programmbeauftragter ins RMVP. Im Detail stellt Diller anschließend auch die Organisation des Rundfunks in der Tschechoslowakei, dem sog. Generalgouvernement, in Norwegen und in den Niederlanden dar, bevor er schließlich den Zusammenbruch des nationalsozialistischen Rundfunks in groben Zügen nachzeichnet.

Trotz anzumeldender Kritik an einzelnen Punkten ist resümierend festzuhalten, daß Dillers Buch in Zukunft eine unverzichtbare Grundlage für weitere Untersuchungen über den nationalsozialistischen Rundfunk sein wird. Die im 2. Band der Bausch-Reihe dargebotene Materialfülle, zu deren Ein- und Zuordnung man sich manchmal eine klarere Periodisierung gewünscht hätte, erlaubt auch dem Leser ohne Vorkenntnisse einen guten Einstieg in die Geschichte des nationalsozialistischen Rundfunks. Insofern ist Dillers Buch als gelungene Zwischenbilanz von 35 Jahren Forschung über den Rundfunk 1933 bis 1945 zu verstehen. Viele Themen wie zum Beispiel das Programm, die Hörer, die Rundfunkwirtschaft werden nun zu bearbeiten sein. Erst danach ist eine umfassende Darstellung der 'Rundfunkpolitik im Dritten Reich' möglich. Deshalb ist im übrigen auch zu wünschen, daß bald die angesagten Programmbände den ersten fünf Bänden dieser Reihe folgen mögen.

Walter Klingler

Hans Bausch: Rundfunkpolitik nach 1945, Band I: 1945 - 1962, 1980, 515 S., Bd. II: 1963 - 1980, 1980, 527 S. (= Rundfunk in Deutschland, hrsg. v. Hans Bausch, Bd. 3 u. 4) München: Deutscher Taschenbuch Verlag

Die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Rundfunk als Medium öffentlicher Kommunikation und seiner Geschichte ist in der Bundesrepublik weder für die Zeitgeschichte noch für die

Publizistik- und Kommunikationswissenschaft vordringliches Anliegen gewesen. Erst die Vorbereitung des fünfzigjährigen Rundfunkjubiläums 1973 löste viele Aktivitäten aus, die vor allem vom Deutschen Rundfunkarchiv (DRA) und seinen Mitarbeitern gefördert wurden. In diesen Zusammenhang gehört auch die Gründung des Studienkreises Rundfunk und Geschichte 1969 und die in ihm institutionalisierte Zusammenarbeit von Hochschulinstitutionen und den Archiven der Rundfunkanstalten. Im Studienkreis ist auch die Idee, eine Geschichte des Rundfunks in Deutschland als Sammelwerk in interdisziplinärer Kooperation unter der Herausgeberschaft von Hans Bausch zu erarbeiten, Anfang der siebziger Jahre besprochen worden.

Mit der nun vom Deutschen Taschenbuchverlag vorgelegten Kassette wird diese Absicht realisiert, obwohl noch eine Reihe gewichtiger Themen künftiger Bearbeitung bedürfen. Der Herausgeber Hans Bausch weist mehrfach auf kommende Bände hin und nennt in diesem Zusammenhang vor allem die bislang ausgeklammerte Programmgeschichte. Offen bleibt, ob und wenn ja mit welchem Gewicht die Rundfunkentwicklung in der DDR einbezogen werden wird. Während sich die ersten beiden Bände auf die Rundfunkgeschichte in Deutschland beziehen, behandelt Bausch unter dem Titel "Rundfunkpolitik nach 1945" ausschließlich die drei Westzonen, die Länder und später die Bundesrepublik Deutschland (ähnlich verfährt Hans Jörg Bessler bei seiner Darstellung der Publikumsforschung).

Hans Bausch behandelt in den Bänden 3 und 4 die jüngste Zeitgeschichte des Rundfunks, dessen historischen Entwicklungsprozeß er "Rundfunkpolitik" nennt. Seine Darstellung ist die erste zusammenfassende Behandlung dieses Themenkreises in der Literatur; sie ist zuverlässig recherchiert und bietet verlässliche Daten. Im Mittelpunkt des ersten Teils steht eine Entwicklungsgeschichte der Rundfunkinstitutionen, deren lange Gründungszeit mit der Schaffung des ZDF (1962) abgeschlossen ist. Im zweiten Teil argumentiert Bausch eher politikwissenschaftlich, verläßt häufiger den Faden chronologischer Schilderung und bezieht in noch stärkerem Maße juristische und ökonomische Sachverhalte in seine Schilderung ein.

Gegenstand der Untersuchung ist im ersten Abschnitt die Entstehung der Rundfunkanstalten in der englischen, amerikanischen und französischen Besatzungszone. Bausch arbeitet die unterschiedlichen Konzepte heraus und stellt die von deutscher Seite unter Berufung auf gewachsene Verhältnisse in der Weimarer Republik vorgebrachten Gegenvorschläge und Einwände dar. Hervorgehoben wird die langjährige Auseinandersetzung mit den Vorstellungen der Deutschen Reichspost (später Bundespost), die sich mit der neuen rechtlichen Begründung der Rundfunkgebühr und der entschädigungslosen Enteignung von Funkhäusern und Sendeanlagen nicht abzufinden vermochte. Im folgenden Kapitel wird die Änderung der Rundfunkgesetze und Neuschaffung von Anstalten (SFB, WDR, NDR und SR) nach Inkrafttreten des Grundgesetzes geschildert, die vor allem die Ansprüche der Bundesländer resp. Berlin (West) befriedigen sollten, aber immer noch unter Vorbehalt der westlichen Besatzungsmächte standen, deren Eingriffsmöglichkeiten erst 1955 abgelöst wurden, als die Bundesrepublik ihre volle Souveränität erlangte. In diesen rundfunkpolitischen Auseinandersetzungen hatte sich der Zusammenschluß der Rundfunkanstalten in der ARD entwickelt und bewährt, der im

Streit mit Bundesansprüchen um Kurzwelle, Langwelle und Adenauer-Fernsehen intensiv gefordert wurde. Den Abschluß des ersten Bandes bilden Kapitel über die höchstrichterlichen Urteile aus den Jahren 1961 und 1971, die offenbar endgültig die öffentlich-rechtliche Rundfunkstruktur in der Bundesrepublik und die durch Staatsvertrag endlich erfolgte Gründung des ZDF ebenfalls auf öffentlich-rechtlicher Grundlage festschrieben.

Der zweite Band beginnt mit einer Darstellung des "Wettbewerbs der publizistischen Medien" (Presse versus Rundfunkwerbung, Film versus Fernsehen) und wendet sich dann der durch gemeinsame Sacharbeit wachsenden gleichberechtigten Kooperation von ARD und ZDF zu. Bausch setzt sich mit erneuten Versuchen auseinander, das öffentlich-rechtliche Rundfunksystem durch Einführung privater Anstalten grundlegend zu verändern. Der Versuch blieb im Saarland auf dem Papier bestehen, während er in Bayern im Zuge eines Volksentscheids zurückgenommen werden mußte. Es werden auch die Versuche geschildert, den Rundfunk verstärkter Staatskontrolle zu unterwerfen (WDR) und andererseits aus ähnlichen Erwägungen heraus auf "Ausgewogenheit" zu verpflichten (SFB). Ein weiterer Schauplatz des Kampfes um die Unabhängigkeit der Anstalten ist das Rundfunkgebührenrecht, das schließlich im Zuge dreier Gebührenerhöhungen endgültig an die Staatskanzleien abgegeben werden muß. Ausführlich beschäftigt sich der Autor auch mit der zu erwartenden zukünftigen Medienlandschaft (Kabelfernsehen, Bildschirmtext, Videotext und Satellitenempfang) und den an Fragen der Regionalisierung festgemachten bislang jüngsten Versuchen, das öffentlich-rechtliche Prinzip (im NDR-Bereich) zumindest einzuschränken.

Bausch bietet dem Leser - er nennt u.a. "Lehrende und Lernende, die sich im akademischen Raum zunehmend mit Problemen des Rundfunks ... beschäftigen" (S. 1) - eine Geschichtserzählung, die sich strikt auf den Gegenstand konzentriert und nur dann Seitenblicke auf die politische Entwicklung oder die anderen publizistischen Medien wirft, wenn es im Argumentationszusammenhang unvermeidlich ist. Die Erzählung kann sich nicht immer der zeitlichen Abfolge anpassen, aber auch die systematische Gliederung des 2. Teils geht im Prinzip chronologisch vor. Methodische Reflexion fließt in den Text nicht ein, Fragen der Kommunikationsgeschichtsschreibung und der analytischen Geschichte oder auch quantitativer Verfahren bleiben unberührt. Die Bände lesen sich wie ein Vorlesungstext, der in der Regel chronologisch abgefaßt ist, zum besseren Verständnis des Hörers aber einzelne Sachthemen in sich geschlossen abhandelt. Dafür spricht auch die Einbeziehung von kurzen Quellentexten und Tabellen in den Text (im Gegensatz zu einer Zusammenfassung am Schluß). Angesichts des Umfangs der Untersuchung von mehr als 1000 Seiten wird die Arbeit mit den beiden Bänden im Universitätsbetrieb allerdings eher aufs Nachschlagen beschränkt bleiben, und ob die Mitarbeiter des Rundfunks wie der anderen Medien es anders machen, kann getrost der empirischen Erfahrung überlassen werden. Als Nachschlagewerk sind die Bände allerdings nicht immer einfach zu benutzen. Systematisch zusammengehörende Gegenstände werden, der zeitlichen Abfolge gemäß, an mehreren, manchmal vielen Stellen aufgegriffen. Die für die Geschichtserzählung typischen Wiederholungen fallen dabei auf. Das Register ist hilfreich, aber angesichts der Fülle der behandelten Themen vielleicht etwas zu grobmaschig (und hätte an Übersicht-

lichkeit gewonnen, wenn zwischen den Seitenzahlen des ersten und zweiten Bandes, etwa durch Kursivdruck für den zweiten Band, auch optisch unterschieden worden wäre). Auch das Ausgliedern von Nebenlinien der Haupthandlung in Sachanmerkungen wäre bei der Verwendung als Nachschlagewerk ein Vorteil, während bei Bausch Fußnoten ausschließlich als Belege benutzt werden. Kritisch fällt ferner auf, daß die biographische Information über wesentliche handelnde Personen sehr ungleichmäßig ausfällt; hier muß für die zweite Auflage ein Nachholbedarf angemeldet werden.

Die Quellen für eine Darstellung der Rundfunkpolitik nach 1945 sind außerordentlich vielfältig. Das gilt für die gedruckt vorliegenden Texte, aber noch stärker naturgemäß für die Fülle überlieferter Quellen in den historischen Archiven der Sendeanstalten und den politischen Instanzen der Länder, des Bundes und der Besatzungsmächte. Angesichts der üblichen Sperrfristen war eine Arbeit in den Archiven nur begrenzt möglich. Bausch nennt den Süddeutschen Rundfunk und Teile der Registraturen von Hessischem Rundfunk und Südwestfunk; in der Mehrzahl der Fälle galt es also auf die dienstlichen Kenntnisse des Intendanten Bausch (seit 1958) zurückzugreifen und die Aussagen in der politischen Publizistik auszuwerten. Daß die Perspektive des Intendanten auch zugleich eine bestimmte Problemsicht für den "Rundfunk im Kräftespiel der Bundesrepublik" mit sich bringt, versteht sich von selbst.

Für die Entwicklung des Rundfunkwesens in der Bundesrepublik bis zur Gründung des ZDF liegt zudem inzwischen eine ausführliche wissenschaftliche Literatur vor, die in den meisten Fällen aufgrund sorgfältiger Archivstudien entstand und deren sich Bausch zu Recht intensiv bedient. Dadurch werden aber vielfach Quellen indirekt zitiert, ein Kunstgriff, der ebenso auffällt wie das Ausspielen von Sekundärliteratur gegeneinander. Bei genauem Hinsehen wird allerdings deutlich, daß offenbar doch mehr Aktenkenntnis im Spiel ist, als in der Darstellung zunächst deutlich wird. Manche Passagen lesen sich wie eine Paraphrase der vorliegenden Veröffentlichungen - dabei handelt es sich überwiegend um Examensarbeiten, weitaus mehr als in dem knapp gefaßten Literaturverzeichnis erkennbar wird, das nur im Ausnahmefall die Entstehung als Dissertation vermerkt. Die Veröffentlichungen werden im Literaturverzeichnis zum ersten Band entweder als gedruckte Quellen oder als Literatur, beim zweiten Band als Quellen und Literatur bezeichnet. Diese Mehrwertigkeit von Publikationen ist für zeitgeschichtliche Veröffentlichungen typisch; die Aufgliederung für den ersten Band überzeugt in Einzelfällen allerdings nicht (etwa, wenn die Dissertation von Eckert von 1941 unter die Quellen gerät). Das Belegen von Quellentexten mit Literatur erweist sich gelegentlich auch als problematisch, z.B. wenn Bausch (S. 585) aus der Münsteraner Dissertation von Wehmeier (die er im ersten Band als Dissertation auch in Bezug auf die Seitenzahlen zitiert, während er im zweiten Teil die Druckfassung vorzieht) ein Protokoll der ARD-Intendanten-Arbeitssitzung vom 16. Dezember 1963 zitiert, das bei Wehmeier angegeben ist, allerdings mit der Fundstelle Deutsches Rundfunkarchiv.

Die Quellengrundlage insgesamt reicht für die beabsichtigte Darstellung sicher aus; problematisch wird sie nur dort, wo nicht

nur Beweg- und Hintergründe indirekt erschlossen werden müssen, sondern wo auch tatsächliche Vorgänge absichtsvoll verborgen werden, wie bei dem Fernsehabenteurer Adenauers. Die Quellenlage bestimmt hier wie in anderen zeitgeschichtlichen Publikationen die Reichweite und Aussagekraft; es ist aber die Frage, warum einigen Problemen, die den Kern der öffentlich-rechtlichen Organisationsform bilden, nicht intensiver nachgefragt worden ist. Bausch schildert rundfunkpolitische Aktionen beispielsweise der Regierung Adenauer oder der Zeitungsverleger, die versuchen, Rundfunk in Analogie zur bundesdeutschen Wirtschaftsordnung nach privatwirtschaftlicher Konkurrenz anzulegen. Die Abwehr dieser in der politischen Logik schwer zu widerlegenden Auffassungen erfolgt im wesentlichen unter Hinweis auf die Bewährung des gegenwärtigen Rundfunksystems und weniger deutlich unter Bezug auf den Dienstleistungscharakter von Massenkommunikation. Hier wäre mehr prinzipielle Diskussion angezeigt, die allerdings die Isolierung der Thematik auf Rundfunkpolitik in Richtung Kommunikationspolitik aufzugeben bedeutete. Im Zusammenhang damit steht die Selbstbegründung der Rundfunkanstalten in Abhängigkeit resp. Unabhängigkeit vom politischen System. Bausch wehrt die Fremdbestimmung der Anstalten durch die politischen Mächte ab, wo sie zu offensichtlich der Tagespolitik folgt (Rundfunkgesetznovellen NDR, WDR u.a.). Er kennt aber durchaus die leicht versteckte politische Anbindung in sogenannten pluralistischen Rundfunkgremien (Süddeutscher Rundfunk, SFB u.a.), die in der Richtungsbestimmung ebenfalls zu eindeutigen Ergebnissen kommt, wenn die mißglückte Wiederwahl des SDR-Intendanten Fritz Eberhard 1958 nach dem Wechsel der Regierungskoalition in Baden-Württemberg als Beispiel herangezogen werden kann. Daß eine Darstellung zur Rundfunkpolitik in der Bundesrepublik selber Gegenstand kommunikationspolitischer Debatten werden wird, hat der Autor gewiß vorhergesehen. In dieser Diskussion kann sich das Problembewußtsein bewähren, das alle, die Sender und ihre Mitarbeiter und ihr Publikum, in den kommenden Jahren bei der Bewältigung der neuen Medien brauchen. Hans Bausch führt in seiner zweibändigen Darstellung der Rundfunkpolitik nach 1945 in dieses Feld ein, und an dieser Lektüre kommen die Medienhistoriker und Kommunikationspolitiker künftig nicht mehr vorbei.

Gabriele Toepser-Ziegert/Hans Bohrmann

Hansjörg Bessler: Hörer- und Zuschauerforschung, 1980, (= Rundfunk in Deutschland, hrsg. v. Hans Bausch, Bd. 5) München: Deutscher Taschenbuch Verlag

Warum es die empirische Rezipientenforschung für Hörfunk und Fernsehen bis weit in die siebziger Jahre so schwer hatte, dafür nennt Bessler in seiner Gesamtübersicht für die Hörer- und Zuschauerforschung zwei Gründe: zum einen die mangelhaften Bemühungen der Wissenschaft und zum anderen das fehlende Interesse der Rundfunkanstalten. "Weder die 'traditionelle' Publizistikwissenschaft, die einseitig historisch ausgerichtet war und ist, noch die 'reformierten', empirisch durchaus interessierten Vertreter dieses Fachs und auch nicht die 'kritischen' Schulen dieser oder jener

wissenschaftstheoretischen und ideologischen Couleur erbrachten bisher nennenswerte Beiträge zu strittigen Methoden- und Planungsfragen in der Rundfunkforschung." (S. 156) "Diese skeptische, um nicht zu sagen gelegentlich feindliche Haltung mancher Redakteure gegenüber der Demoskopie hat viele Wurzeln, z.B. das traditionelle journalistische Berufsbild, Unkenntnis und Mißverständnisse, Ablehnung quantitativer Daten, verbunden mit der Forderung nach einer höherwertigen 'qualitativen' Forschung, schlechte persönliche Erfahrungen mit demoskopisch begründeten, konventionellen oder strukturellen Änderungen seitens der Rundfunkadministratio- nen, Furcht vor Einengung journalistischer Freiheit, Furcht vor unangemessener Erfolgskontrolle und vor mißbräuchlicher Handhabung, aber auch Bequemlichkeiten und ideologiekritische Verdäch- tigungen."

Wissenschaftler und Praktiker haben mit Band 5 der Reihe "Rundfunk in Deutschland" jetzt die Möglichkeit, ein umfassendes Bild von der Entwicklung und vom Stand der Hörer- und Zuschauerforschung zu gewinnen. Bessler führt mit einem historischen Exkurs in die Vorkriegszeit ein. Im Rundfunk der Weimarer Republik gab es An- sätze, Hörerzahlen und -meinungen zu erkunden. Im Rundfunk der Nazi-Zeit stand Daten-Sammlung über Hörer unter der Maxime sicher- heitsdienstlicher Interessen.

Für die Nachkriegszeit entwickelt Bessler vier Phasen der Rezi- pientenforschung. 1945 bis 1955 hat es vor allem durch die NWDR- Abteilung "Erforschung der Hörermeinung" vielfältige Versuche ge- geben, die Struktur und die Ansichten der Hörerschaft zu erfassen. Mit der Auflösung dieser Abteilung geht 1956 bis 1962 ein Nieder- gang der Hörer- und Zuschauerforschung einher. Einzelne demosko- pische Institute unternehmen noch gelegentlich Einzelstudien. 1963 bis 1974 beherrscht dann die durch die Institutionen "Infra- test" und "Infratam" geprägte Rundfunkforschung die Landschaft. Die Rundfunkanstalten hatten zu dieser Zeit ihre eigenständige Rezipientenforschung bereits an die kommerziellen Institute ab- getreten. Mit dem Wechsel zur "teleskopie", einem verfeinerten Erhebungsinstrumentarium, kommt - wenn man Bessler folgt - 1975 die große Wende in der Publikumsforschung. Bessler hat eine Viel- zahl demoskopischer Studien gesammelt, führt die einschlägige Li- teratur an und unternimmt auch hier und da den Versuch, die Ver- änderung der elektronischen Medienlandschaft (Fernsehen, Servic- wellen) einzufangen.

Die Arbeit ist eine großflächige Übersicht, die zur gleichen Zeit aber auch noch entlegenste Einzel-Untersuchungen der Landesrund- funkanstalten wahrnimmt. Über den Methodenstreit erfährt man eben- so etwas wie über die Auseinandersetzungen um Interpretationen. Bessler liefert eine abgerundete Darstellung, ohne dabei eine Einführung in die Methoden der empirischen Sozialforschung zu versuchen. Vielleicht liegt es daran, daß trotz der großen infor- mativen Fülle über einige Passagen die Lektüre unbefriedigend bleibt. Bessler beklagt etwa, daß das Material aus den Anfängen der Hörer- und Zuschauerforschung als Quelle für rundfunkhisto- rische und kommunikationswissenschaftliche Arbeiten bisher noch viel zuwenig genutzt wird. Andererseits zwingt seine Darstellung der Hörer- und Zuschauerforschung von 1945 bis 1955 gerade zu einer kritischen Bewertung der erfaßten Daten; es läßt sich ab-

leiten, daß weder Methoden noch Institutionen ausgeprägt waren, die aussagekräftige Zahlen erbrachten; es läßt sich mehr noch vermuten, daß wegen der fehlenden methodischen Werkzeuge die damals ermittelten Werte und Aussagen nur äußerst beschränkte Genauigkeit für sich beanspruchen können. Vielleicht sollte man diese Zahlen doch eher ruhen lassen und sich den Aussagen der späteren "qualitativen Zuschauer- und Programmanalyse" zuwenden.

Wirklich interessant wird es erst ab Seite 299 ("Hörer- und Zuschauerforschung im Wandel: 1975 - 1979"). Dieses Kapitel beschreibt einerseits die Veränderung der "Hörfunk-Topographie" (Einführung der Servicewellen, Subregionalisierung, auch Angleichung der Programme der einzelnen Landesrundfunkanstalten), läßt andererseits erkennen, wie das verfeinerte und ausgereifte Instrumentarium für die Hörer- und Zuschauerforschung bei strukturellen Programmänderungen eine wesentliche Rolle gespielt hat. Ob Hansjörg Besslers Buch eine Orientierung in Wissenschaft und Praxis hin zur stärkeren Berücksichtigung von Daten bringt, bleibt abzuwarten. Eine "Datengläubigkeit" oder gar "Datenhörigkeit" sollte es aber nicht erzeugen.

Rainer Krawitz

Richard P. Adler (Hrsg.): All in the Family. A critical appraisal. - New York 1979: Praeger Publishers, 322 Seiten.

Diese Textsammlung ist kein "Buch-zum-Film", aber auch kein Bilderbuch mit vielen bunten Szenenfotos für die Fans einer TV-Serie. Vielmehr hat der Fernsehpublizist Richard Adler mit Unterstützung der Rockefeller-Stiftung, des Aspen Institute for Humanistic Studies und des Praeger-Verlags - er gehört zur CBS-Verlagsgruppe - eine Dokumentation über eine Fernsehreihe zusammengestellt. Die Programmgeschichtsschreibung kann sich keine hilfreichere Materialquelle über ein einzelnes Programm wünschen als eine solche Dokumentation, wie sie hier anzuzeigen ist.

Die Fernsehreihe "All in the Family" wird seit Januar 1971 vom Columbia Broadcasting System (CBS) hergestellt und ausgestrahlt. Sie wurde zur populärsten Familienserie vom Typ der Situationskomödie (Sit-com) in der dreißigjährigen Geschichte des amerikanischen Fernsehens, mit der höchsten Einschaltquote zur Hauptsendezeit über einen Zeitraum von fünf Jahren. Die Serie, die auf das 1966 von der British Broadcasting Corporation (BBC) entwickelte Serienspiel "Till Death Us Do Part" zurückgeht, hat eine ungewöhnlich breite und lange anhaltende Diskussion entfacht, vor allem über die Frage, ob die Darstellung des Kleinbürgers Archie Bunker beim Publikum einen Abbau oder eine Verstärkung von gesellschaftlichen Vorurteilen bewirkt. Mehr als ein halbes Dutzend wissenschaftlicher Untersuchungen sind über dieses Unterhaltungsprogramm ausgerichtet worden, darunter eine Zweiländerstudie (USA-Kanada) und eine in den Niederlanden, wo die Serie in Originalfassung mit Untertiteln lief. Mit der Reihe wurden neue Wege beschritten, was den Stoff, die Personen, ihre Sprech-, Verhaltens-

und Handlungsmuster angeht. Buch und Darstellung wurden mit dem Broadway-Theater verglichen und als Probe aufs Exempel ausgegeben für den Spielraum von Fernsehunterhaltung in einem privatwirtschaftlichen Rundfunksystem.

Versammelt sind drei exemplarische Drehbuchtexte, Kritiken über die Reihe aus der allgemeinen und der Fachpresse aus mehreren Zeitabschnitten zwischen 1971 und 1978, Berichte über Inhalts- und Zuschaueruntersuchungen, Stellungnahmen und Pressebeiträge des Autors und Produzenten (Norman Lear), ein Produktionsprotokoll von 1973 sowie programmatische Erklärungen über die Reihe von Autoren, Produzenten, Regisseuren, Darstellerinnen und Darstellern, Rundfunkmanagern und Rundfunkjournalisten zu einem (schriftlichen) Symposium des Herausgebers.

Der Anhang enthält ein Titelverzeichnis der ersten 923 Fortsetzungen vom 12. Januar 1971 bis zum 25. März 1979 (Titel, Autorennamen, Sendedaten und knappe Inhaltsangaben), ferner eine Bibliographie von rd. dreißig Pressebeiträgen, Untersuchungsberichten und Editionen eines Theaterverlags von - bisher - fünf Episoden. Der Einführungsaufsatz des Herausgebers stellt einen ersten Versuch dar, die Geschichte einer unterhaltenden Fernsehspielreihe aufzuschreiben, wobei jeweils auf die abgedruckten Texte zum Beleg oder zur Kritik verwiesen wird.

Der Aufwand für die Veröffentlichung ist nicht allein durch die offensichtliche Bedeutung von "All in the Family" für die amerikanische Fernsehgeschichte zu verstehen; die genannten Institutionen waren ebenfalls bereit, auch kontroverse fachpublizistische Meinungen und nicht-affirmative wissenschaftliche Ergebnisse in einer Veröffentlichung zur Diskussion zu stellen. Wie bescheiden mußte dagegen eine Untersuchung über Archie Bunkers bundesdeutschen Halbbruder, Alfred Tetzlaff -

Brigitte Hammer, Reinhold W. Vogt, Klaus Wehmeier (Hrsg.): Kommunikation und Dogmatismus. - Münster 1977: Verlag Regensberg (= Arbeiten aus dem Institut für Publizistik, Bd. 18), 216 Seiten

ausfallen, weil weder die produzierende ARD-Anstalt noch eine politische Bildungseinrichtung, die sonst gern einmal forschen läßt, das studentische Projekt fördern mochte. Dabei hat sich in der Bundesrepublik im verkleinerten Maßstab die gleiche öffentliche Auseinandersetzung abgespielt wie in den Vereinigten Staaten zu "All in the Family", als im Jahr 1974 Wolfgang Menges "Ein Herz und eine Seele" in elf Folgen ausgestrahlt wurde. Gegen alle Fährnisse jener Debatten über pro- oder antisoziale Folgen der Reihe hatte sich der WDR seinerzeit durch eine "Wirkungsanalyse" einer privaten Forschungsfirma abgesichert. Immerhin konnten die Münsteraner mit ihrer Untersuchung nachweisen, daß ein wichtiges Verkaufsargument für das "Ekel Alfred", er sei ein Vorurteils-Löser, nicht unbesehen hingenommen werden konnte. Das Bändchen enthält Zusammenfassungen von zwei Archie Bunker-Studien und von zwei heute klassischen Vorurteils-Forschungen, der Mr. Biggott-Untersuchungen. Für die Programmgeschichte gibt die Veröffentlichung nur am Rande etwas her, wohl aber für die Geschichte der Zuschauerforschung, - der hochschulgebundenen. Hansjörg Bessler wird vielleicht einmal seine zweite Auflage bearbeiten müssen: Hier ist ein Tip!